Antifaschistisches info Blatt
Nr. 116 | Herbst 2017 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR



RECHTSTERRORISMUS UNTER AUFSICHT DER GEHEIMDIENSTE

www.antifainfoblatt.de



Foto: Humanistische Union (HU-Kampa), CC BY-NC 2.0

RECHTSTERRORISMUS UNTER AUFSICHT DER GEHEIMDIENSTE
Der Verfassungsschutz legt angeblich hohe Maßstäbe an Lebenswandel und Selbstverständnis seiner Quellen. Doch immer wieder sind BfV-Spitzel aufgeflogen, die allen diesen Kriterien widersprechen. Kein Wunder.



SUBCULTURAL RECORDS

Seit einiger Zeit biedern sich die Band „Prolligans" und ihr Label „Subcultural Records" an eine „unpolitische" Skinhead-Szene an. Das Label ist jedoch nicht mehr als ein Tarnverein für den RechtsRock-Mailorder „Oldschool Records" und die Band ist eng verzahnt mit der Neonaziszene.



EIN IDENTITÄRES HAUS IN HALLE

Ein Hausprojekt in Halle/Saale entwickelt sich zum Anlaufpunkt für die neue und extreme Rechte. Das von der Führungsriege der identitären „Kontrakultur Halle" bewohnte Haus ermöglicht deren AkteurInnen einen Vollzeitaktivismus.



VON BLOOD & HONOUR ZUM POLIZEICHEF

Der US-Amerikaner Bart Alsbrook wurde kürzlich zum kommissarischen Polizeichef des Örtchens Colbert im Bundesstaat Oklahoma ernannt. Inzwischen wurde ein Foto bekannt, welches ihn zusammen mit der Elite des Neonazinetzwerks Blood & Honour zeigt.

RUBRIKEN

Titelbild: © Humanistische Union (HU-Kampa, Aktion 12.03.2017 München: Verfassungsschutz deckt NSU), CC BY-NC 2.0

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen



Der NSU-Prozess geht seinem Ende entgegen. Schon jetzt ist absehbar, dass die Rolle der Geheimdienste im NSU-Komplex weiter im Dunkeln bleiben wird. Grund genug für uns, die bekannten Fakten in unserem Titelthema zusammenzutragen.

Mit der Bundestagswahl erfüllte sich ein Traum vieler (neu)rechter StrategInnen. Was der damals auch noch keine fünf Jahre alten „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) im Jahr 1969 mit 4,3 Prozent Stimmenanteil noch verwehrt blieb, hat die „Alternative für Deutschland“ (AfD) erreicht. Die extrem rechte Partei zieht mit 12,6 Prozent der Wähler_innenstimmen in Fraktionsstärke mit 92 Abgeordneten in den Deutschen Bundestag ein. Ursprünglich bestand die Fraktion aus 94 Abgeordneten, aber Frauke Petry und Mario Mieruch sind inzwischen ausgetreten. Damit entsteht eine extrem rechte Infrastruktur in einer neuen Dimension.

In Zahlen: Zum monatlichen Fraktionsbudget von fast 1,5 Millionen Euro und 180 Vollzeit-FraktionsmitarbeiterInnen kommen grob gerechnet 558.000 Euro Monats-Netto-Gehälter der Abgeordneten, plus nahezu 400.000 Euro Aufwandspauschalen. Den Abgeordneten stehen weiterhin MitarbeiterInnen zu, für die monatlich ein Budget von ca. 1.860.000 Euro zur Verfügung steht. Geldmittel von über vier Millionen Euro, insgesamt 647 Vollzeit-MitarbeiterInnen (ohne externe „Experten“ auf Honorarbasis). Hinzu kommt noch die finanzielle Ausstattung für die parteinahe Stiftung — welche der schon Gegründeten sich auch immer durchsetzen wird — und die Wahlkampfkostenrückerstattung. Ob die Summen dann im Detail so fließen werden, sei dahingestellt — sollen sich andere mit den Rechenspielchen beschäftigen. Was wir sagen wollen, ist folgendes: Viele Millionen Euro (die Landtagsarbeit der AfD ist noch nicht mal mit eingerechnet) werden in den nächsten Jahren in Deutschland in extrem rechte Politik fließen. Das bedeutet auch, viele hundert gut bezahlte RassistInnen, Nationalkonservative, Homophobe, NeofaschistInnen, NationalistInnen, wirtschaftsliberale SozialdarwinistInnen, Neonazis, VerschwörungsideologInnen, Burschenschaftler etc., die mindestens für die nächsten vier Jahre nicht nur ein stattliches Auskommen haben, sondern das Gehalt auch noch für die Verbreitung und Umsetzung ihrer Ideologie bekommen. Gerade in der zweiten und dritten Reihe der MitarbeiterInnen wird wohl weniger auf politische Vorzeigbarkeit geachtet werden, was eine Häufung von HardlinerInnen begünstigen wird. Der Wahlerfolg bedeutet zudem 92 neue AfD-Büros deutschlandweit, also Brennpunkte rechter Aktivitäten, Treff- und Vernetzungsorte, Schulungsräume, Materiallager und so weiter. Unter dem Parteienprivileg können „Safespaces“ für RassistInnen bis Neonazis — inklusive Polizeischutz — entstehen, wie ein Beispiel aus Halle zeigt, wo ein AfD-Abgeordneter in einem „identitären Hausprojekt“ (Siehe S. 26) ein „Zweit-Büro“ anmeldete und diesem über seinen Anspruch auf Polizeischutz ruhigere Nächte verschafft.

Über die Möglichkeiten von Ausschussmitgliedschaften z.B. im Geheimdienstausschuss, und von kleinen und großen Anfragen bekommt die AfD Zugang zu sensiblen und detaillierten Informationen über politische Gegner_innen. Kurzum: Die extreme Rechte hat erstmalig seit 1945 die ganz große Bühne für ihre Propaganda, und die Möglichkeit zur realen politischen Mitgestaltung erhalten. Auch wenn die Auswirkungen dessen nicht sofort in allen Bereichen der Gesellschaft ankommen werden — sie werden ankommen. Auch bei uns und Euch. Aber wir bleiben dran. Versprochen!

In zwei Artikeln beleuchten wir die „Scheinriesen“ der Identitären „Bewegung“ (IB). Die Kampagne „Defend Europe“ der europäischen „Identitären Bewegung“ (IB) hatte Großes vor und wollte mit einem gecharterten Schiff im Mittelmeer Seenotrettung von Geflüchteten verhindern. Bilanz der Aktion: Mindestens 170.000 Euro wurden in den Sand gesetzt, ein Teil der angeheuerten Crew ging in Zypern von Bord und beantragte Asyl, ein Teil der Verantwortlichen landete kurzzeitig wegen Menschenschmuggels im Gefängnis, das Schiff „C-Star“ konnte aufgrund von Gegenprotesten nicht in den tunesischen Hafen einlaufen und nun sitzt, nachdem die Identitären das Schiff verlassen haben, die Restcrew des Schiffes mittellos in Barcelona fest und ist ein Fall für humanitäre Hilfe. Eine einzige Farce — wir freuen uns. Doch kein Grund zur Entwarnung, der Text auf Seite 34 zeigt auf, welche Steine der Seenotrettung in den Weg gelegt werden.

Zum Schluss: Einen Riesendank an alle, die (mit) uns zum 30jährigen Bestehen des Antifaschistischen Infoblatts gefeiert haben! •

AfD-Politiker Hoffmann im Kampf gegen „Linksextremismus“



Ausgehend von falschen Darstellungen der Polizei rund um die Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg, ist die vermeintliche Gefahr von links zum Dauerbrenner geworden. Am 06. September lief dazu bei ZDFinfo die Dokumentation „Radikale von Links — Die unterschätzte Gefahr“ des Journalisten Rainer Fromm. Dieser Beitrag geriet nicht nur aufgrund tendenziöser Herleitungen und nicht bewiesener Behauptungen in die Kritik, auch ein interviewter Politologe erregte Aufmerksamkeit. Handelt es sich hierbei doch um den AfD-Fraktionsvorsitzenden im Kreistag von Rotenburg (Niedersachsen), Karsten Dustin Hoffmann.

Der selbsternannte „Linksextremismusforscher“ ist seit Jahren darum bemüht, auf eine „unterschätzte Gefahr“ hinzuweisen (Vgl. AIB Nr. 102). Sein Engagement bei der AfD passt dazu. Seit 2014 tritt er als Redner auf Veranstaltungen der Partei auf, genauso wie bei der rechten Wählervereinigung „Bürger in Wut“ aus Bremen oder der „Bibliothek des Konservatismus“ in Berlin. Dass es Hoffmann nicht um eine seriöse Auseinandersetzung geht, sondern vielmehr darum, seine unhaltbaren Forschungsergebnisse einem Publikum über den sonst üblichen Kreis der Huffington-Post-Lesenden zu präsentieren, hätte den MacherInnen der Doku schnell bewusst werden können. Fast wortgleiche Ergüsse über bekannte Bands, die in linken Räumen auftreten und so eine vermeintliche Akzeptanz „Linksextremer“ ermöglichen, lieferte Hoffmann bereits in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „Preußische Allgemeine Zeitung“ im Mai 2016. Hoffmann ist offenbar von der kruden Leidenschaft für das Dokumentieren linker Aktivitäten getrieben. Er bedient sich dafür des von ihm im August 2015 in Hamburg gegründeten Vereins „Forschungsgruppe Extremismus und Militanz“, das ein Nachfolgeprojekt seiner 2011 initiierten „Bibliographie zur Linksextremismusforschung“ darstellt. Wissenschaftlich Brauchbares sucht man dort allerdings vergebens. Vielmehr dient die Plattform dazu, die eigenen Publikationen von Hoffmann zu vertreiben. Zudem finden sich mit Philipp Döbbe, der sich in Münster für die lokale Gruppe des rassistischen Blogs „Politically Incorrect“ (PI News) betätigte, und Henrik Mollowitz aus Göttingen, gleich zwei Aktivisten der AfD-Jugend „Junge Alternative“ in den Reihen des Vereins wieder. •

Klage von „Label 23“ abgewiesen

Im Juli 2017 entschied das Landgericht Berlin, dass das „Antifaschistische Infoblatt“ (AIB) kritisch über die Modemarke „Label 23“ berichten darf. Die „KF Textil Distribution UG“ von René Möbus aus Forst in der Lausitz hatte gegen den AIB-Artikel „‚Leben heißt Kampf‘ — Die Cottbusser Marke ‚Label 23‘“ geklagt. Man hätte dem Neonazi-Aktivisten Markus Walzuck im April 2017 die Verkaufsrechte für „Label 23“ entzogen und würde nun auch „deutsche Kunden mit Migrationshintergrund“ beliefern. Das Gericht befand, dass die Klage unbegründet und der Artikel eine zulässige Meinungsäußerung ist. Es sei gerechtfertigt Markus Walzuck als — im „ideellen“ Sinne — Inhaber (auch) der Marke „Label 23“ darzustellen. Die Aktivitäten des früheren Inhabers und dessen Verstrickung in das Neonazi-Milieu zeigten, das letztlich „knallharter Neonazismus“ dahinter stehe. •

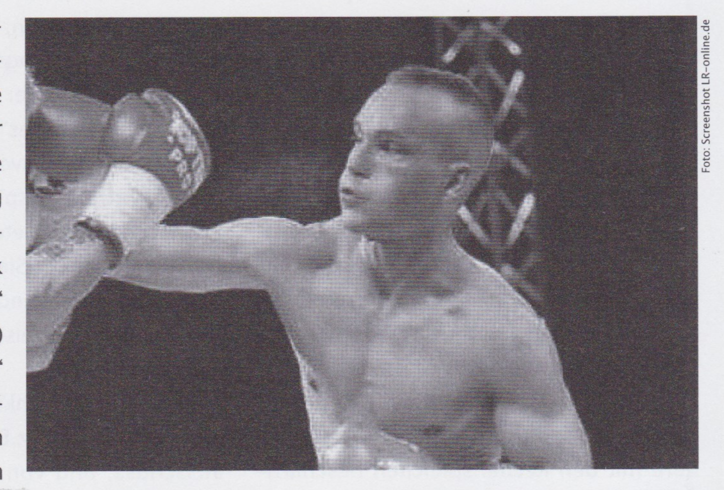


Foto: Screenshot LR-online.de

Der rechte Kampfsportler Markus Walzuck zählte in der Vergangenheit zum nahen Umfeld des Modelabels „Label 23“

MMA-Veranstalter positionieren sich rechts

■ Für Szenekenner_innen wenig überraschend, für die sich betont unpolitisch gebende deutsche Kampfsportszene jedoch ungewöhnlich, haben sich die Macher der Leipziger Mixed Martial Arts (MMA)-Veranstaltung „Imperium Fighting Championship" (Imperium FC) zur Bundestagswahl deutlich positioniert. Gleich mehrfach forderten die Veranstalter ihre etwas mehr als 10.000 Facebook-Follower dazu auf, ihre Kreuze bei der Alternative für Deutschland (AfD) zu machen. „Imperium FC" veranstaltet seit 2014 regelmäßig größere MMA-Events in Leipzig und hatte bisher versucht, sich öffentlich als unpolitische Sportveranstaltung darzustellen. Trotz deutlicher Überschneidungen von Publikum, Kämpfern und Organisatoren in die sächsische Neonazi- und Hooligan-Szene und öffentlicher antifaschistischer Proteste gegen die Events muss die Strategie als teilweise erfolgreich bewertet werden: So nahmen in der Vergangenheit zahlreiche politisch unverdächtige und teils sportlich etablierte MMA-Gyms und deren Kämpfer an „Imperium FC" teil und die deutschsprachigen Kampfsportmedien blendeten die Neonazi-Connection in ihrer meist völlig unkritischen Berichterstattung in der Regel aus. Und das, obwohl der einschlägig bekannte MMA-Kämpfer Benjamin Brinsa als eines der Gesichter der Veranstaltung auftritt und mindestens drei Mitglieder des „Imperium Fight Team" als Tatverdächtige für einen Überfall von über 200 rechten Hooligans und Neonazis auf den alternativen Leipziger Stadtteil Connewitz im Januar 2016 gelten[1].

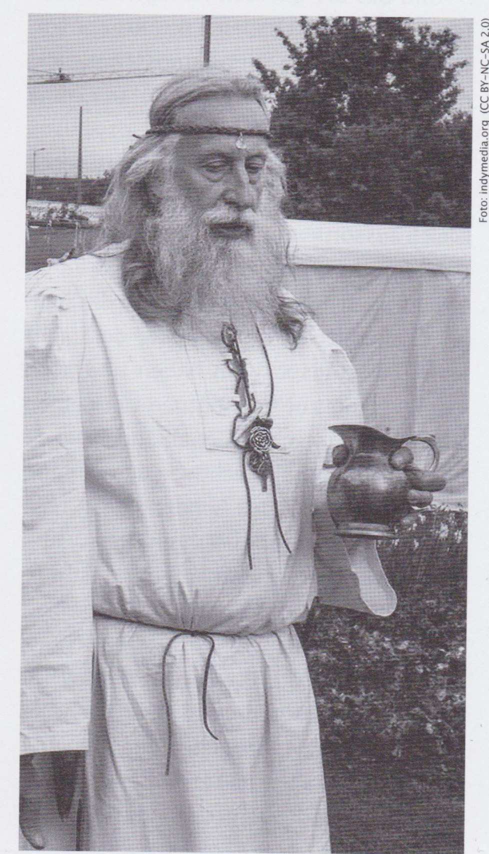
Auch beim Berliner MMA-Event „Sprawl & Brawl" fällt es spätestens nach dem sechsten Event im September 2017 schwer, an Zufälle zu glauben: Nachdem der Austragungsort, das Berliner Tempodrom, den Kämpfer Ivo Cuk wegen dessen faschistischer Ustascha-Tattoos von der Fightcard streichen ließ[2], buchten die Veranstalter für einen anderen Kampf kurzerhand ausgerechnet Frank Kortz nach – ein als Neonazi und Zuhälter in der MMA-Szene bekanntes Schwergewicht mit gleich mehreren Hakenkreuz- und weiteren neonazistischen Tattoos (siehe AIB Nr. 110: „Neonazis im Hamburger Rotlichtmilieu"). Besonders dreist erscheint dieser Vorgang angesichts dessen, dass genau diese beiden Neonazis 2016 auf Drängen von ran fighting – ProSiebenSat.1 Sports aus dem Programm von „German MMA Championship 10" entfernt wurden. „Sprawl&Brawl" scheinen derartige Feinfühligkeiten wenig zu scheren: Seit Bestehen der Serie traten bereits verschiedene teils prominente Anhänger von „Hammerskins", „Blood & Honour", „HooNaRa" (die Chemnitzer Hooligangruppe „Hooligans, Nazis, Rassisten") oder der Brandenburger Neonazi-Szene an, häufig mit deutlichen Tätowierungen und teils mit entsprechender Einlaufmusik. •

1 www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-09/leipzig-connewitz-angriff-npd-neonazis-randale
2 www.gnp1.de/mma/mma-deutschland/news/barja-maj-bestreitet-neuen-hauptkampf-bei-sprawl-brawl-6

Terrorverfahren gegen Druiden eingestellt

■ Der Verdacht der „Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung" gegen den „Druiden" Burgos von Buchonia alias Burghard B. und fünf weitere Beschuldigte aus der extrem rechten Reichsbürger-Szene habe sich nicht bestätigt.

Die Ermittlungen dazu wurden eingestellt, teilte der Generalbundesanwalt im August 2017 mit. Zwar hätten die Beschuldigten durchaus eine „rechtsextreme Weltanschauung", Hinweise auf die Planung von Anschlägen hätten sich im Laufe der Ermittlungen jedoch nicht ergeben. Vielmehr lebte Burghard B. in einer „verqueren Vorstellungswelt", wonach Unruhen bis hin zum Ausbruch des Dritten Weltkrieges bevorstünden, so der Generalbundesanwalt. Die zahlreich beschlagnahmten Waffen seien „lediglich" für diesen Krisenfall beschafft worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt jedoch weiterhin wegen des Verdachts des unerlaubten Waffenbesitzes. Im Januar 2017 hatte es mehrere Razzien gegen Burghard B. und seine Mitstreiter in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt gegeben. Zuvor hatte der „Druide" in sozialen Medien seinen rassistischen und antisemitischen Vernichtungsphantasien als vermeintliche Widerstandshandlungen freien Lauf gelassen (vgl. AIB Nr. 114). In Sachsen-Anhalt wollte Burghard B. ein „Wehrdorf" errichten. •



Der Neonazi und „Druide" Burghard B. stand im Verdacht, eine „terroristische Vereinigung" gebildet zu haben.

TITEL

Der NSU im Spitzelnetz

ANDREAS FÖRSTER

Das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz legt — wenn man ihm das glauben will — bereits seit Jahren hohe Maßstäbe an Lebenswandel und Selbstverständnis seiner Quellen. Maßstäbe, die laut BfV deutlich über den Kriterien liegen, nach denen die meisten Landesämter ihre sogenannten Vertrauenspersonen vulgo Spitzel auswählen. Dieser Bundesmaßstab sollte künftig auch von den Ländern angelegt werden, regte Köln schon ein Jahr nach der Selbstenttarnung des NSU als Konsequenz aus dem Desaster um die rechte Terrorgruppe an.

Und das BfV gab den Kollegen aus den Ländern dann auch gleich das Rezept vor, nach dem sich der Verfassungsschutz seine Spitzel künftig backen will: Man nehme gereifte Persönlichkeiten, die psychisch stabil sind und mit der Erkenntnis leben können, dass sie eigentlich Verräter sind. Gleich aussortiert werden sollten jene Kandidaten, die ausschließlich am Geld interessiert seien. Natürlich sollen sich die Spitzel auskennen in ihrer Szene, dort aber keine Führungsposition haben und auch keinen Hang zur Wichtigtuerei erkennen lassen. Hände weg von Gewalttätigen, Alkoholikern, Rauschgiftsüchtigen und Straftätern. Meiden soll der Geheimdienst auch junge Leute, die noch bei ihren Eltern wohnen, sowie überforderte Väter und Mütter, die von ihrem Haushalt zu sehr in Beschlag genommen werden.

Fünf Jahre später ist man im Bundesamt deutlich kleinlauter geworden. Zu viele BfV-Spitzel sind in den letzten Jahren aufgeflogen, die allen diesen Kriterien, nach denen Köln angeblich schon immer gearbeitet haben will, widersprechen. Kein Wunder, dürften sich in der rechten Szene wohl kaum potenzielle Spitzelkandidaten finden, die die „VS-Reinheits-Kriterien" erfüllen.

Die NSU-Affäre, die vor allem auch eine VS-Affäre ist, hat sich für den Verfassungsschutz als Schlag ins Kontor entpuppt. Und das betrifft nicht nur das Image des Dienstes. Weil eine ganze Reihe von — mitunter schon seit Jahren abgeschalteten — Quellen publik geworden sind, fällt es den Geheimdienstlern so schwer wie nie, neue Spitzel zu rekrutieren und bereits geworbene V-Leute bei der Stange zu halten. Deshalb warnen Sicherheitspolitiker und VS-Beamte seit langem lautstark davor, dass die Informationsgewinnung im rechtsextremen Milieu und in anderen Kriminalitätsfeldern enormen Schaden genommen habe. Angeblich gelingt es derzeit überhaupt nicht mehr, potentielle Informanten anzuwerben. Ohne die Informanten aber, so warnen die Behörden, sei das Ausleuchten von gefährlichen Zirkeln in Zukunft sehr schwer.

Das mag sein. Aber das Beispiel NSU zeigt auch, dass selbst mit Informanten ein solches Ausleuchten nicht gelingen muss. Und dass die Beamten im Verfassungsschutz mit den ihnen gelieferten Informationen nicht effektiv umgehen können - oder wollen. Fast 14 Jahre lang waren Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt auf der Flucht. Sie lebten mit Hilfe von rechten Gesinnungsgenossen ein unauffälliges Leben im Untergrund — umgeben allerdings von einem dichten Spitzelnetz. Anwälte der Nebenkläger im Münchner NSU-Prozess sprechen inzwischen von 40 bis 45 Spitzeln deutscher Sicherheitsbehörden, die zwischen 1998 und 2011 im näheren und weiteren Umfeld des untergetauchten NSU-Trios positioniert waren. Vier Dutzend Spitzel — und sie alle sollen von der Existenz und den Taten der Rechtsterroristen nichts mitbekommen haben? Kaum zu glauben.

Trotz der noch immer lückenhaften, wesentliche Zusammenhänge und Hintergründe aussparenden Aufklärung des NSU-Komplexes hat sich in den vergangenen fast sechs Jahren die Einschätzung verfestigt, dass der deutsche Verfassungsschutz eine Mitschuld trägt an der Entstehung des NSU und dessen rassistischer Mordserie. Und zwar nicht wegen des angeblichen Unvermögens einzelner Mitarbeiter oder vermeintlicher beziehungsweise tatsächlicher Informationsverluste innerhalb der Behörden — sondern weil er Opfer seiner eigenen, über Jahrzehnte hinweg praktizierten Strategie wurde, innerhalb der rechten Szene eine Steuerungsfunktion übernehmen zu wollen. Mit diesem Ziel hatte der Geheimdienst — und allen voran das Bundesamt — neben einer Vielzahl durchschnittlicher Informationsgeber über lange Zeit hinweg auch mehrere Spitzenquellen aufgebaut, die dank der logistischen und finanziellen Unterstützung durch das Amt Führungs- und Schlüsselpositionen in der Szene erobern konnten.

Das Neonazi-Netzwerk „Blood & Honour" ist nur ein Beispiel dafür. Sein früherer Deutschland-Chef Stephan Lange („Pin"



Zwei zeitweilige Neonazi-Spitzel auf einem Rechts-Rock-Konzert: Thomas Starke (l.) und Carsten Szczepanski (r). Das Bild ist ein Screenshot von der rechten Homepage „NSU-Leaks".

oder „Pinocchio") flog erst kürzlich als langjähriger Ex-V-Mann des BfV auf. Nicht der einzige staatliche Einflussagent in dem klandestinen Netzwerk, das mit „Combat 18" eine in unabhängig voneinander agierende, regionale Zellen strukturierte Terrortruppe als bewaffneten Arm besitzt. Wegen der Bedeutung von B&H für die Militanz der rechten Szene wurde die im Jahr 2000 verbotene deutsche B&H-Sektion sowie ihre illegal operierenden Nachfolgestrukturen bis in die Führungsebenen hinein vom Verfassungsschutz unterwandert. So waren neben Stephan Lange auch Führungspersonen der B&H-Sektionen in Sachsen (Thomas Starke) und Thüringen (Marcel Degner) V-Leute. Hinzu kommen mehrere einflussreiche B&H-Aktivisten, etwa in Baden-Württemberg (Roland Sokol), Sachsen (Toni Stadler), Dortmund (Sebastian Seemann) und Chemnitz, die ebenfalls bezahlte Informanten deutscher Sicherheitsbehörden waren.

Bei der Aufklärung der Neonazi-Szene — auch das macht der NSU-Komplex deutlich — setzte der Verfassungsschutz einerseits auf ein Heer von eher untergeordneten Quellen und Mitläufern, die Informationssplitter zusammentrugen. So war es auch im Thüringen der 1990er Jahre. Dem Geheimdienst dürfte es damals gedämmert haben, dass ihm die vermeintliche Kontrolle und Steuerungsfähigkeit der Szene im Freistaat entglitt. Die zunehmende Militanz der Thüringer Neonazis war unübersehbar, die Szene war bewaffnet, es fanden Wehrsportübungen statt. Bombenattrappen wurden verschickt, Jugendliche trainierten mit Sprengstoff und scharfen Waffen auf stillgelegten Übungsplätzen der Armee, der „Thüringer Heimatschutz" (THS) koordinierte die Aktionen der versprengten Neonazi-Kameradschaften des Freistaats. In anonymen Schreiben drohten Rechte Ende 1996 ganz offen mit einem bewaffneten Kampf gegen den Staat.

Es fällt jedenfalls auf, dass vor allem das Bundesamt von 1997 an gleich mehrere Operationen im Freistaat startete, um Informanten zu rekrutieren. Da war zunächst die „Operation Rennsteig", die dem Verfassungsschutz zwischen 1997 und 2003 gleich acht Quellen aus der Thüringer Neonaziszene in die Arme trieb. Zielpersonen von „Rennsteig" waren insgesamt 35 namentlich aufgelistete Thüringer Neonazis — die Dienste wollten sie aufklären oder als Informanten werben. Darunter befanden sich auch die späteren mutmaßlichen NSU-Terroristen Mundlos und Böhnhardt sowie ihre Helfer Holger Gerlach und Ralf Wohlleben.

Bis zum Jahr 2003 lief „Rennsteig". Das BfV warb spätestens ab 1999 acht Neonazi-Spitzel aus dem THS an. Ihre Decknamen begannen alle mit dem Buchstaben T: „Treppe" wurde als erster rekrutiert, ihm folgten „Tobago" und „Tonfall", die immerhin bis 2001 Informationen lieferten. Auch zwei Jahre lang, ab 2000, spitzelte „Tonfarbe"; „Tusche" hingegen blieb nur ein Jahr bei der Stange. Länger hielten es „Terrier", „Tinte" und „Trapid" aus, von denen die beiden letztgenannten spätestens mit Ende der Rennsteig-Aktion 2003 vom BfV an den Thüringer Verfassungsschutz übergeben wurden.

Nach Abschluss von „Rennsteig" im Jahr 2003 startete das BfV eine Nachfolgeoperation in Thüringen unter der Bezeichnung „Saphira". Gemeinsam mit dem Erfurter Landesamt sprachen die Verfassungsschützer zwischen 2003 und 2005 rund 25 Neonazis an. In mindestens zwei Fällen war die Werbung erfolgreich. Einer der beiden V-Leute wurde nach 2005 an das Er-



Das von Spitzeln durchsetzte Netzwerk von „Blood & Honour". Anwesend bei diesem Gruppenbild die Spitzel Marcel Degner (1), Stephan Lange (2) und Thomas Starke (3). Auch dabei der NSU-Unterstützer Jan Werner (4).

furter LfV übergeben. Details über diese V-Leute oder gar deren Identität sind bislang nicht bekannt. Geheim hält das BfV auch Details zur Operation „Treibgut", die das Bundesamt im Jahr 2000 vorbereitet hatte. Parallel zu der damals bereits laufenden Operation „Rennsteig" wollte man offenbar mit „Treibgut" weitere Quellen in Thüringen anwerben. Dazu hatte Köln dem Erfurter LfV laut einem dort entstandenen Vermerk vom November 2000 eine „Liste von 123 potentiellen Zielpersonen für Werbungsmaßnahmen" übersandt. Das Landesamt sei gebeten worden, die aufgelisteten Rechtsextremisten „auf operatives Eigeninteresse bzw. bereits durchgeführte Ansprachen zu prüfen". Weitere „Treibgut"-Akten, etwa mit den Namen der Spitzelkandidaten und der angeworbenen Quellen, sind bis heute nicht aufgetaucht — und werden es wohl auch nicht mehr.

Parallel zum Netz der eher untergeordneten und Gelegenheits-Informanten baute der Verfassungsschutz aber auch gezielt eine Anzahl von in der Szene einflussreichen und bestens vernetzten Top-Quellen auf. Dabei nahm man in Kauf, dass diese Spitzel Straftaten begingen, um Vertrauen unter ihren Kameraden aufzubauen. Mit finanzieller und materieller Unterstützung des Geheimdienstes vernetzten die Topquellen zudem die rechtsextreme Szene bundesweit und schürten deren Militanz und Gewaltbereitschaft.

Da ist zum Beispiel Tino Brandt aus Rudolstadt. Der vom Thüringer Landesamt zwischen 1994 und Anfang 2001 als V-Mann „Otto" bzw „Oskar" geführte Neonazi war der maßgebliche Gründungsvater der „Anti-Antifa" und des daraus hervorgegangenen Netzwerks „Thüringer Heimatschutz" (THS). Seinem „Heimatschutz" hatten sich frühzeitig auch Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe mit ihrer „Kameradschaft Jena" angeschlossen. Insgesamt 120 gewaltbereite Neonazis rechnete der Verfassungsschutz damals dem THS zu. Der aus Bayern stammende Brandt koordinierte unter den Augen und mit dem Geld des Staates politische Aktionen der Nazi-Kameradschaften und organisierte Wehrsportübungen mit scharfen Waffen für THS-Mitglieder. Fast drei Dutzend Ermittlungsverfahren gegen ihn, unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, wurden — nicht zuletzt auf Druck des Verfassungsschutzes — ergebnislos eingestellt. Auch der Fund eines umfangreichen Waffenarsenals 1997 in einer Gaststätte in Heilsberg nahe Saalfeld, die als logistisches Zentrum des THS galt, brachte Brandt nicht in Schwierigkeiten.

Ein weiterer Topspitzel mit Kontakten zum Trio war Thomas Richter, der als V-Mann „Corelli" von 1993 bis 2012 für das Bundesamt für Verfassungsschutz die rechte Szene unterwanderte. Richter alias „Corelli", der Anfang April 2014 unter mysteriösen Umständen gestorben ist, gehörte zu den Top-Spitzeln des Dienstes in der Szene, was sich auch in seiner Bezahlung spiegelt: Insgesamt kassierte er 180 000 Euro. Amtsintern wurde er mit der höchsten Bewertungsstufe „B" geführt — das bedeutet, die Quelle war zuverlässig, ihre Informationen waren zutreffend, sie hatte Kontakte zu führenden Aktivisten



und besaß eine absolute Vertrauensstellung in der Szene. Der aus Halle/Saale stammende Richter war eines der wichtigsten Verbindungsglieder zwischen den militanten Neonazi-Strukturen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Baden-Württemberg. „HJ Tommy", wie ihn seine rechten Kameraden nannten, hatte engen Kontakt zum B&H-Netzwerk, das Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt mit Waffen und Geld unterstützte. „Corelli", der zumindest Mundlos seit 1995 persönlich kannte, betreute auch die Internetpräsenz des rassistischen Fanzines „Der Weisse Wolf", das im Jahr 2002 vom NSU eine Geldspende über 2500 Euro erhielt. Außerdem zählte Richter 1998 zu den Mitbegründern eines deutschen Ku-Klux-Klan-Ablegers, dessen ehemalige Mitglieder 2007 im Umfeld des dem NSU zugeschriebenen Heilbronner Polizistenmordes auftauchen. 2005 übergab er dem BfV eine CD mit Fotos und Dokumenten, in deren Begleittext die Begriffe „Nationalsozialistischer Untergrund" und „NSU" auftauchen. Man habe das damals für Ironie gehalten und nicht weiter verfolgt, behauptet das BfV heute.

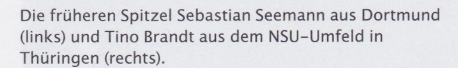
Noch eine Spitzen-Quelle aus dem NSU-Umfeld war Kai Dalek, der in den 1980er und 1990er Jahren Spitzel erst des Berliner und dann — ab 1987 — des bayerischen Landesamtes war. Dalek war eine der zentralen Figuren in der westdeutschen Neonaziszene. Während seiner V-Mann-Zeit gehörte er zu den maßgeblichen Aktivisten der von Michael Kühnen 1988 gegründeten „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF). Die GdNF war Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre die wichtigste und in der Szene einflussreichste nationalsozialistische Kaderorganisation. Die hierarchisch gegliederte Gruppe sah sich selbst in der Tradition der SA, sie orientierte sich nach Kühnens Worten am NSDAP-Parteiprogramm und strebte eine „nationalsozialistische Revolution in Deutschland" an. Nach dem Mauerfall intensivierte die „Neue Front" den Aufbau von Organisationsstrukturen in der ehemaligen DDR und das paramilitärische Training der Mitglieder.

Immer vorn dabei der Informant Kai Dalek, der innerhalb der GdNF nach Kühnens Tod 1991 zur Nummer Zwei aufstieg. Auch in Thüringen half Dalek dabei mit, die „Anti-Antifa" aufzubauen, deren Ziel die gewaltsame Verfolgung politischer Gegner war. Den engsten Kontakt aber hatte er dabei mit seinem V-Mann-Kollegen Tino Brandt, dem Anführer des „Thüringer Heimatschutzes". Kai Dalek war darüber hinaus an der Erstellung der Publikation „Einblick" beteiligt, in der Linke und Antifaschisten mit Foto und Anschrift faktisch zum Abschuss freigegeben wurden. Außerdem betrieb der Computerexperte die Mailbox „Kraftwerk.BBS", die dem bundesweiten Neonazi-Internetdienst Thule-Netz angeschlossen war und die unter anderem Fotos „linker" Journalisten veröffentlichte. Der Verfassungsschutz subventionierte Daleks Computeraktivitäten, mit denen Überfälle auf Neonazi-Gegner initiiert werden sollten.

Und dann ist da noch Michael See, der heute Michael von Dolsperg heißt. Unter dem Decknamen „Tarif" hat er von 1995 bis mindestens 2001 mit dem BfV kooperiert und in dieser Zeit mindestens 66.000 D-Mark Spitzellohn kassiert. Faktisch unter den Augen des Verfassungsschutzes







Die früheren Spitzel Sebastian Seemann aus Dortmund (links) und Tino Brandt aus dem NSU-Umfeld in Thüringen (rechts).

publizierte er jahrelang die rassistische Neonazi-Postille „Sonnenbanner". Ein Exemplar dieses Blattes wurde auch in der 1998 ausgehobenen Bombenwerkstatt des Trios in Jena gefunden. In Artikeln des „Sonnenbanner" wird unter anderem das — vom NSU später umgesetzte — Konzept autonomer Kämpferzellen propagiert, die im Untergrund das demokratische System mit Waffengewalt bekämpfen.

In einem von Von Dolsperg verfassten Text mit dem Titel „Das Ende oder Neuanfang" heißt es: „Daher haben wir den Weg gewählt, der am Schwierigsten, am unbequemsten und am Steinigsten ist: Den Untergrund, die autonomen Zellen-Strukturen (...) Wir wollen die BRD nicht reformieren — wir wollen sie abschaffen."

In einem Schreiben an das Bundeskriminalamt vom 13. Februar 2013 zitiert das BfV diese Passage und Ausschnitte weiterer Artikel aus dem vom V-Mann „Tarif" verantworteten „Sonnenbanner". Die Bewertung der Verfassungsschützer: „Bemerkenswert sind die ideologischen nationalsozialistisch motivierten Artikel im ‚Sonnenbanner' zu den Themen Zellenprinzip, Agieren im Untergrund, konspirativem Verhalten und elitärem Selbstverständnis ... Die späteren Taten des NSU weisen zumindest keinen Widerspruch zu diesen zu o. g. Verhaltensmustern auf."

Was das Bundesamt in seinem Bericht von 2013 verschwieg — Dolsperg alias VM „Tarif" hat die rassistischen und mit offen nationalsozialistischen Inhalten gespickten Artikel des „Sonnenbanner" nicht nur unter den Augen des Bundesamtes publiziert. Folgt man den Aussagen des Neonazis, dann haben seine Verbindungsführer vom BfV sogar regelmäßig diese Artikel vor Drucklegung redigiert. „Das BfV bekam alle Ausgaben (des ‚Sonnenbanner') von mir vorab", behauptet Dolsperg bis heute. Änderungswünsche vom Bundesamt habe es demnach bis auf eine Ausgabe, wo es um die Gestaltung des Titelblattes ging, nie gegeben. Bezahlt habe er die Produktion der Hefte zum Teil von seinen V-Mann-Honoraren. Die Spitzelakte von See, der 2001 nach Schweden verzog, wurde, unmittelbar nachdem die Bundesanwaltschaft die NSU-Ermittlungen eingeleitet hatte, im BfV geschreddert. Aus dem überlieferten Schriftverkehr der Behörde geht hervor, dass der damals verantwortliche Referatsleiter besonders auf die Vernichtung der „Tarif"-Akte drängte.

In die Reihe der vom Verfassungsschutz angeworbenen Neonazianführer passt auch Ralf Marschner, der seit Anfang der 1990er Jahre bis mindestens 2002 für das BfV unter dem Decknamen „Primus" für monatlich 300 Euro arbeitete. Der Zwickauer Marschner — von seinen rechten Kameraden „Manole" genannt — war ein sachsenweit bekannter, für seine Gewalttätigkeit berüchtigter Skinhead. In Zwickau betrieb er zwei Szene-Läden, Kneipen, ein Werbe-Studio und zwei Jahre lang eine Baufirma. In seiner Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft 2012 beteuerte der damals 40-Jährige, nie persönlich mit einer Person des NSU-Trios Umgang gehabt zu haben. Gleichwohl räumte er Kontakte zur sächsischen „Blood & Honour"-Sektion sowie zu André Eminger und dessen Frau Susann Eminger ein, die beide zum engsten Bekanntenkreis von Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt zählten. Mit seiner RechtsRock-band „WestSachsenGesocks — WSG" veranstaltete er in einem einschlägig bekannten Gartenlokal in Zwickau regelmäßig Konzerte. Am Rande dieser Auftritte wurde auch das rechte Skinzine „Der Vollstrecker" verteilt, an dessen Herstellung „Primus" mitgewirkt haben soll. In einer Ausgabe des Skinzines soll auch ein von Mundlos verfasster Artikel veröffentlicht worden sein.

Nach Zeugenaussagen soll Marschner in den Jahren 2000 und 2001 zeitweise Mundlos in seiner Baufirma beschäftigt haben. Die Firma „Marschner Bauservice" existierte nur kurze Zeit und war ein Sammelbecken von Neonazis aus Zwickau und Umgebung. Ungeklärt ist bis heute die Frage, ob das BfV Geld für die Gründung der


GdNF?

dem "Einblick" mi
Exemplaren in de
worden. Dalek, der
sorgte dabei für
Dementsprechend w
diese Aufgaben z
"Einblicks" vorgesel
Einblick hatte er bere
es eine gerichtsbe
zwischen Camic u
Letzterer Layout-

Der Polizei-Informant Kai Dalek.
(Repro: a.i.d.a.-Archiv)

Firma beigesteuert hat, um so mit „Primus" Hilfe die rechte Szene der Region besser unterwandern zu können. Marschner, der heute in der Schweiz lebt, bestreitet, Kontakt zu Mundlos gehabt oder ihn sogar beschäftigt zu haben. Da das BfV bereits 2010 die „Primus"-Akte vernichtete, lässt sich das jedoch nicht mehr nachprüfen.

Ein besonders entlarvendes Beispiel für die Zusammenarbeit des VS mit neonazistischen V-Leuten ist der Fall von Carsten Szczepanski, der nach dem Mordversuch an einem Afrikaner und einer Verurteilung zu einer achtjährigen Haftstrafe 1994 zum V-Mann „Piatto" des Brandenburger LfV aufstieg. Im Jahr 2000 flog seine Spitzeltätigkeit auf. Der extrem gewalttätige, heute unter einer mit Steuergeldern finanzierten, neuen Identität lebende Neonazi habe — so fasste es ein Abteilungsleiter des LfV in einem Vermerk für seine Chefin Winfriede Schreiber zusammen — „als bundesweit einzige Informationsquelle weiterführende Hinweise auf den Verbleib dreier flüchtiger Neonazis aus Thüringen" gegeben.

Der in Berlin-Neukölln geborene und nach der Wiedervereinigung nach Königs Wusterhausen umgesiedelte Szczepanski hatte Anfang der 1990er Jahre versucht, einen deutschen Ku-Klux-Klan-Ableger in Brandenburg zu etablieren. Bei der Durchsuchung einer seiner Wohnungen wurden Rohrbomben gefunden, was aber erstaunlich folgenlos blieb, vielleicht weil sich Szczepanski schon damals sehr auskunftsbereit gegenüber dem Bundeskriminalamt zeigte. 1992 führte er eine Neonazimeute an, die in einer Diskothek im brandenburgischen Wendisch-Rietz einen nigerianischen Lehrer und Asylbewerber überfiel und fast zu Tode prügelte. Noch in der Untersuchungshaft, im Juli 1994, ließ sich der Neonazi vom Potsdamer LfV anwerben, das die neue Quelle hegte und pflegte. 1999 bescheinigten die Verfassungsschützer vor Gericht ihrem „Piatto" wider besseren Wissens eine positive Entwicklung und eine glaubhafte Abkehr von der rechten Szene, was ihm eine vorzeitige Haftentlassung einbrachte.

Tatsächlich hatte sich Szczepanski nie von seiner Gesinnung und seinen Kameraden losgesagt — was auch der Verfassungsschutz wusste. Holten doch die V-Mann-Führer ihn regelmäßig vom Knast ab, als „Piatto" Anfang April 1998 Freigänger wurde und nur noch zum Schlafen in den Knast musste. Mit dem Dienstwagen karrten die Beamten ihren Zögling zu seinen Treffs mit Neonazis.

Auch seine Jobsuche verfolgten die Verfassungsschützer mit Wohlwollen. Szczepanski hatte schon als Freigänger ein Praktikum bei der Firma Probst im sächsischen Limbach absolviert, von der er schließlich auch einen Arbeitsvertrag erhielt. Die Brandenburger Richterin stimmte nicht zuletzt wegen dieses, auf eine scheinbar günstige Sozialprognose hinweisenden Anstellungsverhältnisses der vorzeitigen Haftentlassung Szczepanskis zu. Was ihr der Verfassungsschutz dabei verschwieg: Die Firma Probst gehörte der sächsischen „Blood & Honour"-Aktivistin Antje Probst und handelte mit NS-Devotionalien. In Chemnitz betrieb Antje Probst zusammen mit ihrem Ehemann Michael Probst zudem den einschlägigen Szeneladen „Sonnentanz". Szczepanski hatte also mitnichten die Szene verlassen, sondern bestenfalls seine Wirkungsstätte gewechselt.

In Chemnitz tauchte „Piatto" in das Unterstützerumfeld des Trios ein — auftragsgemäß? Seinen Brandenburger Führungsleuten jedenfalls berichtete er, dass Antje Probst bereit sei, ihren Pass Beate Zschäpe zur Verfügung zu stellen. Und dass der sächsische „Blood & Honour"-Chef, Jan Botho Werner, für das untergetauchte NSU-Trio Waffen beschaffen sollte.

Die Aufzählung der Top-Spitzel im Umfeld des Trios ist damit längst nicht vollständig. Dabei warnte das BKA schon 1997 den Verfassungsschutz in einem internen Positionspapier vor einem „Brandstifter-Effekt": „Es besteht die Gefahr, dass Quellen sich gegenseitig zu größeren Aktionen anstacheln. Somit erscheint es fraglich, ob bestimmte Aktionen ohne die innovativen Aktivitäten dieser Quellen überhaupt in der späteren Form stattgefunden hätten!"

Die damit schon vor 20 Jahren aufgeworfene Frage, ob die staatlichen Einflussagenten die Radikalität der rechten Szene nicht eher noch fördern als dämpfen, ist durch den NSU auf brutale Art beantwortet worden. Sollte es die Strategie des Verfassungsschutzes gewesen sein, mit seinen Spitzenquellen in Schlüsselpositionen eine Steuerungs- und Kontrollfunktion in der Neonazi-Szene übernehmen zu wollen, ist dieser Plan gescheitert. Die NSU-Affäre zeigt vielmehr, dass der Geheimdienst aus Überschätzung seiner eigenen Möglichkeiten heraus ein mörderisches Biotop mitgeschaffen hat, das längst außer Kontrolle geraten ist. •

TITEL

Der V-Mann Nias. Teil einer gescheiterten Strategie?

DIRK LAABS

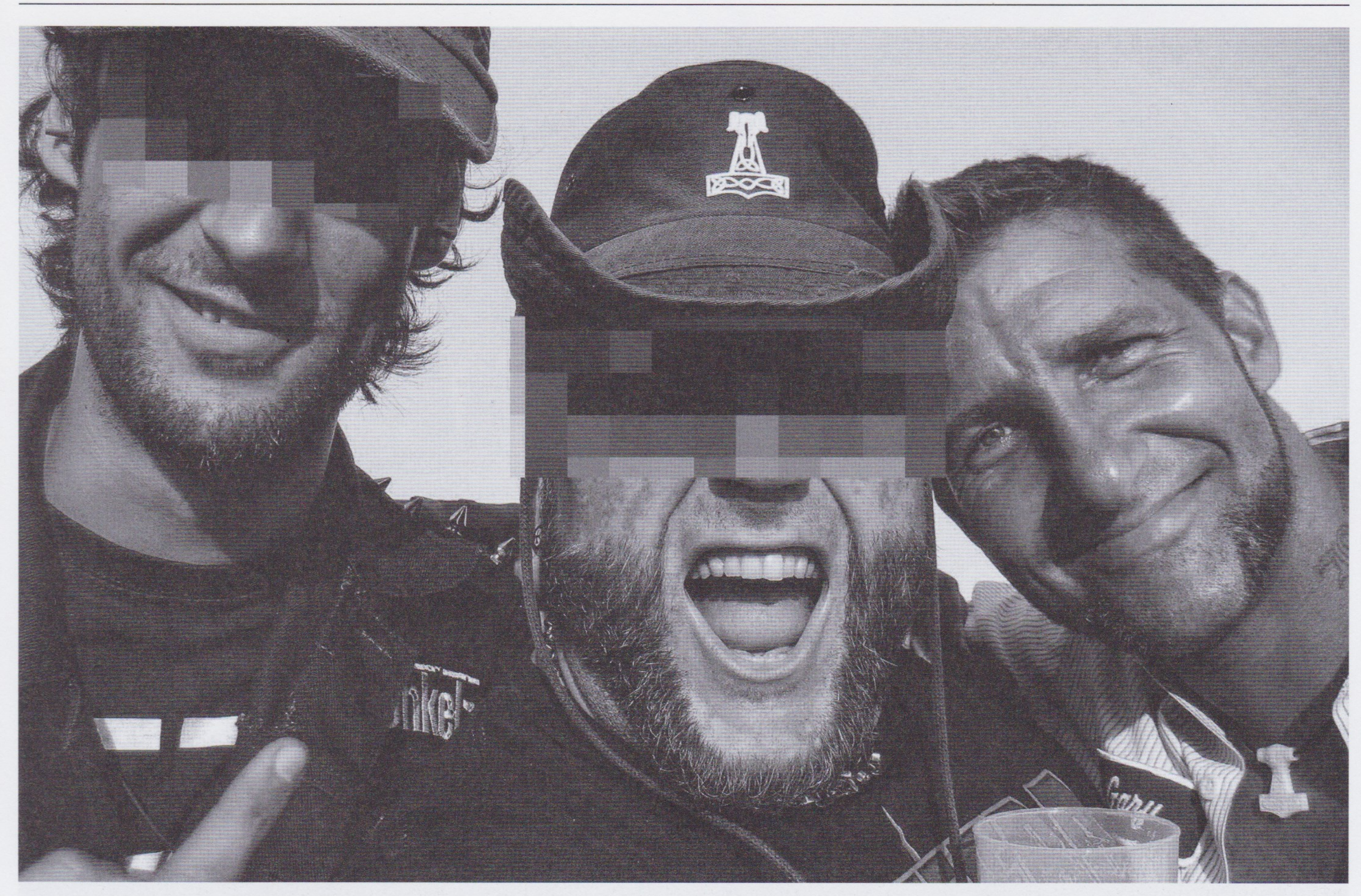
■ An einem Samstag im März 2000 gelang dem Landeskriminalamt Berlin eine außergewöhnlich erfolgreiche Durchsuchung. In der Wohnung des Deutschland-Chefs von „Blood & Honour" (B&H), Stephan Lange, fanden Polizisten fast die komplette Korrespondenz der „Division" Deutschland[1]. Zum ersten Mal fiel der Polizei auch eine Satzung der Neonazi-Gruppe in die Hände, deren Mitglieder sich als die „Elite der Bewegung" verstanden. In Langes VW-Bus stellte das LKA zudem 1.500 Hefte der damals neuen Ausgabe des Magazins der B&H-„Division" Deutschland sicher. Darin: Ein langes Interview mit Thorsten Heise und ein Gespräch mit dem Autor der „Turner Diaries" William Pierce. Neofaschisten aus zig Ländern schrieben in dem Heft, was sie zum neuen Jahrtausend sagen wollten. Der „Thüringer Heimatschutz" zitierte dabei aus Adolf Hitlers „Mein Kampf": „Wer leben will, der kämpfe..."

Für das LKA Berlin kam der Fund dieser Beweismittel zu einem scheinbar perfekten Zeitpunkt — die Bundesanwaltschaft hatte gerade in jener Phase angeregt, konstatiert gegen „Blood & Honour" als Bande vorzugehen. Um die weiteren Ermittlungen abzusprechen, kamen im Juni 2000 Vertreter verschiedener Behörden in einem Büro der Berliner Staatsanwaltschaft zusammen. Das Treffen von BKA-Beamten, Bundesanwälten, Berliner Verfassungsschützern und Staatsanwälten wäre der ideale Anlass gewesen, um mit Hilfe der neuen Erkenntnisse einen großen Schlag gegen „Blood & Honour" zu planen. Doch es kam anders. Die Staatsanwälte und Vertreter des LfV Berlin berichteten übereinstimmend von einer dramatischen Läuterung — BKA-Beamten hielten ihre Äußerungen in mehreren Vermerken fest: „[Stephan] Lange soll seine Tätigkeit als Sektionsführer von B & H Berlin zwischenzeitlich aufgegeben haben." Doch nicht nur das: „Lange habe laut Auskunft von StA Berlin und LfV Berlin glaubhaft seinen Ausstieg und die Auflösung der Sektion B&H-Berlin behauptet."[2] Rücktritt vom Chefposten, Auflösung der Sektion, Ausstieg aus der Szene — warum sollte man jetzt noch gegen Lange als Chef von „Blood & Honour" ermitteln, wo er doch gerade den Absprung geschafft hatte? Das LKA Berlin ermittelte fortan nicht mehr gegen Lange und die angeblich kopflose Bewegung „Blood & Honour", sondern konzentrierte sich bei ihren Ermittlungen stattdessen auf die RechtsRock-Band Landser als kriminelle Vereinigung, quasi als Ersatzhandlung.

Tatsächlich jedoch deutete auf Langes Ausstieg in dieser Phase nichts hin. Wenige Tage nach dem Treffen der Sicherheitsbehörden reiste er zur großen Sonnenwendfeier von „Blood & Honour" nach Schweden. Und gerade erst am Tag vor dem Treffen der Sicherheitsbehörden in Berlin hatte ihn auch der Chef der ehemaligen sächsischen B&H-Sektion, Jan Werner, in der Hauptstadt besucht. Dabei wurde Werner, damals einer der wichtigsten Unterstützer des „Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU), von sächsischen Verfassungsschützern observiert[3]. Als „Blood & Honour" im September 2000 schließlich verboten wurde, stellte das Bundesinnenministerium die Verbotsverfügung auch Stephan Lange zu. Offenbar hatten die Berliner Behörden — das LfV und die Staatsanwaltschaft — die Sachlage komplett falsch eingeschätzt oder schlicht gelogen.

Als der Vorgang erstmals vom Autoren 2013 beschrieben wurde, drängte sich schon damals Beobachtern — etwa Mitgliedern des ersten NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestages — ein naheliegender Verdacht auf: Stephan Lange sollte als V-Mann rekrutiert werden oder war bereits ein Informant. Nur deswegen bewahrten ihn deutsche Behörden davor, in den Mittelpunkt einer möglichen polizeilichen Ermittlung zu rücken.

Angestossen durch die Arbeit des 2. NSU-Untersuchungsausschusses des Bundestage steht nun vier Jahre später fest: Stephan Lange war tatsächlich eine V-Person[4]. Vertreter des Bundesamtes für Ver-



Der ehemalige Spitzel und frühere Chef von „Blood & Honour" Stephan Lange (rechts) posiert bei Facebook (Screenshot).

fassungsschutz haben das gegenüber der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestages bestätigt. Er soll als V-Mann „Nias" offiziell ab 2002 dem BfV acht Jahre lang über die Nachfolgerstrukturen von „Blood & Honour" berichtet haben. Das Bundesamt räumte jedoch ein, dass man Lange schon im Jahr 2000 kontaktiert habe. Welcher Art diese Kontakte genau waren und ob Lange nicht schon früher für andere Behörden als Informant gearbeitet hatte — etwa für das LfV Berlin — ist noch nicht geklärt.[5]

Schutz vor Strafverfolgung?

Der Fall Lange zeigt, dass das Gestrüpp aus polizeilichen Ermittlungen gegen Lange, „Blood & Honour" und Landser ab dem Jahr 2000 bislang nicht ausreichend beleuchtet wurde. Und das, obwohl damals mehrere Schlüsselfiguren aus dem direkten Umfeld des NSU in diesem Zusammenhang Gegenstand intensiver Ermittlungen diverser Polizeibehörden waren — zu einem Zeitpunkt, als die Terrorgruppe bereits aktiv geworden war. Im Zuge des Verfahrens gegen Landser wurde sogar ein enger Unterstützer des NSU vom LKA Berlin auf Wunsch der Bundesanwaltschaft hin als „Vertrauensperson" (so nennt die Kriminalpolizei ihre Informanten) angeworben: Thomas Starke aus Chemnitz.

Starke verriet seinen Führungsbeamten bei einem der ersten gemeinsamen Treffen einen anderen Spitzel: Stephan Lange sei Verräter, hieße es in der Szene. Er war in Verdacht geraten, weil er wegen diverser Delikte nur eine geringe Geldstrafe zahlen musste. In einem Vermerk des LKA Berlin hieß es dazu erläuternd: „[Lange] wurde durch das LKA 514 an das BfV vermittelt. Es ist anzunehmen, dass dies im anhängigen Strafverfahren dafür sorgte, dass die Entscheidung für den Erlass eines Ordnungsgeldes der einer Verurteilung vorgezogen wurde."

Verklausuliert, aber doch eindeutig, belegt dieser Vermerk: Das LKA Berlin traute dem BfV zu, V-Personen vor Gefängnisstrafen schützen zu können. Der Fall Stephan Lange war keine Ausnahme, sondern die Regel. Zukünftige oder aktuelle V-Personen wurden regelmäßig geschützt, obwohl sie straffällig geworden waren. So riefen Verfassungsschützer ihre Informanten an und warnten sie vor polizeilichen Ermittlungen (die Fälle Toni Stadler und Tino Brandt seien hier nur als zwei Beispiele genannt). Das BfV machte auch direkt Druck auf Staatsanwälte. So sollte der V-Mann Corelli alias Thomas Richter möglichst milde behandelt werden[6]. Offenbar nahm man in Kauf, den Rechtsstaat quasi auszubremsen, um die Szene von oben — vermeintlich — kontrollieren zu können. Als im Jahr 2000 das Verbot vom „Blood & Honour" drohte, erinnerte das BfV in einem Vermerk andere Behörden an eine gemeinsam gefundene Strategie:

„Die Leiter der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder waren in ihrer Tagung im August 1994 ...überwiegend ...der Auffassung, dass derzeit weitere Verbote rechtsextremistischer Organisationen nicht opportun und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen angebracht seien. Hinzu kommt, dass das BfV



Das von Spitzeln durchsetzte Blood-& Honour Netzwerk auf einer Demonstration in Magdeburg.

eigene V-Personen in der Blood & Honour Bewegung führen."

Systematische Rekrutierung

Das BfV führte also gleich mehrere V-Personen bei „Blood & Honour" und warnte davor, durch ein Verbot diese Quellen aufzugeben. Tatsächlich war es kein Zufall, dass mit Stephan Lange der Anführer einer militanten Struktur als V-Mann rekrutiert wurde. Die Anwerbung des Kopfes der gefährlichsten Neonazi-Gruppe seiner Zeit passte vielmehr in die Strategie des Bundesamtes. Dort hatte man seit spätestens 1994 systematisch zentrale Figuren der militanten Neonazi-Szene als V-Männer rekrutiert, unter anderem:

- Michael See alias Tarif in Thüringen
- Thomas Richer alias Corelli in Sachsen-Anhalt
- Mirko Hesse alias Strontium aus Sachsen
- Ralf Marschner alias Primus ebenfalls in Sachsen

All diese Quellen waren organisierte, militante Neonazis — und sie hatten Kontakt zu NSU-Mitgliedern oder zu deren direktem Umfeld. Lange und Starke wurden ab dem Jahr 2000 als Informanten umworben und kamen zu der Gruppe der Spitzel hinzu.

Mehrere Anhänger der „Blood & Honour"-Bewegung waren zuvor den Untergrund gegangen: Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Damals hatten international organisierte Rassisten verstärkt begonnen, ihre Propaganda in die Tat umzusetzen. 1999 waren Bomben in London und der erste Sprengsatz des NSU in Nürnberg explodiert. In Nürnberg erschossen NSU-Mitglieder im September 2000 auch Enver Şimşek. Man stieß also keine leeren Drohungen aus, sondern setzte die Konzepte der Bewegung buchstabengetreu in die Tat um. Der Grundgedanke hinter den Konzepten ist in einem BKA-Vermerk aus dem Jahr 2000 nachzulesen, in dem ein „Blood & Honour"-Papier zitiert wurde: „Wir glauben an die Militanz, Direkte Aktionen, Führerlosen Widerstand [sic] und Nationale Revolution. ... wir vertreten diesen ... einsamen und immer gefährlichen Standpunkt, weil wir die Misserfolge der alten Methoden gesehen haben."

Die diversen parlamentarischen NSU-Untersuchungsausschüsse konnten bislang belegen, dass das BfV eine Art Frühwarnsystem aufgebaut hatte. V-Personen aus der militanten Szene sollten berichten, wann und wo Neonazis in den Untergrund gehen wollten, um dann die Propaganda vom Rassenkrieg in die Tat umzusetzten. Dafür waren die V-Personen — theoretisch — an der richtigen Stelle platziert: sie waren führende Akteure der militanten rechten Bewegung — lang genug dabei, um auch von gefährlichen und geheimen Plänen etwas mitzubekommen.

Wie sich zudem herausstellen sollte, waren Böhnhardt und die anderen auf die Hilfe von anderen Akteuren angewiesen, die ihr legales Leben nicht aufgegeben hatten. Denn der Widerstand mag zwar führerlos gewesen sein, aber allein han-

delten die bekannten Mitglieder des NSU nicht. Unter den wichtigsten Unterstützern waren fast ausnahmslos „Blood & Honour"-Mitglieder und -Anhänger — die Gruppe also, die so massiv von den Verfassungsschutzämtern und der Polizei unterwandert war. Fast zwangsläufig waren unter den NSU-Unterstützern auch V-Personen. Diese Akteure standen dabei in der Szene nicht abseits, sondern hatten den Kampf der rassistischen und neonazistischen Gruppen aktiv mit vorangetrieben — gedeckt von den staatlichen Behörden. Man wollte ja genau diese vernetzten und gewaltbereiten Akteure als Informanten haben. Die schlagendsten Beispiele:

- Der Polizeiinformant Thomas Starke gab zu, 1997 Uwe Mundlos Sprengstoff organisiert zu haben.
- Mirko Hesse alias Strontium, Chef der Hammerskins — eine rivalisierende, aber in den Kernzielen mit „Blood & Honour" deckungsgleiche Gruppe — beklagte sich im Gefängnis, dass er keine „Terrorgruppe" aufgebaut habe, um dann nicht von den „Kameraden" besucht zu werden.
- Stephan Lange hatte unter anderem die „Blood & Honour"-Fibeln („The Way Forward") aus dem Englischen mit übersetzt, in denen Gewalt und führerloser Widerstand propagiert wurde.
- Und vor allem: Ralf Marschner alias V-Mann Primus beschäftigte laut Aussage mehrerer Zeugen Uwe Mundlos in einer seiner Firmen, als der NSU schon begonnen hatte, Menschen umzubringen[7]. Er half also dabei mit, dass die Untergrundterroristen ein abgetarntes Leben führen konnten.

Machtlose Aufklärung

Doch obwohl die diversen Verfassungsschutzämter und das LKA Berlin all diese Quellen an der scheinbar richtigen Stelle geführt haben, wollen die Behörden nichts von der Gewalteskalation ab 1999 mitbekommen haben. Das BfV betont unermüdlich, dass seine Quellen mit direkten Kontakt zu „Blood & Honour" — Primus, Nias, Corelli — keine konkreten Informationen über den NSU, seine Mitglieder und ihre Anschlagspläne geliefert hätten.

Wenn die V-Männer doch das Entscheidende angeblich verpasst haben — als aus Propaganda Mord wurde — ließe das nur einen Schluss zu: Das V-Personen-Frühwarnsystem hat vollständig versagt, man hatte ohne Gegenleistung die Grenzen des Rechtsstaates niedergerissen. Doch für einen solchen Schluss ist es auch fünf Jahre nach der sogenannten Selbstenttarnung des NSU viel zu früh. Denn es sind noch nicht einmal alle V-Personen bekannt, die in der Bewegung „Blood & Honour" geworben worden waren. Was haben diese noch unbekannten Informanten über die Phase berichtet, als aus Worten Taten wurden? Genauso wenig liegen alle Berichte der V-Person vor, die direkt aus der sächsischen Sektion von „Blood & Honour" Sachsen in Chemnitz berichtet hat — der Ort, wo sich die Mitglieder des NSU auf ihre ersten Taten vorbereitet hatten[8].

Die vielen Untersuchungsausschüsse konnten daher bislang die Kernfrage also noch gar nicht beantworten: Wie genau ist die Strategie der Verfassungsschutzämter — Unterwanderung und teilweise Steuerung der militanten Neonazi-Szene — in Bezug auf den NSU tatsächlich gescheitert? Haben alle V-Männer die Behörden angelogen und ihre „Kameraden" gedeckt? Oder ist es anders herum: Haben einzelne Quellen vielleicht doch mehr als bislang bekannt zum NSU, deren Mitgliedern, Unterstützern und Plänen gemeldet — und es sind tatsächlich die Verfassungsschutzämter, die seit November 2011 die Wahrheit vertuschen?

Das Verhalten der Behörden spricht dafür. Verfassungsschützer wollten den verstorbenen V-Mann Corelli unter falschem Namen begraben lassen, sie schredderten Akten und noch immer verschleiern verschiedene Verfassungsschutzämter konsequent, wie viele Quellen sie in der Nähe des NSU wirklich platziert hatten. Der Verfassungsschützer Lothar Lingen, ein Beamter des BfV, der im Amt Ende 2011 gezielt Akten vernichten ließ, erklärte seine Handlung so: „Die bloße Bezifferung der seinerzeit in Thüringen vom BfV geführten Quellen mit acht, neun oder zehn Fällen hätte zu der ...Frage geführt, aus welchem Grunde die Verfassungsschutzbehörden über die terroristischen Aktivitäten der Drei eigentlich nicht informiert worden sind. Die nackten Zahlen sprachen ja dafür, dass wir wussten, was da läuft, was aber nicht der Fall war. Und da habe ich mir gedacht, wenn der quantitative Aspekt also die Anzahl unserer Quellen im Bereich des THS [Thüringer Heimatschutz] und Thüringen nicht bekannt wird, dass dann die Frage, warum das BfV von nichts gewusst hat, vielleicht gar nicht auftaucht."

Der NSU-Komplex wird erst dann aufgeklärt, wenn ein Untersuchungsausschuss auf Bundesebene in einem ganz anderen Umfang als bisher Zugriff auf die Akten aller relevanten Behörden hat. Ohne dass die Ämter — wie bislang — selber entscheiden dürfen, welche Dokumente sie liefern. Stephan Lange alias „Nias", hätte über den NSU nichts berichtet, teilte das BfV inzwischen mit. Doch bislang hat das Amt auch keine einzige „Nias"-Akte an den Bundestag übergeben. Ob das BfV diese Dokumente jemals gegenüber einem Parlament offen legen muss, hängt auch davon ab, ob es noch nennenswerten öffentlichen Druck geben wird, wenn bei dem NSU-Prozess in München die Urteile gesprochen worden sind. •

1 Der Autor hat diesen Vorgang in dem Buch „Heimatschutz - Der Staat und die Mordserie des NSU" beschrieben", vgl. S. 216ff. (mit Stefan Aust, München 2013). **2** Die Vermerke liegen dem Verfasser vor. **3** Die Observation fand im Rahmen der sogenannten „Operation Terzett" statt. **4** In einem Brief an den NSU-Ausschuss des Bundestages bestreitet Lange nicht, V-Mann des BfV gewesen zu sein. **5** In einem Beitrag des ARD-TV-Magazins Fakt wurde etwa behauptet, dass Lange ab 1997 Informant gewesen sei. Die Autoren spezifizierten aber nicht, bei welcher Behörden das gewesen ist. Als Quelle wurden „Sicherheitskreise" angegeben. Der 2. NSU-Untersuchungsausschuss konnte diesen Aspekt nicht mehr vor Abschluss der Legislaturperiode aufarbeiten. Akten über Nias, Informationen darüber, wie er ausgeforscht und geworben worden ist, hat man nicht mehr rechtzeitig erhalten. Einen Untersuchungsausschuss auf Landesebene gibt es in Berlin bislang nicht. **6** Der Vorgang wurde im Bericht des Sonderermittler Jerzy Montag über den Fall Corelli beschrieben (Seite 22). **7** Die Beweisaufnahme des zweiten NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hatte an diesem Punkt journalistische Recherchen bestätigt. **8** Diese V-Person wurde vom LfV Sachsen geführt.

TITEL

Ein kleiner Sieg und eine große Niederlage

Bundesregierung muss Fragen zu Rechtsterrorismus und Geheimdiensten beantworten – allerdings nur in Ausnahmefällen

Im Mai 2015 reichten die Bundestagsfraktionen der LINKEN und Grünen beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Bundesregierung ein. Hintergrund waren verschiedene Anfragen, auf die die Bundesregierung in Teilen die Antworten verweigerte. Viele dieser Anfragen berührten den Einsatz von V-Leuten in extrem rechten und rechtsterroristischen Szenen. Knapp zwei Jahre später entschied das Gericht, dass die Bundesregierung auf einige der Fragen Antworten geben muss. Gleichzeitig enthält die Entscheidung Begründungen und Formulierungen, die für zukünftige Fragen restriktive Antworten erwarten lassen.

Ausgangspunkt der Klage waren parlamentarische Anfragen zum Oktoberfestattentat und zur Wehrsportgruppe Hoffmann. So wollten die Grünen wissen, ob der 1981 in Haft durch Selbstmord verstorbene Heinz Lembke für einen deutschen Geheimdienst tätig war. Die Linksfraktion wiederum fragte nach Quellen deutscher Geheimdienste bei der „Wehrsportgruppe Hoffmann" und mögliche Bezüge zum Oktoberfestattentat. Wie viele andere Fragen, die das Agieren von Geheimdiensten in rechtsterroristischen Szenen, insbesondere in Bezug auf das NSU-Netzwerk, berührten, blieben die Antworten der Bundesregierung an entscheidenden Stellen aus.

Die Verweigerung der Antworten begründete die Bundesregierung in der Regel mit zwei Argumenten.

Zum einen würden derartige Antworten die Nützlichkeit menschlicher Quellen für den Geheimdienst einschränken und eine Gefährdung für ehemalige oder gegenwärtige V-Leute bedeuten. Eine Antwort käme also einer Enttarnung gleich. Dadurch würden aktive Quellen keine Informationen mehr liefern können und aktive wie inaktive Quellen wären potentiell in Lebensgefahr, weil sie mit Racheakten der Szene zu rechnen hätten.

Das zweite Argument bezieht sich auf den Schutz der Geheimdienste. Deren Arbeit würde durch die Beantwortung der Fragen auf dergestalt empfindliche Art und Weise beeinträchtigt werden, dass dadurch die Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet sei.

Beide Argumente befanden die Klägerinnen für untauglich.

Zum einen existieren keine Beispiele, die die Annahme begründen würden, eine Enttarnung von V-Leuten in der Neonazi-Szene würde eine Gefahr bedeuten. Stattdessen verhält es sich in vielen Fällen so, dass die Kooperation mit dem Geheimdienst durchaus im Einverständnis mit den entsprechenden neonazistischen Organisationen stattfindet. So sagte Wolfgang Frenz, der über 30 Jahre für den Verfassungsschutz arbeitete und in dieser Eigenschaft Spitzenfunktionär der NPD war, über den Geheimdienst: „Das war eine Institution, um Geld zu bekommen, für mich und für die Partei zur Finanzierung dieser Sache. Ich habe mich in erster Linie als ein Mann der NPD beim Verfassungsschutz gesehen, nicht als ein Verfassungsschützer bei der NPD." Im konkreten Fall der Klage handelte es sich zudem um eine Person, die seit über 30 Jahren tot ist. Eine persönliche Gefährdungssituation hätte also durch Beantwortung nicht entstehen können.

Ohnehin dient die Geheimschutzordnung des Bundestages genau dazu, sensible Informationen gegen Unbefugte zu schützen und gleichzeitig den Informationsanspruch des Parlamentes sicherzustellen. Konkret hieße das, die Fragen zu beantworten und die Antworten in eine der vier möglichen Geheimhaltungsstufen einzuordnen. Auf diese Weise lässt sich der Kreis derer, die die Antwort zu Gesicht bekommen effektiv und nachvollziehbar begrenzen. Die Antworten jedoch zu verweigern bedeutet also entweder, der Geheimschutzordnung zu misstrauen oder den Informationsanspruch des Parlamentes zu missachten.

Das zweite Argument ist grundsätzlicher Art: Wenn die Geheimdienste Auskunft über ihre Arbeit geben würden, würde das Rückschlüsse auf Strukturen und Methoden erlauben, die die Arbeit der Behörden und vermittelt die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden würden. Wer regelmäßig die Antworten auf Kleine Anfragen liest, kennt die entsprechenden Satzbausteine, die das Innenministerium an den entsprechenden Stellen einsetzt:

„Der Informationsanspruch des Parlaments findet eine Grenze bei geheimhaltungsbedürftigen Informationen, deren Bekanntwerden das Wohl des Bundes oder eines Landes gefährden kann (...) Aus der Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte des Deutschen Bundestages und seiner Abgeordneten mit den negativen Folgen für die künftige Arbeitsfähigkeit und Aufgabenerfüllung der Nachrichtendienste sowie den daraus resultierenden Beeinträchtigungen der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Gefährdung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Nachrichtendienste sowie der Quellen folgt, dass auch eine Beantwortung unter VS-Einstufung ausscheidet. Im Hinblick auf den Verfassungsgrundsatz der wehrhaften Demokratie und der Bedeutung der betroffenen Grundrechtspositionen hält die Bundesregierung die Informationen der angefragten Art für so sensibel, dass selbst ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens unter keinen Umständen hingenommen werden kann."

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hat zwar verfügt, dass die Bundesregierung verschiedene konkrete Fragen nach der V-Mann Tätigkeit Lembkes und dem Einsatz von Quellen in und zu der „Wehrsportgruppe Hoffmann" beantworten muss, jedoch folgt sie grundsätzlich der Bundesregierung darin, dass in vielen Fällen die Beantwortung die Arbeit der Dienste und vermittelt das Staatswohl gefährden wird.

Mehr noch: Die Beweislast wird umgekehrt. Die Bundesregierung muss also nicht begründen, warum von der Beantwortung eine Gefahr für das Staatswohl ausgehen würde, das Parlament bzw. faktisch die Oppositionsfraktionen müssen begründen, warum dies nicht der Fall ist. Die Regel wird also nicht als Auskunftsgewährung bestimmt, sondern als Verweigerung und nur in Ausnahmefällen soll die Regierung antworten müssen.

Damit bleibt die Haltung der Bundesregierung in doppelter Weise problematisch. Sie behindert zunächst einmal die öffentliche Aufklärung von schweren Verbrechen. Kein terroristischer Akt hat in der Geschichte der Bundesrepublik mehr Opfer gefordert als das Oktoberfestattentat. Doch weder die Rolle deutscher Geheimdienste noch der Kreis der Täter ist bekannt.

Viele Fragen zu den Morden des NSU sind nicht beantwortet – auch weil die Geheimdienste in ihrem Schweigen von der Bundesregierung geschützt werden. In Hessen lässt das Landesamt für Verfassungsschutz einen Bericht für 120 Jahre als geheim sperren, in dem es um den Mord an Halit Yozgat, Verbindungen des NSU zur hessischen Neonazi-Szene und mögliche Verstrickungen des Geheimdienstes geht.

Das zweite Problem betrifft das Verhältnis von Parlament und Regierung. Die Bundesregierung definiert das Staatswohl so, dass es eine umfassende Unterrichtung von Parlament und Öffentlichkeit ausschließt. Damit gewichtet sie das Interesse der Nachrichtendienste, so wenig wie möglich über ihre Arbeit preiszugeben höher als den Informationsanspruch des Parlamentes.

In einer Demokratie ist aber das Parlament und darin vor allem die Opposition auch zur Kontrolle der Regierung da. Damit diese Funktion erfüllt werden kann gibt es eine Reihe von Einrichtungen. Das parlamentarische Kontrollgremium, in dem die Geheimdienste den Vertreter/innen der Fraktionen über ihre Arbeit unterrichten, gehört ebenso dazu wie die erwähnte Geheimschutzordnung. Diese Institutionen dienen dazu, dass Parlament und Opposition über politiknotwendige Informationen verfügen, diese aber dennoch nicht der Öffentlichkeit bekannt werden. Das vereinte Bemühen von Geheimdiensten und Bundesregierung, den Informationsanspruch des Parlamentes faktisch auszuhebeln, zeigt deutlich, wie fragwürdig die Vereinbarkeit von Demokratie und geheimdienstlichen Praktiken ist. •

NS-SZENE

Am 3. September 2016 spielte die extrem rechte Black-Metal-Band „Permafrost" im Rahmen des „Torn Your Ties"-Festivals im baden-württembergischen Bobstadt (Main-Tauber-Kreis). Pikant: Der Veranstalter war der stellvertretende Ortsvorsteher des kleinen Dorfes, Heiko Gubelius.

Organisiertes Kleinreden

Über den Umgang mit einer NS-Black-Metal-Band

TIMO BÜCHNER

„Permafrost hat mit Politik nichts zu tun"

„Permafrost", gegründet 2003 in Zeitz (Sachsen-Anhalt) wird dem „National Socialist Black Metal" (Vgl. AIB Nr. 49 „Die NS-Black-Metal-Szene") zugeordnet und tritt bundes- und europaweit im Rahmen konspirativer Konzerte auf. Die Band hingegen betont: „Permafrost hat mit Politik nichts zu tun und dient einzig und allein der Verehrung Satans." Vor dem „Torn Your Ties"-Festival stellte die Band erneut fest, sie sei „keine Band welche politische Inhalte transportiert". Allerdings sprechen die Liedtexte und das Umfeld der Band eine andere Sprache: 2007 veröffentlichte die Band das Album „Live in Zeitz" und coverte darin mehrere antisemitische Lieder extrem rechter Bands. Etwa das „Blutlied" — bekannt auch als „Blut muss fließen" von „Tonstörung".

„Permafrost" selbst verteidigte das Cover: „Das Lied BMF ist eine Aneinanderreihung von 3 Akkorden welche scherzhaft von uns als ‚Tonstörung Cover' bezeichnet wurden. Das ‚Lied' ist instrumental und wurde von uns ohne Gesang vorgetragen." Die Version der verbreiteten DVD aus dem Jahr 2006 zeigt zwar, dass das Lied ohne Gesang gespielt wurde, doch der Sänger forderte eindeutig zum Mitsingen des Textes auf. Das Publikum und Teile der Band schrien den antisemitischen Liedtext mit — allerdings aus rechtlichen Gründen nicht in das Mikrofon.

In extrem rechten Gefilden

Die extrem rechten Zusammenhänge liegen im Fall „Permafrost" auf der Hand: Sänger Benjamin Schneider, alias „Porcus", singt zugleich in der RechtsRock-Band „Heiliges Reich" und ist in mehrere rechte Black Metal-Projekte involviert. Zudem betreibt er das Label „SFH-Records", das überwiegend Black Metal, „National Socialist Black Metal" (NSBM) und RechtsRock produziert und verkauft. Der ehemalige „Permafrost"-Schlagzeuger Ron Robert Penz ist ebenfalls bei „Heiliges Reich", wie auch bei den RechtsRock-Bands „Endless Struggle" und „Killuminati" aktiv. Schneider und Penz spielen seit 2013 zusätzlich in einer der bekanntesten deutschen RechtsRock-Bands: „Kraftschlag". Neben den einzelnen Mitgliedern bewegt sich „Permafrost" selbst eindeutig im extrem rechten Spektrum: ihre Alben wurden immer wieder auf NSBM-Labels veröffentlicht, wie „Darker Than Black Records" — das Label von Hendrik Möbus. (Vgl. AIB Nr. 51 „Des Teufels Leadsänger...").

Veranstalter rechtsaußen

Der Veranstalter des „Torn Your Ties"-Festivals ist nicht nur bestens mit den bedeutenden Akteuren des NSBM in den sozialen Netzwerken vernetzt, sondern äußerte sich auch in der Vergangenheit öffentlich rassistisch: Auf die Frage einer Frau, die einen Beitrag von ihm zur Kölner Silvesternacht kommentierte, wann sie sich aufgrund der vermeintlichen Bedrohungslage mit allen Mitteln zur Wehr setzen dürfe („bis hin zum Totschlag"), pflichtete ihr Gubelius bei: „Richtig. Zur Wehr setzen (...) Da wird kein Gesetzt angepasst, das müssen wir regeln. Ich bin wachsam. In machen Situationen z.b neulich in Heilbronn habe ich 2 dieser Rasse beobachtet. Hätten die sich was geleistet, die hätten mich kennengelernt(...)" [alle Fehler im Original]

Lügen, Ausreden & Kleinhalten

Am 17. August 2016 lud das lokale Protest-Bündnis zu einer Info-Veranstaltung unter dem Motto „Kein Raum für rechte Töne! Friert Permafrost ein!" ein. Im Vorfeld wurde im extrem rechten „New Black Order"-Forum laut darüber nachgedacht, die Veranstaltung anzugreifen. Würde man sie besuchen, „dann macht nur eine so massive Provokation, mit der diese Veranstaltung gesprengt wird, wirklich Sinn". Das Resümee des Verfassers: „Insofern gibt es nur zwei Formen des Umgangs mit so einer Ansammlung linksverdrehter Vollidioten: Entweder ignorieren oder attackieren." Der Veranstalter besuchte die Info-Veranstaltung mitsamt Familie, Verwandtschaft und Ortsvorsteher. In der Diskussion äußerte er, die Band habe sich „umorientiert" und sich von der Neonazi-Szene abgewandt. Allerdings würde der Sänger Benjamin Schneider „rechts tendieren". Er betonte schließlich, er buche die



Oben: Auftritt der Rechts-Rock-Band „Heiliges Reich“ beim Neonazi-Festival „In-Bewegung“ 2014. Am Schlagzeug Ron Robert Penz, Gesang Benjamin „Porcus“ Schneider

Unten: Links ein Flyer für ein konspirativ organisiertes Konzert von „Permafrost“, rechts der Flyer vom „Torn Your“-Festival im baden-württembergischen Bobstadt. (Screenshot: youtube)



Band und nicht die Ideologie der einzelnen Mitglieder. Im Laufe des Gesprächs ging Gubelius auf die mehrfachen Gespräche mit dem Staatsschutz und der Stadt ein. Er sagte, „vom Staatsschutz [...] gab's keine direkte Aussage, warum ich Permafrost ausladen sollte“. Schließlich habe der Staatsschutz „nichts gefunden“, das gegen einen Auftritt der Band spreche. Auf Anfrage dementierte der Staatsschutz die Aussagen des Veranstalters.

Stadt & Polizei Hand in Hand

Das Protest-Bündnis führte im Vorfeld des Konzerts ein Gespräch mit den lokalen Behörden, in dem sich Stadt und Polizei beschämend einig waren: Man lobe die Stadt für ihr vorbildliches Verhalten, schließlich habe sie alles Mögliche getan, um dem Konzert zu begegnen. Der Bürgermeister schwärmte vom Veranstalter, denn er sei in allen Bereichen ehrenamtlich aktiv und bringe sich in das Dorf ein. Zudem sei er noch nie negativ durch sein Auftreten sowie durch rechte Äußerungen aufgefallen. Eine Anfrage des Bündnisses zur Nutzung einer städtischen Räumlichkeit für eine Protest-Veranstaltung gegen das extrem rechte Konzert verneinte er. Die offizielle Begründung war, man befürchte die offene Auseinandersetzung zwischen linken und rechten Kräften. Die Bedenken des Bündnisses, das Konzert ziehe überregional Neonazis an, wehrte er ab. Stattdessen habe gerade das Bündnis die extreme Rechte her gelockt; das Bündnis habe die Popularität „provoziert“. Lieber hätte man „den Ball flach halten“ sollen. Während die Protest-Veranstaltung in ein „Evangelisches Gemeindehaus“ verlegt wurde, fand das mit rund 200 Teilnehmenden ausverkaufte Festival außerhalb des Dorfes statt. Der Veranstalter äußerte: „Letztlich wurde das TYT paradoxer Weise so Organisiert wie es bei Rechts Rock Konzerten abläuft. Diese Auflagen wurden in meinem Beisein zusammen mit der Gemeinde und der Polizei ausgearbeitet um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten. Auflagen waren: Infos wurden nur per Mail verschickt Veranstaltungsort erst ein Tag zuvor bekannt gegeben. Einlass nur mit Karte. 2 Kontrollpunkte. Mindesten 10 Ordner. Liedtexte von Permafrost zur Kontolle vorlegen.“ (alle Fehler im Original, Anm. d. Verf.)

„Nicht per se rechtsextremistische Musikveranstaltung“

Die beiden Landtags Politiker Hermann Katzenstein und Alexander Maier (beide Bündnis 90/Die Grünen) stellten zwei „Kleine Anfragen“ im baden-württembergischen Landtag. In den Antworten schrieb das Staatsministerium, „Permafrost“ sei nach Einschätzung des sachsen-anhaltischen Verfassungsschutzes eine „rechtsextremistische“ Band. Dennoch sei das Konzert mit „Permafrost“ nicht „rechtsextrem“ gewesen. Das ist paradox. Im Wortlaut hieß es, „dass die Black-Metal-Band Permafrost als eine extremistische unter mehreren nicht extremistischen Bands beim Festival auftrat, so dass die Veranstaltung nicht als rechtsextremistische Musikveranstaltung per se zu bewerten war.“

Zudem wurde behauptet, das Konzert wurde nicht in extrem rechten Kreisen beworben — das ist nachweislich falsch. Der Neonazi Hendrik Möbus mischte sich in die Debatte um den Umgang mit „Permafrost“ ein: „Ich hatte ihn [den Veranstalter Heiko Gubelius, Anm. d. Verf.] auch gleich angeschrieben, als das Theater wegen ‚Permafrost‘ losging, und ihm ein paar Tipps mit auf dem Weg gegeben. [...] Heiko hätte sich auch jede Menge Ärger und Probleme erspart, wäre er von Anfang an so vorgegangen wie es sich bei kontroversen Bands, in der BRD, oft genug bewährt hat. Anstatt ‚Permafrost‘ anzukündigen halt ‚Porcus & Schweinebande‘ oder simpel ‚Special Guest‘; die Insider hätten es schon kapiert und alle anderen hätten [...] das Festival so ignoriert wie in der Vergangenheit.“ So könne man sich dem „Fadenkreuz der Gutmenschen“ besser entziehen: „Die Konzerte müssen kleiner werden und die Mundpropaganda wird immer wichtiger.“•

NS-SZENE

Subcultural Records Musik für unpolitische Neonazis

SEBASTIAN LIPP

„Das für den 28.10.2017 geplante ‚Oi! im Gau' fällt aus, da wir auf einmal nicht mehr ins kulturelle Programm der Stadt passen", jammert die Band Prolligans am 21. Juli 2017 unter der Überschrift: „Viel Feind, viel Ehr'" auf Facebook. Natürlich sei man davon „nicht sonderlich beeindruckt oder von künftigen Planungen" abgehalten. Keine zwei Wochen später berichtet die Band von ihrem nächsten Rückschlag. „Das Konzert fällt für uns flach, da wir auch diesem Veranstalter nicht angepasst genug sind", heißt es am 2. August 2017. Am 27. Januar 2018 wollten die „Prolligans" zusammen mit den Bands „Bombecks" und „Loi!chtfeuer" beim „Live im Woodys" in Schleiz in Thüringen auftreten.

Die seit 2004 in unterschiedlichen Besetzungen aktiven „Prolligans" vermitteln nach außen gerne den Eindruck einer unpolitischen Oi!-Combo. Tatsächlich handelt es sich um ein RechtsRock-Bandprojekt, das auf eindeutige Aussagen verzichtet. Mehrere Mitglieder der Kapelle aus dem Allgäu und Oberschwaben spielen zugleich in anderen einschlägigen Rechts-Rock-Bands wie „Faustrecht", „Hard As Nails" und „Smart Violence" mit.

Rechts-Rock-Label

Sämtlich wurden diese Bands von „Oldschool Records" produziert und vertrieben. Das ist kein Zufall. Benjamin Einsiedler, der Betreiber des Allgäuer RechtsRock-Plattenlabel „Oldschool Records" (OSR), versucht sich seit 2014 mit seiner Label-Ausgründung „Subcultural Records" (SCR) neue Absatzmärkte zu erschließen. SCR gibt sich betont subkulturell und sucht Anschluss an Oi!-Skins. Das Projekt erweist sich als ein Versuch, diese vorgeblich unpolitische Skinhead-Szene mit eindeutigen RechtsRock-Bands zusammenzubringen. Für den Verkauf von Tonträgern mit gewaltverherrlichendem, neofaschistischem Inhalt über „Oldschool Records" musste sich Einsiedler 2016 mehrere Monate lang vor dem Amtsgericht Memmingen verantworten. Die Polizei ermittelte rund 900 einschlägige Verkäufe. Bereits zuvor war Einsiedler wegen ähnlicher Taten ins Visier der Strafverfolgungsbehörden geraten. Dieses Mal gehen die Probleme mit der Justiz auf eine Anzeige wegen eines Pullovers mit SS-Totenkopf im Shop des Angeklagten im Jahr 2012 zurück.

Bei 88 der sichergestellten Produktionen erkannte die Staatsanwaltschaft einen volksverhetzenden, Gewalt- und Straftaten billigenden, das Naziregime verherrlichenden oder sonstigen bei Verbreitung strafbaren Inhalt. In manchen der Machwerke wird zum Mord an Juden, Kommunisten oder Schwulen aufgerufen. Darunter sind teils indizierte Titel einschlägig bekannter Bands wie „Stahlgewitter", „Gigi und die braunen Stadtmusikanten", „Skrewdriver", „Sturmwehr" oder „Weisse Wölfe". „Gigi und die braunen Stadtmusikanten" hatten die Taten des NSU schon 2010 — also vor dessen Selbstenttarnung — in ihrem Song „Döner-Killer" gefeiert und sich über die Ahnungslosigkeit der Polizei lustig gemacht. Auch Eigenproduktionen von „Oldschool Records" waren Gegenstand der Anklage.

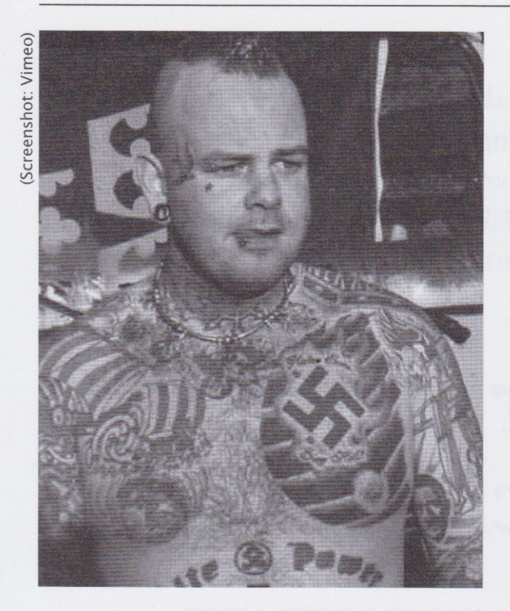
Nicht zum Teil der Anklage gemacht wurde der Vertrieb von teils selbst produzierten Textilien wie Hakenkreuzfahnen oder Klamotten mit eindeutigen Botschaften wie „I love NS" und anderen den Nationalsozialismus verherrlichenden Motiven.



(Screenshot: Facebook)

Die rechte Oi-Band „Prolligans". Oben links Michael „Haxe" Brosch, ebenfalls Musiker bei „Smart Violence" und Sturmwehr", rechts daneben „Michi", der auch bei der Rechts-Rock-Band „Faustrecht" mitwirkt.

(Screenshot: Vimeo)



Der „unpolitische" Musiker Joakim Karlsson von der schwedischen Band „Pitbullfarm"

Einsiedler ist zudem gut in die örtliche Neonaziszene eingebunden. Er gilt als Führungsfigur der Skinheadkameradschaft „Voice of Anger". (Vgl. AIB Nr. 114) Bands die von OSR selbst produziert werden sind zum Teil international zu Konzerten unterwegs. Einige dieser Konzerte wurden von früheren Akteuren der „Blood & Honour"-Bewegung organisiert. Gleiches gilt zum Teil auch für Bands, die Einsiedler mit dem Label „Subcultural Records" versieht.

„Unpolitische" RechtsRocker

Eine der ersten Bands bei SCR waren „Pitbullfarm" aus Schweden. Man spiele nicht auf „politischen Gigs, egal ob rechts oder links", heißt es auf einer Seite der Band. Mit Iro- und Flatfrisur präsentierten die Rocker dennoch 2014 auf dem RechtsRock-Open Air „This one's for the Skinheads Vol. 3" in Nienhagen (Sachsen-Anhalt) vor hunderten von Neonazis ihren Psychobilly-Sound. Den vorigen Abend sollen die Musiker der Band laut Recherchen von Journalist_innen gemeinsam mit Anhängern der Neonazi-Partei „Die Rechte" in einer Kneipe im Rotlichtmilieu von Braunschweig verbracht haben.

Der 1971 geborene Frontmann Joakim „Jocke" Karlsson spielte zuvor bei verschiedenen RechtsRock-Bands. Er ist großflächig tätowiert, auf seiner Brust prangt ein Hakenkreuz, darunter ist eine Odalrune von den Worten „White Power" umrahmt. Die „unpolitischen" Schweden verkündeten im April 2014 via Facebook, „from now, pitbullfarm is signed to Subcultural Records!"

Erst Anfang Oktober 2017 richtet das Label selbst einen Facebook-Account ein. Später kam ein Onlineshop hinzu. Der ist offenkundig eine schlecht frisierte Kopie des Shops von „Oldschool Records". An einigen Stellen vergaß der Betreiber anfangs sogar den Namen anzupassen. Als Kontoverbindung wird die von „Oldschool Records" angegeben. Auch das Angebot an einschlägigen RechtsRock-Bands wird teils einfach übernommen. So sind etwa Produkte von „Abtrimo" (Vgl. AIB Nr. 112) oder „Endstufe" (Vgl. AIB Nr. 91) erhältlich.

„for all the Skins, Punx and Drunks"

Eines der ersten Logos zeigt aber, wo die Reise hingehen soll. Man will sich „from the beautiful south of Germany for all the Skins, Punx and Drunks" nicht-rechten Subkulturen anbiedern. Das Logo zeigt einen Skinhead und ein Renee-Girl neben einem Punk und einem Psychobilly.

Weitere Bands kommen hinzu. Die „Prolligans" dienen als bekanntester Name des Labels als Zugpferd und versprechen kommerzielle Erfolge. „Loi!chtfeuer" bewegen sich ebenfalls in einer Grau- bis Braunzone zwischen „unpolitisch" und stramm rechts, wie Sören Kohlhuber berichtet: „Deren Sänger, Michael Schäfer, war NPD-Funktionär in Bremerhaven, sein Mitmusiker Lasse Krüger Aktivist der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN)." In ihrem Lied „Die Regenbogenfahne brennt" besingt die Band ihre Vernichtungsphantasien gegenüber Homosexuellen: „Die Zeit zum Aufwachen ist da [...] Wir wollen nicht mehr länger mit schwulem Terror leben [...] werden niemals Schwule akzeptieren [...] ihre Tuntenbar stürmen [...] Homos [...] können nun die Radieschen von unten sehen".

Der Druck wächst

Durch kritische Berichterstattung, die langsam auch in der Szene anzukommen scheint, wächst der Druck auf „Subcultural Records" und seine Bands. „Loi!chtfeuer" mussten ihren Fans verkünden, dass der Gig im Januar 2018, von dem zuvor bereits die Prolligans ausgeladen wurden, geplatzt ist. „Unser 5 Jahreskonzert wurde nun wegen massiven Druck seitens einer bekannten bookingagentur abgesagt .. Andere „Szene" Bands drohten mit einer Absage für kommende Konzerte im Woodys. Aufgrund dessen ist saß Konzert vom Woodys abgesagt worden", schrieb die Band am 5. September 2017 auf Facebook (Fehler im Original). Ein Ausweichtermin sei in Planung. Bis Anfang Oktober 2017 war aber davon noch nichts zu hören.

Bislang schien die Anbiederung an nicht explizit rechte Subkulturen gut zu klappen. Mit den „Southern Rebels" aus Landsberg am Lech stand im April eine junge Band mit den „Prolligans" auf der Bühne, die sich selbst als „not brown, not red, just Skinhead" bezeichnet und deren Mitglieder sogar in „Against Racism & Hate"-Shirts posierten. Der Auftritt mit der RechtsRock-Combo habe den Landsbergern gefallen, wie sie im Nachhinein schrieben. Inzwischen seien sie bei „Subcultural Records" untergekommen. •

Vortragsangebot für Veranstalter und Bands

Seit einiger Zeit biedern sich die Band „Prolligans" und ihr Label „Subcultural Records" an eine „unpolitische" Skinhead-Szene an. Das Label ist jedoch nichts mehr als ein Tarnverein für den RechtsRock-Mailorder „Oldschool Records". Die Band ist eng verzahnt mit der Neonaziszene im Allgäu in Südbayern. „If the kids are united..." war nie ein Angebot an Neonazis und Rassisten. Damit das so bleibt und die RechtsRock-Fans künftig von unseren Konzerten und aus unseren Läden fliegen, wollen wir über ihre Machenschaften und ihr Netzwerk aufklären. Gerne auch mit einem kurzen Vortrag bei Euch und Euren nächsten Konzerten.

Meldet euch bei Interesse unter **neverdivided@riseup.net**

NS-SZENE

Während in den 1990er Jahren konspirativ organisierte Konzerte als Schwerpunkt der rechten Erlebniswelt galten, zählen heute auch eigene Kampfsportveranstaltungen zum Repertoire der Szene. Bereits Anfang der 2000er Jahre nahmen Neonazis größtenteils unkommentiert an unpolitischen bis rechts-offenen Kampfsport-Turnieren teil. Seit über fünf Jahren entwickelt sich zusätzlich eine eigene, europaweit vernetzte, extrem rechte Kampfsport-Szene.

Im Kampf für die „Volksgemeinschaft“

Wie sich Neonazis innerhalb der Kampfsportszene vernetzen

KAMPAGNE „RUNTER VON DER MATTE“

Die „Fight Club“-Events, die sich seit 2004 in Sachsen an Beliebtheit in der rechten Szene erfreuen, können als wegweisend für die neonazistische Beteiligung im Bereich des Profi-Kampfsports betrachtet werden (Vgl. AIB Nr. 68 „Fight Club Sachsen“).

Im legalen Rahmen konnten dort die „Kameraden“ im Ring bejubelt werden, während man auf den Tribünen für eine Machtdemonstration sorgte. Besonders weil ein Großteil der Kämpfer aus dem Hooligan-Spektrum stammte, wurden durch die Kämpfe zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Zum einen wurden rechts-offene Hooligans näher an die Neonazi-Szene gebunden, indem eine sogenannte Kampfgemeinschaft erzeugt wurde. Zum anderen erlangten die Kämpfer aus diesem Spektrum sportliche Anerkennung, die sie sonst nur im Kleinen und Verborgenen durch verabredete „Wald-und-Wiese“-Kämpfe kannten.

Bis heute bieten die „Fight Club“-Events Neonazis, Rockern und rechten Hooligans einen Raum, den sie gerne nutzen. So waren die Events in Westsachen immer wieder Anlaufpunkt für Szenegrößen wie den im NSU-Prozess Angeklagten André Eminger, der seit September 2017 wieder in Haft sitzt. Im Ring selbst bietet man Kämpfern wie Martin Krause, Anhänger der „Hammerskins“ und Martin Langner eine Bühne. Letzterer nahm 2017 in Budapest am „Gedenk- und Leistungsmarsch/Tag der Ehre“ teil, der u.a. von „Blood & Honour“ organisiert wurde.

Keine „Ausrutscher“ auf der Fight-Card[1] also, sondern eine konstante Einbindung und zum Teil eine organisatorische Mitgestaltung von und durch Neonazis. Auch die Leipziger Kampfsportveranstaltung „Imperium Fighting Championship“ (IFC) etablierte sich ab 2014 zur Anlaufstelle rechter Hooligans und Neonazis. Vor allem die Akzeptanz der Veranstaltung im deutschen Kampfsport ist einzigartig, bedenkt man, dass sich ein Teil des lokalen „Imperium Fight Team“ unter den Personen befand, die im Januar 2016 nach dem Angriff auf den alternativen Stadtteil Leipzig-Connewitz festgesetzt wurden. Darüber hinaus konnten auf der IFC Kampfsportteams wie das „Team Greifvogel“ in den Ring steigen. „Greifvogel Wear“ ist eines der bedeutendsten Marken innerhalb der rechten Kampfsportszene.

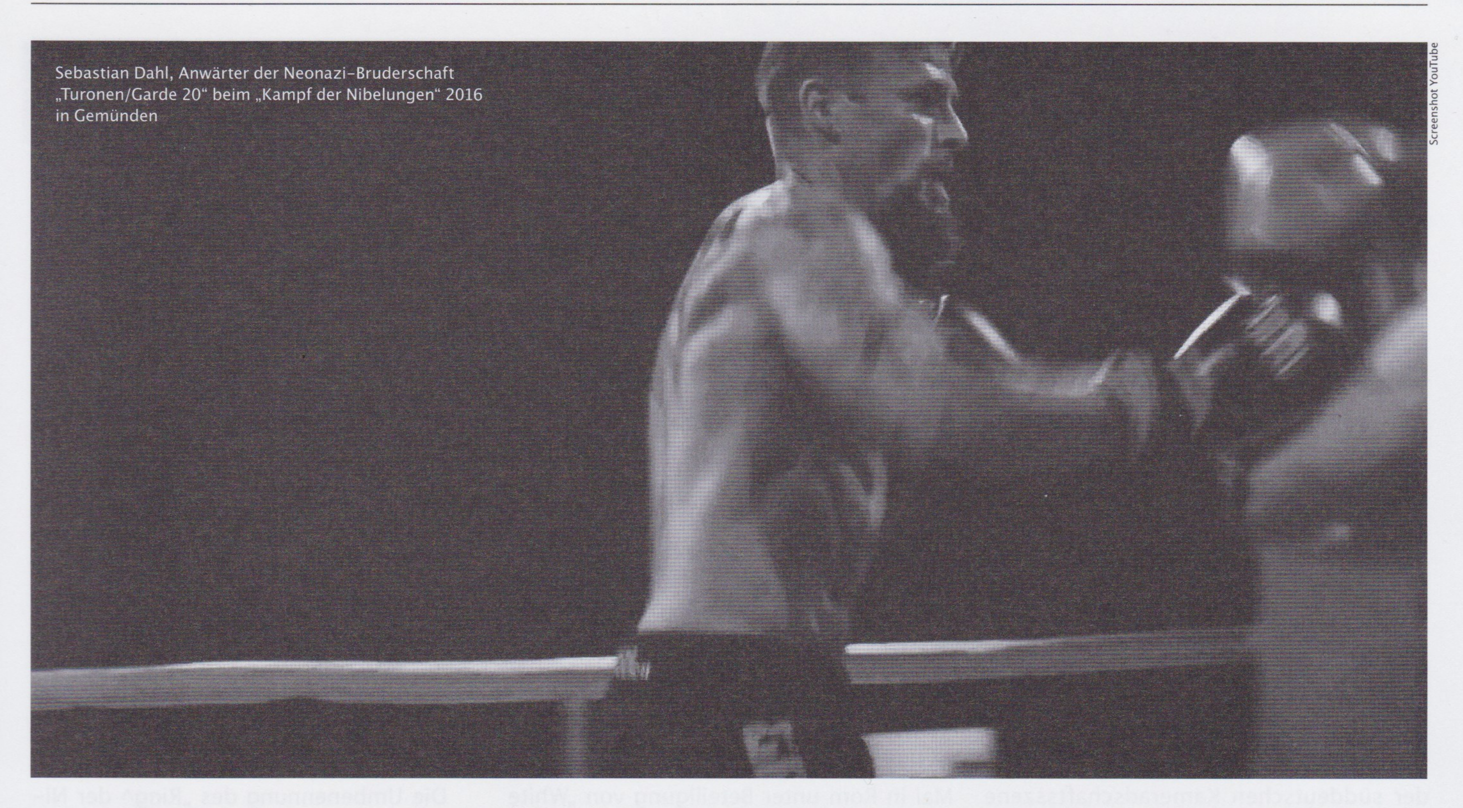
Ein Blick nach Brandenburg

Während sich in Sachsen eine rechtslastige Kampfsport-Szene etablieren konnte, setzten rechte KampfsportlerInnen andernorts auf konspiratives Wirken.

2009 initiierte etwa die „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“, auch bekannt als „Spreelichter“, die sogenannten „Nationalen Kampfsporttage“. Das Motto des Turniers — „Leben heißt Kampf“ — ist bis heute ein wichtiger Teil der völkisch-rassistischen Ideologie um die Frage der „Wehrhaftigkeit des Volkes“ und ist auf den historischen Nationalsozialismus zurückzuführen. Die „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ wurden 2012 u.a. wegen „Wesensverwandschaft zum Nationalsozialismus“ vom brandenburgischen Innenminister verboten.

Vor allem zwei der damaligen Protagonisten dieses Netzwerks, Martin Muckwar und Markus Walzuck, waren ausschlaggebend für die Entwicklung der rechten Kampfsport-Szene in Brandenburg. Lokale Kampfsport-Vereine vermittelten den Neonazis dazu die nötigen Fähigkeiten sowie die personelle Anbindung an den Profi-Sport.

In diesem Zusammenhang traten spätestens ab 2012 auch Stefan Baer und Lucien Schönbach in Erscheinung. Neben ihrer Teilnahme an Seminaren und Camps offizieller Kampfsportvereine schufen sie sich parallel eine konspirative Kampfsport-Szene. In Lübben im Spreewald entstand so die „Northsidecrew“, ein Zusammen-


Sebastian Dahl, Anwärter der Neonazi-Bruderschaft „Turonen/Garde 20" beim „Kampf der Nibelungen" 2016 in Gemünden

Screenshot YouTube

hang von bis zu fünfzehn Neonazis, die sich nach außen als „Boxclub Lübben" präsentieren und in der Stadt heute eigene Trainingsräume unterhalten. Die „Nationalen Kampfsporttage" hingegen wurden vom „Germanischen Achtkampf" abgelöst.

Und während sich die umstrittene Marke „Label 23 — Boxing Connection" (Vgl. AIB Nr. 96 „Leben heißt Kampf") ab 2009 vor allem bei der regionalen Kampfsport- und rechten Hooliganszene anbiedert, schufen sich Neonazis aus dem Raum Cottbus Anfang 2016 eine eigene Marke namens „Black Legion". Für den „6. Germanischen Achtkampf" 2016 in Finowfurt stellte die Marke ein eigenes Team, in dem auch Lucien Schönbach zu finden war.

Ein anderes extrem rechtes Label buhlte allerdings schon viel früher um potentielle KäuferInnen aus dem Bereich Kampf- und Kraftsport. Die Marke „Greifvogel Wear" wurde 2013 von Sebastian Raack in Dresden registriert und ist seit Ende 2016 im brandenburgischen Lindenau bei Senftenberg beheimatet. Interessanterweise findet man bei „Greifvogel Wear" viele Parallelen im Werdegang zur noch recht jungen Marke „Black Legion". Denn während „Greifvogel Wear" an Raacks RechtsRock-Label „OPOS-Records" angebunden ist, findet sich Martin Seidel von „Rebel Records" im Impressum von „Black Legion". Den Soundtrack zum Konzept liefern zudem Bands, die einen hohen Stellenwert in der Weiterentwicklung der rechten Musikszene besitzen: „Green Arrows" aus Italien und „Frontalkraft" für „Black Legion" bzw. „Terrorsphära" als Aushängeschild von „Greifvogel Wear". Personell ist die rechte Kampfsportszene Brandenburgs an Raacks Marke angebunden, während „Black Legion" vor allem in der rechten Hooliganszene in Cottbus fischt.

Die Existenz beider Marken, samt ähnlicher Zielgruppe und räumlicher Nähe, muss dabei nicht unbedingt bedeuten, dass sich der Markt für rechte Kampfsport-Bekleidung gespalten hat, sondern spricht vielmehr für eine große Nachfrage in der Szene und das Bedürfnis sich eigene Identitäten im Gym und auf der Matte zu schaffen. Zudem bleiben die Einnahmen im eigenen Milieu.

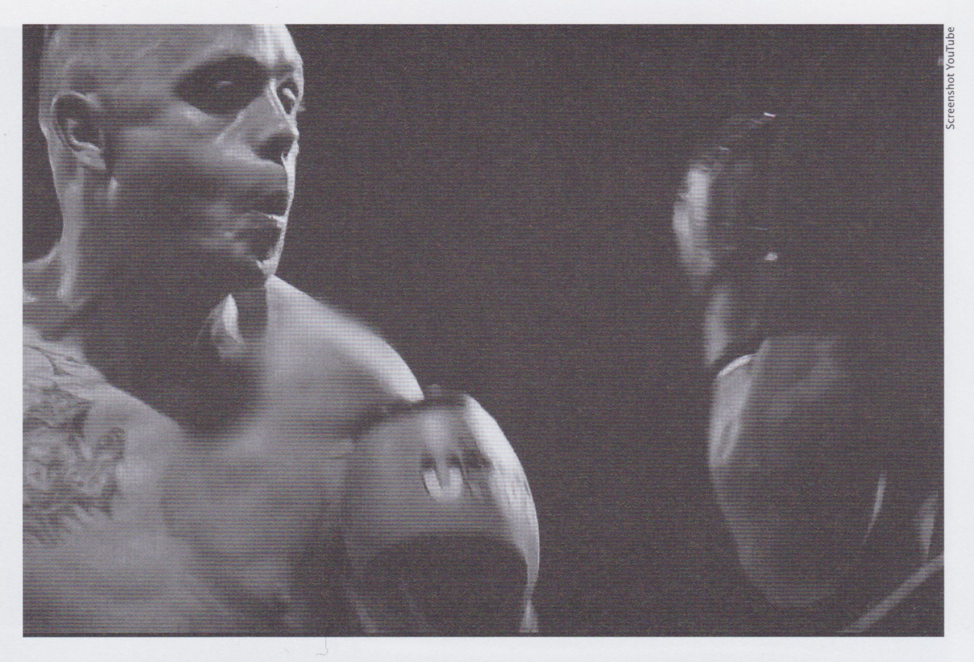
Die Hochkonjunktur des Kampfsports in der rechten Szene lässt sich aber nicht nur anhand der Fülle eigener Marken erkennen, sondern am Netzwerk rechter Kampfsport-Events, die sich europaweit etabliert haben.

Vorbild Russland

Seit 2011 finden in Russland die „Duh Voina"[2]-MMA-Turniere statt. Organisiert werden diese vom Neonazi und Hooligan Denis Nikitin, der auch für die rechte Kampfsportmarke „White Rex" verantwortlich ist (Vgl. AIB Nr. 99 „Kampfsport, Kohle, Kriegsverbrecher").

Waren anfangs nur ein Paar dutzend ZuschauerInnen auf den Events von Nikitin, so entwickelte sich die „Duh Voina"-Reihe zum professionellen Kampfsport-Event mit bis zu 1.000 ZuschauerInnen. Parallel zu den Turnieren in Russland ist Nikitin mit „White Rex" auch Schlüsselfigur für die rechte Kampfsport-Szene in Westeuropa. Auf dem von der faschistischen Partei „Casa Pound" 2013 organisierten Festival „Tana Delle Tigri", trat er zum ersten Mal außerhalb Russlands als Mitveranstalter in Erscheinung. Zwar gab es im Rahmen des Festivals bereits vorher Kampfsport-Turniere, doch mit „White Rex" und dessen Erfolg in Osteuropa stieg das Interesse an der Veranstaltung in Rom.

In Deutschland stieß Nikitin, der fließend deutsch spricht, u.a. auf das Interesse von Daniel Weigl aus Bayern. Er war einer der Kader des mittlerweile verbotenen „Freien Netz Süd" und war im Juni 2016 u.a. wieder Geschäftsführer der HI PROM Fashion UG, die für die Kampfsportmarke „Walhall Athletik" verantwortlich ist. 2012



Der ehemalige „NW Dortmund"-Aktivist Christoph Drewer als Kämpfer beim „Kampf der Nibelungen 2016"

Screenshot YouTube

begleitete Weigl eine Reisegruppe deutscher Neonazis zu einem der „Duh Voina"-Turniere nach Russland. Die Reise könnte dabei die Initialzündung für das deutsche Kampfsport-Event „Ring der Nibelungen", bzw. „Kampf der Nibelungen" gewesen sein. Denn ein halbes Jahr später trat Timo Kersting aus Dortmund für das „Walhall Athletik Fight Team Germany" bei einem „Duh Voina"-Turnier in Russland an, begleitet von Andreas Kolb — damals noch Beisitzer im Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten" —, der wie Weigl aus der süddeutschen Kameradschaftsszene stammt. Im Mai 2013 nahm auch Kolb als Kämpfer von „Walhall Athletik" an einem „Duh Voina"-Turnier teil, allerdings in Rom, gemeinsam mit Timo Kersting.

Ende Oktober 2013 trat Kersting abermals in Russland in den Ring, jedoch als Kämpfer des „Boxclub Dortmund". Nur wenige Wochen vor diesem Kampf fand in Deutschland erstmals der „Ring der Nibelungen" in der FunSport-Arena in Vettelschoß, nördlich von Koblenz, statt. Ein „Boxclub aus Dortmund" war es auch, der 2014 die FunSport-Arena in Vettelschoß anmietete, um dort den zweiten „Ring der Nibelungen" auszutragen.

„Hammerskins" und Lindenblätter

Der erste „Ring der Nibelungen" wurde hauptsächlich intern beworben und demnach von einem exklusiven Publikum besucht. Um die 100 ZuschauerInnen verfolgten in der von „Hammerskins" um Malte Redeker organisierten Halle Kämpfe von Neonazis wie Paul Breuer aus Köln. Er trat immer wieder als Anmelder von Aufmärschen in Erscheinung und war u.a. im „Kampfbund Deutscher Sozialisten" organisiert. Auch Andreas Kolb war vor Ort, wie auch Denis Nikitin, der aber nur als Begleitung eines seiner Kämpfer auftrat.

2014 erfuhr die rechte Kampfsport-Szene einen Aufwind. Nachdem im April in Ungarn das dritte „Akarat Diadala — Triumph of the will"-Turnier stattfand, und sich im Mai in Rom unter Beteiligung von „White Rex" abermals Neonazis aus ganz Europa zu einem Turnier zusammenfinden konnten, zogen erstmals auch französische Neonazis mit einem eigenen Event nach. So organisierte der dortige B&H-Ableger unter Regie von Tomasz Skatulsky den „Day of Glory" in Lyon. Skatulskys Kampfsport-Marke „Pride France" und Nikitins „White Rex" bewarben das Event als „größtes pan-europäisches MMA-Turnier". Auch in Griechenland formierten sich Neonazis zum „Pro Patria Fight Club", der 2014 auch erstmals eine eigene Veranstaltung auf die Beine stellte. In Deutschland traf sich die rechte Kampfsport-Szene im Oktober des gleichen Jahres abermals in Vettelschoß. Malte Redeker galt auch diesmal als Drahtzieher. Der verstorbene „Hammerskin" und V-Mann Roland Sokol hatte Redeker geholfen Kämpfer zu finden. Dabei stand Sokol auch mit dem Hamburger MMA-Kämpfer und Neonazi Frank Kortz in Kontakt (Vgl. AIB Nr. 110 „Neonazis im Hamburger Rotlichtmilieu"). Dieser hatte Sokol mitgeteilt, dass er sich bereits bei „Malte aus LU" angemeldet hatte — gemeint ist wohl Malte Redeker aus Ludwigshafen, der an dem Abend auch als Ringrichter fungierte. Ob Kortz tatsächlich kämpfte, ist nicht bestätigt, dafür aber der Kampf des Ungarn Suhajda „Starec" Zoltán, der für „Pride France" in den Ring stieg. Die ersten Früchte einer europaweiten Vernetzung rechter KampfsportlerInnen.

Die Umbenennung des „Ring^ der Nibelungen" in „Kampf der Nibelungen" (KdN) 2015 kann als Signal an die rechte Kampfsport-Szene gewertet werden, dass man nun bereit ist, als professionelles Event zu bestehen. Tatsächlich war der KdN im Zungzwang, denn in anderen Ländern hatte sich diese Events bereits erfolgreich etabliert und zogen, wie in Frankreich, bis zu 200 Neonazis an. Nach eigenen Angaben diente eine Lagerhalle in der Nähe von Dortmund als Austragungsort und konnte durch die tatkräftige Unterstützung von „White Rex", „Pride France" und „Greifvogel Wear" nicht nur eine große Anzahl von ZuschauerInnen anlocken, sondern vor allem Kämpfer aus dem gesamten Bundesgebiet wie auch aus dem europäischen Ausland. Nennenswerte Kämpfer aus der deutschen Szene waren Christoph Drewer — stellvertretender Vorsitzender der Partei „Die Rechte" und langjähriger Aktivist aus den Reihen des mittlerweile verbotenen „NW Dortmund" —, und Lucien Schönbach, sowie Stefan Baer, die für das „Greifvogel Team" antraten. Schönbach kämpfte auch schon auf dem „Day of Glory" im Juni 2015 in Frankreich. Ringrichter des KdN 2015 war abermals Malte Redeker, während „White Rex"-Promoter Denis Nikitin als Ringsprecher fungierte.



Screenshot Facebook

Ein Teil des KdN-Teams im Juni 2017 in Frankreich. v.l.n.r.: Stefan Wedekind, Vanessa V. und Kevin K., rechts daneben der Kämpfer des KdN-Teams

In ähnlicher Konstellation fand der KdN 2016 statt, diesmal in einer Mehrzweckhalle im hessischen Gemünden (Felda). Neben den genannten Personen beim KdN 2015, trat 2016 auch der ehemals in Berlin lebende Neonazi-Aktivist Sebastian Dahl als Kämpfer an. Er wird aktuell der Thüringer Neonazi-Bruderschaft „Turonen/Garde 20“ zugerechnet, die für die Organisation des „Rock gegen Überfremdung“ 2017 in Themar verantwortlich waren. Eine Einbindung jüngerer Neonazis war am Kampf von Tom N. ersichtlich. Er gilt als Zögling der Dortmunder Neonazi-Szene und trainierte u.a. mit Timo Kersting in der „Arena Dortmund“. Neu war am KdN in diesem Jahr die Beteiligung von Kämpferinnen wie Julia Thomä aus Mecklenburg-Vorpommern. Thomä ist als umtriebige Aktivistin aus den Reihen der „Jungen Nationaldemokraten“ bekannt und nahm schon am ersten „Ring der Nibelungen“ als Zuschauerin teil.

Nikitin war 2016 auch wieder mit eigenem Team vertreten. Als Trainer fungierte dabei der bekannte Moskauer Hooligan Alexander Kobanov. In den Wochen rund um den KdN hielt er sich mit Nikitin in Köln auf, wo letzterer beste Kontakte zu den „Hooligans Köln“ unterhält. Laut Insiderberichten stand Nikitin für die Kölner sogar selbst „auf dem Acker“[3].

Ausblick

Für dieses Jahr muss im Rahmen des KdN mit mehreren hundert ZuschauerInnen gerechnet werden. Das Event ist ausverkauft und allein das Netzwerk, welches mit der Durchführung des Events betraut ist, dürfte mehrere dutzend Personen umfassen. Inbegriffen sind dabei die Sponsoren „Pride France“, „Black Legion“, „Greifvogel Wear“, „Sport Frei“ und erstmals die Marke „Vikings Division“. Der KdN selbst ist seit 2015 ebenfalls eine registrierte Marke, angemeldet von einem Anwalt aus Bottrop. Seit Sommer 2017 ist der dazugehörige Online-Shop auf Alexander Deptolla eingetragen. Er ist nicht nur Führungsperson der rechten Szene in Dortmund, sondern ist auch eng an die „Hammerskins“ — insbesondere Malte Redeker — angebunden. Gemeinsam mit Redeker und u.a. dem „Hammerskin“ und Kampfsportler Wolfgang Erwin B. war er Teil der Reisegruppe, die auf Mallorca für Schlagzeilen sorgte, da sie auf Sauftour eine Reichskriegsflagge entrollten.

Zeitgleich zur Mallorca-Reise nahm ein anderer Teil der deutschen Neonazi-Szene am 10. Juni 2017 am „Force & Honeur“ südlich von Genf teil, welches von den „Hammerskins“ und „Pride France“ organisiert wurde. Der KdN — u.a. vertreten durch Vanessa V. und Kevin K. aus Dortmund — hatte dort erstmals einen eigenen Kämpfer in den Ring geschickt, während Stefan Wedekind den Stand von „Greifvogel Wear“ betreute. Wedekind ist Sänger der NS-Hardcore-Band „Painful Life“ aus Sachsen Anhalt. Das Highlight war jedoch der Auftritt russischer Neonazis, die ihr Trainingsprogramm „PPDM-Father Frost Mode“ vorstellten. Ein deutsches Pendant zu „PPDM“ kann übrigens bei „Wardon 21“ gefunden werden, die auf dem „Force & Honeur“ zum ersten Mal öffentlich auftraten. Kernthema der selektiven Gruppe ist ein orthodoxer Gesundheitswahn und Körperkult, angelehnt an den historischen Nationalsozialismus. Die Gruppe, der auch Manuel Eder — Musiker der NS-Hardcoreband „Terrorsphära“ — angehört, versteht sich als „NS-Straight Edge“ und Elite, die auch mit Fingerzeig auf die eigene Szene agieren will.

Inwiefern dies mit dem Saufgelage der „Hammerskins“ auf Mallorca — d.h. dem „anderen Teil“ des KdN-Teams — vereinbar ist, wird sich sicherlich nach dem „Kampf der Nibelungen“ im Oktober 2017 zeigen. Denn die Vormachtstellung im Bereich rechter Kampfsportveranstaltungen bedeutet auch nicht zu unterschätzende finanzielle Erträge. Eine Karte für das Event kostete bereits beim ersten „Ring der Nibelungen“ zwischen 20 und 25 Euro.

Ob das kürzlich für 2018 in „Mitteldeutschland“ angekündigte Neonazi-Kampfsportturnier „Tiwaz“ mit der etwa zeitgleichen Gründung von „Wardon 21“ einhergeht und damit dem KdN das Monopol streitig macht oder ob die rechte Kampfsportszene eine Notwendigkeit in der Erweiterung des Marktes sieht, bleibt abzuwarten. •

Aktuelle Entwicklungen zur extrem rechten Kampfsportszene findet ihr auf:
runtervondermatte.noblogs.org

1 Eine Fight Card ist eine Zusammenstellung der Kämper_innen eines Events **2** „Duh Voina“ ist russisch und bedeutet übersetzt „Geist des Kriegers“ **3** https://www.vice.com/de/article/evpq7j/neonazis-und-illegale-kampfe-wie-sich-deutsche-und-russische-hooligans-vernetzen

BRAUNZONE

Ein identitäres Haus in Halle

SACHSEN-ANHALT RECHTSAUSSEN

■ Juni 2017: Auf den Seiten der Initiative „Ein Prozent für unser Land" und der Zeitschrift „Sezession" wird ein „Hausprojekt" angekündigt. Neben dem „Institut für Staatspolitik" (IfS) in Schnellroda und der „Bibliothek des Konservatismus" in Berlin soll es einen weiteren Anlaufpunkt für die sogenannte ‚Neue Rechte' geben. Für Renovierung, Sicherheit und laufende Kosten wird um Spenden geworben. Es handelt sich um einen viergeschossigen Altbau in der Adam-Kuckhoff-Straße in Halle, direkt gegenüber des Steintorcampus der Martin-Luther-Universität. Mit Dorian Schubert, Mario Müller, Melanie Schmitz und Florian Müller will ein Großteil der Führungsriege der identitären „Kontrakultur Halle" zukünftig dort wohnen und wirken.

Der Gründer der Titurel-Stiftung, Helmut Englmann aus Johannesberg (Unterfranken), ist seit Januar 2017 Eigentümer des Hauses. Die Stiftung fungiert vor allem als Förderinstrument des IfS. Als Ansprechpartner tritt Andreas Lichert (Funktionär der AfD und des Vereins für Staatspolitik) auf, die Domain ist auf das IfS registriert, als administrativer Ansprechpartner wird Götz Kubitschek angegeben. Neben dem Sammeln von Unterstützungsgeldern wurden durch die Stiftung auch 'neurechte' Autoren gefördert. Das Haus dient zudem als Sitz einer Werbeagentur, der „Mosaik Kommunikation". Als Unternehmensdach fungiert hier die Lichert GmbH von Andreas Lichert, die Web-Domain der Agentur ist auf Simon Kaupert registriert.

Lichert hatte bereits erfolglos mit einer „Projektwerkstatt" im hessischen Karben versucht, einen „Treffpunkt, Werkstatt und Plattform für politisch und gesellschaftlich Engagierte" zu schaffen. Die Bedingungen für eine identitäre „Projektwerkstatt" sind in Halle günstiger. Nicht nur die Struktur der „Kontrakultur Halle" und die Nähe zum IfS in Schnellroda, sondern auch die zentrale Lage begünstigen Halle als Standort für derartige Projekte. In Sachsen-Anhalt bieten die Wahlerfolge der AfD zur Landtagswahl 2016 den politischen Rückhalt, den ein solches Projekt braucht. Mit dem Landtagsabgeordneten Hans-Thomas Tillschneider haben die „Identitären", wie auch das IfS, mindestens einen engagierten Fürsprecher als Unterstützer im Parlament. Dessen Engagement für das Hausprojekt reicht mittlerweile sogar soweit, dass er seit September 2017 dort ein zweites Wahlkreisbüro gemietet hat. Sein eigentliches Büro ist in Merseburg. Tillschneider war in der Vergangenheit bereits mehrfach öffentlich mit Aktivisten der „Identitären" aufgetreten und setzt sich parteiintern gegen die Abgrenzungsbemühungen zur „Identitären Bewegung" (IB) ein. Halle ist nunmehr Wirkungsort einer sich avantgardistisch gebenden Ideologie, der sogenannten ‚Neuen Rechten'. Als Vorbilder gelten Häuser der (neo)faschistischen „Casa Pound" in Italien. Aus Sicht der ‚Neuen Rechten' stellt das „Identitäre Haus" in Halle einen entscheidenden Schritt in dem von ihnen ausgerufenen „Kampf um die Köpfe" dar.

Mit der Gründung der „Halle-Leobener Burschenschaft Germania" (HLB) wurde der Grundstein für eine Entwicklung gelegt, die nun ihren vorzeitigen Höhepunkt findet. Deren Vorgängerburschenschaft, die „Franco-Germania Halle", wurde 1994 von Vertretern des sogenannten Schwarz-Weiß-Roten Kartells, also der freundschaftlich eng verbundenen Burschenschaften „Frankonia Erlangen", „Germania Hamburg" und „Germania Halle zu Mainz", gegründet. Im Jahr 1999 erfolgte die Zusammenlegung mit der „Alten Leobener Burschenschaft Germania zu Clausthal" zur HLB. Der jeweilige Sitz der Burschenschaft war auch Treffort der lokalen Neonaziszene. Die HLB und ihr Umfeld wurden zum Anziehungspunkt für elitäre Rechte und vom stumpfen Auftreten der Szene enttäuschte Neonazis. Im Sommer 2014 wurde auf dem Podcast der Gruppe ein Interview mit Martin Sellner veröffentlicht, welches Eigenangaben zufolge bei einem Videointerview mit Daniel Fiß in Halle auf-







Oben: Alexander Kleine (vorne) mit Dorian Schubert (links) bei einer Aktion im Juli 2016.

Unten: Melanie Schmitz verteilt Pfefferspray auf dem Halleschen Marktplatz.

(Screenshot: Twitter & Facebook)

genommen wurde. Fiß war Mitbetreiber des Podcasts und leitet eine Regionalgruppe der „Identitären" in Mecklenburg-Vorpommern (MV), welche auch unter dem Namen „Kontrakultur MV" auftrat. Ab 2015 entstand mit der „Kontrakultur Halle" eine der aktivsten Gruppen der IB in Deutschland. Einer der zentralen Akteure ist Mario Müller. Müller, der aus Delmenhorst stammt, begann seine politische Laufbahn als „Autonomer Nationalist", bevor er zur JN und schließlich zur „Kontrakultur" kam. Ein Tattoo auf Müllers rechtem Bein zitiert eine Zeile des NS-Dichters Hans Baumann.

Neuer Wohnort: Halle

Mehr noch als ihr Freund Müller zieht Melanie Schmitz die Presseaufmerksamkeit auf sich. Ihre Aktivitäten bei der „Kontrakultur Halle", bei „Ein Prozent" oder auf der Wahlparty der AfD in MV gingen durch die Öffentlichkeit. Ihre Ausbildung als Grafikdesignerin und ihr Studium der Kommunikationswissenschaften dürften die Außendarstellung von „Kontrakultur" beeinflussen. Das Image von „Kontrakultur" erscheint durch ihre Selbstinszenierungen innerhalb der ‚Neuen Rechten' als vielseitiger, kreativer und „weiblicher" als sie letztlich ist. Innerhalb der IB präsentiert sich Schmitz als „identitarian girl". Diese Selbst-Ästhetisierung innerhalb der ‚Neuen Rechten' und den berichtenden Medien verklärt mitunter die extrem rechten Positionen, die sie als Akteurin der „Kontrakultur Halle" vertritt.

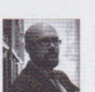
Philip Thaler, der zusammen mit Alexander Kleine („Alex Malenki") das Gesicht des von „Ein Prozent" finanzierten Podcast „Laut Gedacht" darstellt, war bis zu dessen Verbot im Jahr 2014 im „Freien Netz Süd" (FNS) aktiv. Fotos zeigen ihn bei verschiedenen Demonstrationen und Aktionen. Als sich die Strukturen des FNS zur Partei „Der III. Weg" hin orientierten, zog Thaler nach Halle und wurde bei der HLB und der IB aktiv. Mit Martin Bissinger, dem ehemaligen Chef des „Der III. Weg"-Stützpunkts Schwaben, fand auch ein alter Weggefährte Thalers den Weg nach Halle. Bissinger ist Kämpfer für K-1 und Thaiboxen beim „La Familia Fightclub Halle", wo auch die Aktiven der „Kontrakultur" regelmäßig an Trainings teilnehmen. Der „Kontrakultur"-Aktivist Dorian Schubert war vor seinem Umzug nach Halle bei den „Freien Kräften Lörrach" sowie den „Jungen Nationaldemokraten" (JN) in Lörrach aktiv. Letztere war 2009 wegen des Verdachts, einen Bombenanschlag auf ein Autonomes Zentrum in Freiburg vorbereitet zu haben, in den Fokus polizeilicher Ermittlungen geraten. Die Neonazi-Aktivistin Melanie Dittmer beschrieb Schubert im November 2015 als einen Kopf der IB in Deutschland. Seit Herbst 2016 leben auch Simon Kaupert und seine Frau in Halle. Kaupert, ehemaliger Chef des Würzburger PEGIDA-Ablegers, hat wie viele seiner Kameraden eine Vergangenheit bei der JN. Kauperts Frau gehört zur

Oben: Philip Thaler (schwarzes Hemd), Paula W. und Melanie Schmitz auf einer Veranstaltung der IB.

Unten: Das IB-Haus, ausgerechnet in der nach dem Widerstandskämpfer und Nazigegner Adam Kuckhoff benannten Straße in Halle/ Saale angesiedelt, ist Kristallisationspunkt des Netzwerkes aus AfD, IfS, IB und der „Bürgerbewegung EinProzent". Mittlerweile unterhält der AfD-MdL Tillschneider dort ein zweites Bürgerbüro.



„Nahrath-Sippe". Als Nichte von Wolfram Nahrath, einem bekannten Szeneanwalt und langjährigen Aktivisten, dürften die Hallenser auf dessen rechtlichen Beistand vertrauen können. Weiterer Akteur der Gruppe ist Till-Lucas Wessels. Der aus Oldenburg stammende Aktivist veröffentlicht mit Melanie Schmitz Videos als „Varieté Identitaire". Neben einem Auftritt während der AfD-Wahlfeier in Mecklenburg-Vorpommern, trat er auch als Redner bei PEGIDA auf.

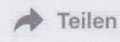


Hans-Thomas Tillschneider

3 Std. ·

Hiermit gebe ich bekannt: Seit 1.9. unterhalte ich neben meinem Hauptbüro in Bad Dürrenberg ein Zweitbüro in der Adam-Kuckoff-Str. 16 in 06108 Halle. Sprechzeiten nach Vereinbarung.

3 Mal geteilt

 Gefällt mir  Kommentieren 

Internationale Vernetzung

Die Vorbildfunktion der italienischen „Casa Pound" für das Hallenser Hausprojekt zeigt sich unter anderem darin, dass im April 2017 Vertreter von AfD, „Ein Prozent" und der „Kontrakultur" eine Konferenz der neofaschistischen Bewegung in Rom besuchten. Im Mai 2017 nahm Müller, neben zahlreichen Mitgliedern der IB Österreich und Vertretern der IB aus Frankreich und Italien, an einer Aktion in Catania auf Sizilien teil. Doch auch mit anderen Organisationen im Ausland findet eine Vernetzung statt. Mit Anna M. lebte zumindest zeitweise eine Ukrainerin mit Kontakten zum neonazistischen Regiment „Asow" in Halle. Asow ist ein dem ukrainischen Innenministerium unterstelltes Freiwilligenbataillon, das offen neonazistische Positionen vertritt. Im Dezember 2016 etwa veranstaltete das „Reconquista"-Projekt von „Asow" unter Leitung von Olena Semenyaka ein NS-Blackmetal-Festival mit angeschlossener Konferenz, zu der als offizieller Ehrengast der als „Satansmörder von Sondershausen" bekanntgewordene Neonazi Hendrik Möbus eingeladen war. Mario Müller reiste mehrmals nach Kiew, um sich dort tätowieren zu lassen. Im Januar 2015 nahm Müller in Kiew an einem Gedenk-Fackelmarsch für den ukrainischen Nazi-Kollaborateur Stepan Bandera teil. Bei einer früheren Reise posierte er für ein Foto mit vermummten „Asow"-Kämpfern, welches er mit „Might need volunteers in Western Europe soon ..." kommentierte — ein deutlicher Verweis auf das Verständnis der „Identitären", sich in einem „Vorbürgerkrieg" zu befinden. Zwischen der „Kontrakultur Halle" und den österreichischen „Identitären" findet ein reger Austausch statt. Mitglieder von „Kontrakultur Halle" nahmen mehrfach an Demonstrationen der IB Österreich teil, Mitglieder der IB Österreich beteiligten sich an Aktionen der „Kontrakultur Halle". Die reisefreudige Gruppe aus Halle demonstrierte auch in Frankreich in Tschechien. Schmitz, Kaupert und Kleine nahmen als Abgesandte der „Kontrakultur" ebenfalls im Oktober 2016 am „Europäischen Forum" in Linz teil. So eng wie die Netzwerke der IB auch geknüpft sind, lässt sich bei genauerem Hinsehen dennoch erkennen, wie dürftig die personelle Aufstellung der Gruppen ist.

Strategie

Erklärtes Ziel der sogenannten ‚Neuen Rechten' ist die (Rück-)Eroberung eines vorpolitischen Raumes. Bei dieser Zielsetzung nehmen die Universitäten als Ausbildungsstätte akademischen Nachwuchses eine wichtige Rolle ein. Es ist nach Meinung der ‚Neuen Rechten' dieser akademische Nachwuchs, der, obwohl nominell eher gering, das gesellschaftliche Klima beeinflussen soll. Außerdem kommen an den Universitäten mehrere Feindbilder der (Neu-)Rechten zusammen: die vermeintliche Indoktrination durch „Alt-68er", die Diskussion von ihnen widerstrebenden Themen und Perspektiven und eine an-

geblich alles bestimmende linke Atmosphäre. Die Vorstellung von den Verhältnissen an Hochschulen dient den „Identitären“ als Spiegelbild der Gesellschaft. Auch dort sehen sie eine vermeintliche Elite an der Macht, welche falschen Idealen folge und das angeblich viel konservativer eingestellte Volk verraten würde. Diese Vorstellung geht davon aus, dass eine relativ kleine Gruppe aufgrund ihrer ‚höheren Ausbildung‘ einen überproportionalen Einfluss auf die Gesellschaft habe, was im nächsten Gedankenschritt auch eine Unterdrückung der restlichen Gesellschaft implizieren würde. Jedoch greifen die „Identitären“ nicht diese angenommene Gesellschaftskonstruktion an, sondern streben lediglich einem Elitenwechsel entgegen. Letztlich bewegen sie sich damit zwischen dem Anspruch, für eine 'schweigende Mehrheit‘ zu sprechen und real eine verschwindend geringe Menge zu sein, einer Konstellation, die sie anderen zum Vorwurf machen. „Ein Prozent“ darf in dieser Hinsicht auch als Projekt verstanden werden, das diese Diskrepanz überbrücken soll. Damit das eigene Interesse nicht zu sehr nach bloßem Machtwechsel klingt, braucht es diese Initiative als Demokratiegeste. Das Narrativ ist einfach: Die ‚kleinen Leute‘ halten zusammen und setzen sich gegen eine vermeintliche Ungerechtigkeit, gegen ‚die da oben‘ oder gegen eine als existenziell empfundene Bedrohung zur Wehr. Durch die empfundene Unterdrückungssituation der ‚Neuen Rechten‘ öffnet sich aus ihrer Perspektive jedoch auch die Legitimation zur Gewalt gegen die ‚Unterdrücker‘ als Widerstandshandlung.

Dazu kommt Neid auf die imaginierte Machtposition der von ihnen als gesellschaftsbestimmend wahrgenommenen Gruppe. Es ist inhärenter Bestandteil der eigenen Ideologie als „schöne, kluge und neue Rechte“ die Avantgarde des Volkes bilden zu wollen und damit einen gestalterischen Anspruch zu erheben.

An der Martin-Luther-Universität in Halle scheiterte der postulierte ‚Machtwechsel‘ bisher an der Realität. Mit dem Hausprojekt von „Kontrakultur“ in unmittelbarer Nähe der Universität könnte sich die Situation ändern. Erst kürzlich bedrohten Mitglieder von „Kontrakultur Halle“ Studierende auf dem Gelände der Universität. Auf seinem privaten Facebook-Profil erläutert Dorian Schubert die Strategie: „Der Kampf“ solle in die „Wohlfühlzonen“ der Antifa getragen werden, einerseits, um den Druck auf die AfD zu reduzieren, andererseits, um „die Hörsäle, die Kieze und schlussendlich die Straße“ zurückzuerobern.

Dies versuchten die „Identitären“ bereits Mitte Juli anlässlich von Protesten gegen das Hausprojekt zu demonstrieren. Mit bundesweiter Unterstützung von anderen IB-Aktivisten, teilweise sogar aus Österreich sowie Akteuren von „Ein Prozent“ und AfD-Mitgliedern versammelten sich die „Identitären“ direkt vor dem Haus als Gegenkundgebung zu einer Antifa-Demonstration mit 700 Teilnehmenden. Unter den rund 50 Rechten waren auch Philipp Stein, Simon Kaupert und der ehemalige JN-Bundesvorsitzende Michael Schäfer, der mittlerweile ebenfalls „Ein Prozent“ unterstützt sowie Hans-Thomas Tillschneider mit weiteren AfD-Anhängern.

Nach Farbbeutelwürfen auf das Haus, brachten die Betreiber des Hausprojekts im September zwei Überwachungskameras an dem Objekt an — und riefen damit Datenschützer auf den Plan. Da die Kameras den Anschein erwecken, auch öffentliche Bereiche wie Gehweg und die Straße zu erfassen, prüft nach einer Vielzahl von Eingaben und Ordnungswidrigkeitenanzeigen der Landesdatenschutzbeauftragte den Fall. Dieser forderte bislang erst einmal eine Stellungnahme der Hausbesitzer ein, was die Kameras konkret filmen. Er kann sowohl Einschränkungen im Schwenk- und Zoombereich verfügen, als auch Bußgelder bis zu 300.000 Euro verhängen.

Das Hausprojekt ist jedoch nicht nur eine konkrete Raumnahme in Halle und in der Nähe des Hochschulcampus. Die mit „Kontrakultur“ vernetzte Initiative „Ein Prozent“ verfolgt auch eine medial ausgerichtete Strategie. Das Hausprojekt kann Synergien hinsichtlich der Kommunikationsstrategien der beteiligten Akteure ermöglichen. Seit Jahrzehnten sind Modernisierungsbemühungen der extremen Rechten zu beobachten und ebenso lang muss ein Zitat aus dem Jahr 1973 dafür herhalten, das in einer Zeitschrift des ehemaligen Referenten im NS-Propagandaministerium erschienen war: „Wir müssen unsere Aussage so gestalten, daß sie nicht mehr ins Klischee der 'Ewig-Gestrigen' passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem Geschmack des Publikums richten und nicht nach dem eigenen“. Die „Identitären“ möchten die Popkultur bedienen, bei der „Kontrakultur“ und ihrem Umfeld tun das etwa das YouTube-Portal „Laut Gedacht“, das „Varieté Identitaire“ oder der Rapper „Komplott“.

Fazit

Mit dem Haus versucht Kontrakultur Halle, unterstützt durch das IfS, „Ein Prozent“ und Protagonisten der AfD, dauerhafte Strukturen und Rückzugsräume aufzubauen und sich unabhängig von der aktuellen politischen Situation eine Lebensperspektive innerhalb rechter Strukturen zu verschaffen. Mario Müller schreibt mittlerweile für den Verlag Antaios Bücher. Till-Lucas Wessels veröffentlicht neben einer wöchentlichen Online-Kolumne in der gedruckten rechten Zeitschrift „Sezession“ Gedichte. Auch für die Projekte „Laut Gedacht“ und „Varieté Identitaire“ sammelt „Ein Prozent“ Spendengelder. Die engen Beziehungen zwischen „Kontrakultur Halle“, dem IfS und „Ein Prozent“ werden durch das Hausprojekt gefestigt. Zugleich könnten eigene Räumlichkeiten jenseits von Verbindungshäusern der IB eine andere Bandbreite an Aktivitäten und Aktiven, eine neue Qualität personeller Bindungen, bis hin zu einem ‚Vollzeitaktivismus‘ ermöglichen. Entgegen der realen Gegebenheiten versucht sich „Kontrakultur“ auch räumlich als ‚fester Bestandteil‘ des universitären Lebens zu etablieren. Anlässlich der alljährlichen Immatrikulationsfeier Anfang Oktober 2017 verteilten „Kontrakultur“-Aktivisten als „Ersti-Beutel“ bezeichnete Propagandamaterialien. •

Aktuelle Informationen zur extremen Rechten in Sachsen-Anhalt findet ihr auf:
www.lsa-rechtsaussen.net

BRAUNZONE

Eine neues Magazin drängt auf den engen Markt rechter Zeitschriften: „Cato".
In welcher Tradition steht es, wer sind die Macher und was die Inhalte?
Ein Überblick.

Publizistischer Frühling im Herbst?

„Cato" verbindet konservative und rechte Lifestyle-Themen

Entfernt verwandte Vorläufer: „MUT" und „Criticón"

Zufall oder Fügung? Als im September 2017 die erste Ausgabe von „Cato" erschien, hatte der „MUT-Verlag" mitgeteilt, sein gleichnamiges Magazin mit der Ausgabe Juli/August 2017 einzustellen. Seit Ende der 1970er Jahre war „MUT" ein wichtiges Periodikum des sich im Schatten der Kohl-Ära formierenden Neokonservatismus in Westdeutschland. Nach der aus Sicht des rechten Neokonservatismus gescheiterten „geistig-moralischen Wende" der Kohl Jahre verlor „MUT" sukzessive sein explizit rechtes politisches Profil, und somit seine Funktion als Zeitschrift an der Schnittstelle zwischen etabliertem Konservatismus und der „Neuen Rechten". Mit der Einstellung der Zeitschrift teilt „MUT" jenes Schicksal, welches bereits 2005 die Zeitschrift „Criticón" ereilt hatte. „Criticón", seit 1970 von Caspar von Schrenk-Notzing herausgegeben, stand deutlich rechts von „MUT" und war bis 1998 das tonangebende Theorieorgan der deutschsprachigen „Neuen Rechten".

Die frühe „Sezession"

Zumindest „Criticón" (Vgl. AIB Nr. 71) wollte das 2003 vom „Institut für Staatspolitik" (IfS) gegründete Zweimonatsmagazin „Sezession" beerben. (Vgl. AIB Nr. 84). Eine personelle Brücke zwischen beiden Zeitschriften war der Historiker Karlheinz Weißmann, seit Jahrzehnten einer der Vordenker der „Neuen Rechten" in Deutschland, der ebenfalls Autor in „Criticón" gewesen war. Weißmann prägte bis zum Bruch zwischen ihm und dem „Antaios"-Verleger und vormaligen Chef des IfS, Götz Kubitschek, die Linie von „Sezession", was seinen Niederschlag in von Weißmann mitverantworteten Schwerpunktheften fand. Nach der Trennung von Weißmann und Kubitschek verlor „Sezession" deutlich an Niveau und öffnete sich für Autoren und thematische Zugriffe, die Karlheinz Weißmann wohl nicht mitgetragen hätte.

Seit seinem Weggang bei „Sezession" und „IfS" engagiert sich Karlheinz Weißmann bei der „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung" (FKBF). Diese ist Trägerin der in Berlin ansässigen „Bibliothek des Konservatismus" (Vgl. AIB Nr. 98). Sie versteht sich als Wahrerin des Erbes des verstorbenen „Criticón"-Herausgebers Schrenk-Notzing und als konservative Denkfabrik. Die rechte Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF) und ihr Chef, Dieter Stein, sind der Stiftung FKBF eng verbunden. Stein führt seit 2007 den Vorsitz des Stiftungsrates.[1] Als „Junge Freiheit"-Hausautor für geschichtsphilosophische und weltanschauliche Grundsatzfragen ist Karlheinz Weißmann eine der prägenden Figuren neurechter Publizistik.

Cato

Mit „Cato" will sich die rechtsintellektuelle Gruppe um Karlheinz Weißmann, Dieter Stein und den Verleger Andreas Lombard („Landt-Verlag") ein eigenes publizistisches Sprachrohr für neurechte Theorie und Lebenswelten schaffen. Im Interview mit der JF[2] antwortet der „Cato"-Chefredakteur auf die Frage, ob es zwischen den facettenreichen rechten und rechtskonservativen Magazinen wie „Eigentümlich frei", „Sezession", aber auch „Tichys Einblick" und „Cicero" auf dem publizistischen Markt noch Platz für eine Zeitschrift wie „Cato" gebe, diese richte sich an ein „Milieu, das nicht Mainstream ist und sich oft [...] als konservativ versteht." Gerade „der Erfolg von „Eigentümlich frei" aber auch die Ent-

JUNGE FREIHEIT
Nr. 37/17 | 8. September 2017

„Die Liebe zum Eigenen"

Der Publizist Andreas Lombard und der Historiker Karlheinz Weißmann starten „Cato", das konservative Magazin aus Berlin. Was will die Zeitschrift und welche Chancen hat sie? Chefredakteur Lombard über das neue Projekt

Herr Lombard, warum noch ein konservatives Magazin?

Andreas Lombard: Weil es den Bedarf gibt und zwar in einem Milieu, das nicht Mainstream ist und sich oft – wenn auch nicht zwingend – als konservativ versteht. Die Idee für eine neue Zeitschrift, wie wir sie jetzt mit *Cato* vorlegen, war dort schon länger virulent.

Eine entsprechende Marktanalyse gibt es aber nicht. Also ein Sprung ins Dunkle?

Lombard: Nein, der Erfolg von *eigentümlich frei*, die Gründung von *Tichys Einblick*, aber auch die Entwicklung bei *Tumult*, um nur einige Zeitschriften zu nennen, zeigen den Bedarf klar an.

Aber ist zwischen den Platzhirschen „Cicero" und „Sezession" noch Raum für Sie?

Lombard: Da habe ich keine Zweifel. Die *Sezession* hat eine spezielle, nationalrevolutionäre Ausrichtung. Das wäre mir zu eng; obgleich die Zeitschrift dies reichhaltig ausbuchstabiert. *Cicero* und auch *Tichys Einblick* dagegen sind sehr viel stärker tagespolitisch und aktuell gesellschaftlich orientiert. Bei uns geht es mehr um grundsätzliche Fragen. Es gibt noch einen Unterschied: *Cato* ist zugleich pessimistischer und optimistischer als jene beiden. Pessimistischer bezüglich der nächsten Jahre, denn wir glauben, gesellschaftlich, wirtschaftlich und politisch stehen uns in Deutschland und im Westen dramatische Probleme und



sprung Jahrtausende zurück, s
aber die Menschen bis heute
jedes Jahr Millionen nach Vene
oder überhaupt in schöne, al
um deren Atmosphäre zu erle
sich für Krier die Frage: War
warum bauen wir nicht Städte
dig? Warum statt dessen Traba
te, Stahlbetonkolosse und selbs
Solitäre exzentrischer Archite
alles, nur nicht menschengem

„Politische Haltu und Lebensfreud

Konservativ, das läßt die „wila mut" Ernst Jüngers erahnen, d cholie der verlorenen Sache. W stimmtheit hat „Cato"?

Lombard: Gerade das find uns nicht. Das Gegenteil soll strahlen: Auf der einen Seite eine politische Prinzipienfest der anderen Seite aber auch D de, die sich von politischen wolken nicht unterkriegen lä

Eben das geht oft nicht zusamn mierende politische Analysen so manchen, seine Zeitungsabo gen und sich ins Private zurüc

Lombard: Genau auf dies weder aktionistisch zu werd kapitulieren, will *Cato* hinau

Sie nennen „Cato" auch ein Klingt doch ziemlich nach Wei

Faksimile Junge Freiheit

wicklung bei „Tumult" [...] zeigen den Bedarf klar an."[3] Auf die „Sezession" angesprochen, antwortet Lombard, diese habe eine „spezielle, nationalrevolutionäre Ausrichtung. Das wäre mir zu eng." Lombard konzidiert, eine metapolitische Linie läge ihm näher als die tagespolitische Intervention. Doch gerade die „Metapolitik" ist bei „Sezession" erklärtes, wenn auch immer weniger eingelöstes Programm.

Die erste Ausgabe von „Cato" verbindet konservative und rechte Lifestyle-Themen mit deutlichen neurechten Standortbestimmungen. Lombard selbst schreibt im ersten Heft über die Debatte um das bei „Antaios" erschienene Buch „Finis Germania" von Rolf Peter Sieferle und das mediale Echo darauf. Der Artikel wiederholt das in neurechten Kreisen vorgetragene Mantra, Sieferle werde vom linksliberalen Mainstream böswillig missinterpretiert und verleumdet. Dass der Feuilleton-Skandal des Sommers 2017 dem Verleger des Buches „Finis Germania", Götz Kubitschek, einen märchenhaften Verkaufserfolg bescherte, steht auf einem anderen Blatt. In seinem Beitrag „Lügen oder nicht lügen" versteigt sich der Berliner AfD-Politiker Nicolaus Fest bezüglich der Lage der Meinungsfreiheit in Deutschland zu absurden Vergleichen mit der Zensur in der DDR. All das zeigt, „Cato" ist auf dem Markt neuer, rechter und konservativer Zeitschriften zwar anspruchsvoll und stilistisch zielsicher gestaltet, die Themen und die Tonlage ihrer Bearbeitung unterscheiden sich von anderen rechten Blättern jedoch nur in Nuancen.

Die Macher des Blattes haben offenbar viel Geld in die Hand genommen. Die Startauflage von „Cato" soll rund 50.000 Exemplare betragen haben. Seit dem Ende von „MUT" und „Criticón", aber auch seit dem Start von „Sezession" und anderen rechten Zeitschriftenprojekten hat sich das publizistische Umfeld für rechte Theoriezeitschriften grundlegend geändert. Rechte Publizistik präsentiert sich derzeit so vielfältig wie seit den 1950er Jahren nicht. Der Erfolg des rechten Agenda-Settings mit Themen wie Migration, Familie, Demographie und Kulturpessimismus scheint den Blattmachern von „Compact" bis „Junge Freiheit", von „Zuerst!" bis „eigentümlich frei" recht zu geben. Ob „Cato" ebenso ein Erfolg wird, werden die kommenden Monate zeigen. •

1 Vgl. www.bdk-berlin.org/stiftung/ (03.10.2017)
2 Junge Freiheit 37 / 2017 Seite 3 „Die Liebe zum Eigenen" Interview mit Andreas Lombard 3 Vgl. ebd.

USA

Viele Menschen kennen das „Good-Night-White-Pride"-Logo — eine Silhouette, auf der ein Antifaschist nach einem Neonazi tritt, der am Boden liegt. Aber nur wenige Leute wissen, dass das Bild während einer Demonstration gegen einen „Ku-Klux-Klan"-Aufmarsch am 9. Mai 1998 in Ann Arbor (Michigan) entstand. Verschiedene Gruppen wie die „Anti-Racist Action" (ARA), die „Revolutionary Workers' League" (RWL) und das „National Women's Rights Organizing Committee" (NWROC) mobilisierten gegen den Aufmarsch. Es kam zu heftigen Konfrontationen mit einigen Verletzten. In den darauffolgenden Wochen starteten die Behörden und die Polizei von Ann Arbor eine beispiellose Strafverfolgungskampagne gegen linke Aktivist_innen, infolge derer 39 Antirassist_innen festgenommen und gegen 20 von ihnen Anklage erhoben wurde. 16 Anklagen mussten jedoch wieder fallengelassen werden, lediglich ein Aktivist wurde dafür verurteilt, einen Stein gegen einen Polizisten geworfen zu haben. Im Interview mit „itsgoingdown.org" erzählt der Antifaschist **Harlon Jones** näheres zu den Gegenprotesten.

„Ich bin bereit, etwas zu riskieren!"

ÜBERSETZT VON ITSGOINGDOWN.ORG

Was hast du im Jahr 1998 gemacht?

1998 war ich 18 Jahre alt und arbeitete in einem Laden auf dem Campus der Universität. Meine Freunde und ich redeten oft über Politik. Uns war bewusst, was um uns herum passierte und wir waren gut informiert. Allerdings änderte sich dadurch nichts. Also sind wir an diesem Tag zu den Gegenprotesten gegen den Aufmarsch des rassistischen Ku Klux Klan gegangen.

Du hast also eine Trennung zwischen Bewusstsein und Handlung gesehen?

Genau. Gerade heutzutage ist es so einfach, etwas zu posten und dann die Sache wieder zu vergessen. Damals war es notwendiger, direkt zu handeln. Für mich war es etwas, von dem ich Teil sein musste.

Warst du vorher schon mal bei einer Demonstration wie dieser?

Ich habe vorher gemeinnützige Arbeit mit meinem Onkel in Kalifornien gemacht. Meine Familie stellte sicher, dass uns bewusst war, was um uns herum passierte. Aber diese Art der Konfrontation war für mich neu. Das Tolle an dieser Demo war, dass so viele verschiedene Leute dort waren. Die Leute wussten, dass das was sie machten richtig war und sie waren alle für dasselbe Ziel dort!

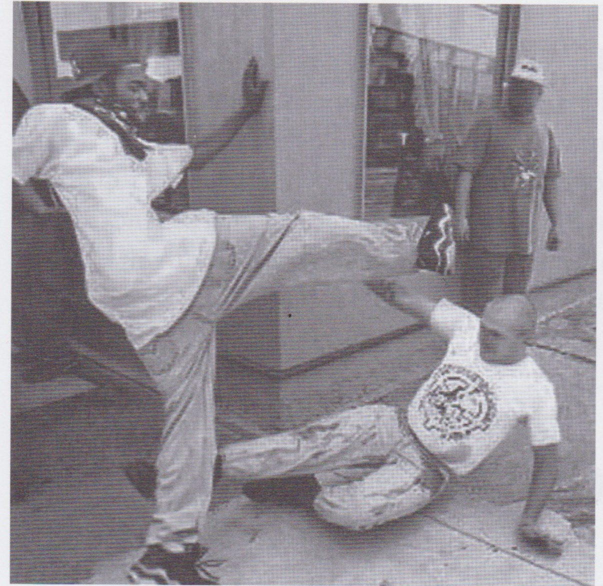
Bei der Studentenvereinigung wurden blaue Bandana-Tücher verteilt und Anwälte sagten uns, dass sie uns umsonst verteidigen würden, falls wir festgenommen würden. Die Demonstration ging von dort in die Innenstadt. Alle riefen: „KKK! COME TO OUR TOWN? WHAT DO WE DO? SHUT 'EM DOWN!" Beim Rathaus stand die Polizei ausgerüstet mit Schildern, zusätzlich gab es Zäune mit Stacheldraht. Das war das erste Mal, dass ich so ein Polizeiaufgebot sah. Außerdem waren dort sogenannte „peace keepers" in gelben Jacken, die versuchten, uns zu beruhigen und zu überreden, irgendwo anders hinzugehen und die „Kumbaya" und ähnlichen Scheiß sangen.

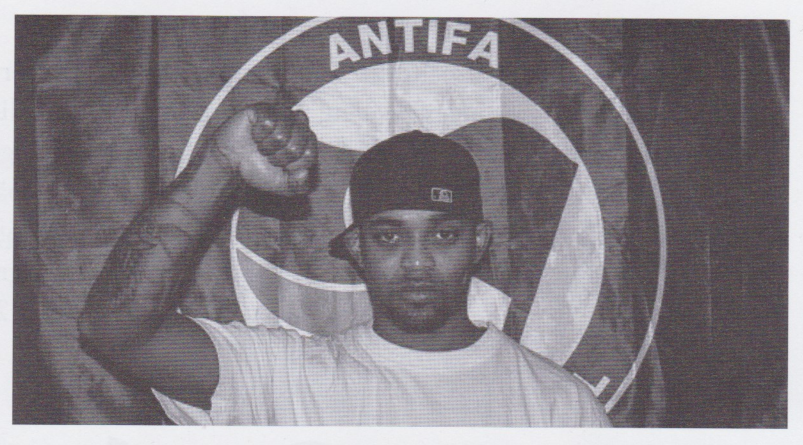
Wie haben die Leute darauf reagiert?

Nicht so gut. Die Leute grenzten sie aus und erwiderten, dass sie zur Hölle fahren sollten. Zu diesem Zeitpunkt passierte noch nichts. Wir standen nur herum und versuchten herauszufinden, was der KKK macht.

Plötzlich rannten alle los. Wir rannten zu fünft hinter dem Typen auf dem Foto, seinem Freund und einer Frau hinterher. Sie waren gefragt worden, ob sie zum Ku Klux Klan gehörten und sagten „Ja". Daher rannten wir hinter ihnen her. Als für eine Millisekunde Platz war, bin ich hin und trat ihn. Sofort danach sagte mir jemand, dass ich fotografiert worden bin. Derjenige hat mir angeboten, die Mützen zu tauschen. Für den Rest des Tages trug ich also nicht die gleiche Mütze. Auch wenn das Bild so bekannt ist, war das für mich nur ein kleiner Teil des Tages. Es war einfach unglaublich, wie alle an diesem Tag zusammenwirkten und miteinander redeten. Die Menge versuchte, durch das Tor in die Stadthalle zu kommen, während die „peace keepers" versuchten, uns davon abzuhalten. Hinter der Stadthalle gab es ein zweites, kleineres Tor, zu dem wir in Kleingruppen gingen. Die Polizei stand hinter diesem Tor und wurde mit Steinen beworfen. Zu sehen, wie die Polizei sich zurückziehen musste, war die beste Szene, die ich in meinem ganzen Leben gesehen habe. Wir haben das Tor niedergerissen und jubelten, als die Polizei zurückkam und mit Tränengaspatronen auf die Leute schoss. Mein Freund Michael wurde direkt auf der Brust getroffen. Trotzdem war es ein Erfolg. Das Ziel war, dass der KKK niemals wiederkommt und das haben wir erreicht.

Als ich mich am nächsten Tag für die Arbeit fertigmachte, rief mich eine Freundin an und sagte: „Du bist auf der Titelseite!" Ich dachte mir zunächst „Du musst sofort verschwinden", bin dann aber doch zur





Arbeit gegangen. Als ich das Foto auf der Titelseite sah, habe ich sofort eine Rasierklinge aus dem Regal genommen und meinen Kopf komplett rasiert, da die Polizei jeden Tag in den Laden kam, in dem ich arbeitete. Sie kannten mich, jeder kannte mich! Das Verrückte war, dass sie richtig Angst hatten, gegen mich zu ermitteln, weil sie dann eine negative Berichterstattung über die Universität riskiert hätten. Also haben sie gar nicht ermittelt.

Das ist seltsam, weil gegen viele andere Gegendemonstrant_innen sehr intensiv ermittelt wurde.

Ich war tatsächlich die Person, die am einfachsten zu finden war, aber sie haben mich nicht verfolgt. Ich denke, dass sie mich nicht verhaftet haben, weil die Universität zu dieser Zeit ein großes Problem mit den Beziehungen zu Menschen mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft (race) hatte.

Wie reagierten Andere auf das Foto?

Bis heute habe ich Freunde, die so stolz auf mich sind, dass sie mich zu sich einladen, damit ich ihren Kindern diese Geschichte erzähle. Sie wollen ihren Kindern zeigen, dass sie nicht verängstigt sein sondern etwas tun sollen.

Was denkst du über Leute, die sagen, dass es falsch war, was du gemacht hast?

Du musst dich mit deinen Entscheidungen wohl fühlen. Wenn mir Leute sagen, dass es falsch war, frage ich sie, was ihnen wichtig ist. Und wann sie das letzte Mal mehr gemacht haben, als sich nur darüber zu unterhalten.

Bei uns im Viertel wird viel über politische Themen diskutiert. Ich denke, wenn es einem wirklich wichtig ist, sollte man auch dazu bereit sein, etwas zu riskieren. Ich bin bereit, etwas zu riskieren. Wenn ich deswegen ein schlechter Kerl bin, weil ich gegen Ignoranz, Rassismus und den ganzen Scheiß kämpfe, meinetwegen.

Hast du im letzten Jahr die Veröffentlichung über das „Good Night White Pride"-Bild und dessen Geschichte gelesen?

Ein Freund hat mich auf einen Post darüber aufmerksam gemacht, welcher US-Bundesstaat Schwarze am meisten hasst. Dort war dieser Neonazi mit einem Aufnäher mit dem „Good Night Left Side"-Logo zu sehen. Als ich dazu recherchierte, fand ich heraus, dass Neonazis dieses Logo benutzen, um dem Antifaschismus entgegenzutreten. Erst dadurch bin ich auf itsgoingdown.org gestoßen.

Also wusstest du gar nichts über das Logo, bevor du den Neonazi mit dem Aufnäher gesehen hast?

Genau. Mein bester Freund hat mich ermutigt, mich bei itsgoingdown.org zu melden. Ich bin sehr gerührt und habe nie erwartet, dass aus einem Vorfall, der jetzt zwanzig Jahre her ist, so etwas entstehen könnte. Es hat sich großartig angefühlt.

Dir war also nicht klar, dass dein Foto zu einem der berühmtesten Logos der antifaschistischen Bewegung geworden ist?

Ganz und gar nicht.

Was denkst du über die Neonazi-Version?

Ich fand es wahnsinnig komisch. Wir haben einige Hass-Foren besucht. Dort haben Leute auf den Hintergrund des Bildes hingewiesen. Aber es hat die Mehrheit nicht interessiert — diese Ignoranz ist belustigend. Ich finde es verrückt, wie jemand dieses Bild verbreiten kann und gleichzeitig dem Hintergrund gegenüber so ignorant sein kann. Und sie tragen es mit Stolz. Aber ich war sehr froh zu wissen, dass das Logo ursprünglich von Leuten stammt, die das Richtige tun.

Gab es für dich irgendeinen langfristigen Rückschlag in den letzten 18 Jahren?

Nicht wirklich. Ich mache viel gemeinnützige Arbeit mit männlichen Jugendlichen. Manchmal nutze ich den Vorfall, um ihrer Wut eine Orientierung zu geben oder um ihnen das Selbstbewusstsein zu geben, für das Richtige zu kämpfen, rauszugehen und es durchzuziehen.

Viele Menschen sind weltweit durch das Bild inspiriert worden. Gibt es etwas, dass du ihnen sagen möchtest?

Ich bin sehr gerührt, dass meine Aktion so eine Auswirkung hat — nicht nur auf eine Person, sondern auf viele Menschen weltweit- Unabhängig davon, wo wir wohnen oder ob wir die gleiche Sprache sprechen- bin ich genauso wie sie.

Ich grüße alle Menschen, die rausgehen und etwas unternehmen. Ich unterstütze jede Person und jede Organisation auch mit direkten Aktionen, wenn sie für die richtige Sache kämpfen. •

RASSISMUS

„Jeder Mensch verdient die Rettung aus Seenot“ – unter diesem Vorsatz haben sich Menschen im Herbst 2015 zusammengefunden, um etwas gegen das tägliche Sterben im Mittelmeer zu unternehmen. Seitdem ist viel passiert. Tausende Menschen wurden gerettet und nach Italien gebracht. In der Öffentlichkeit wurden die Retter_innen anfangs gefeiert. Spätestens seit Ende 2016 wendete sich das Blatt. Das politische Europa startete eine Verleumdungskampagne gegen die im Mittelmeer tätigen Search-And-Rescue (SAR)-NGOs, die ihren bisherigen Höhepunkt in der Beschlagnahmung der „Iuventa“ – dem Schiff von „Jugend Rettet“ – am 2. August 2017 fand.

„One by one“

Zum Stand der Seenotrettung im Mittelmeer im Herbst 2017

AUTOR_INNENKOLLEKTIV LUV UND LEE

Die Arbeit von „Jugend Rettet“
Schon seit Jahren sterben Menschen im Mittelmeer bei dem Versuch nach Europa zu kommen. Die meisten von ihnen ertrinken, weil sie die Reise nach Europa in nicht-seetüchtigen Booten antreten müssen. Die Fluchtwege wurden in den letzten Jahren länger, weil die EU ihre Grenzen immer weiter geschlossen hat. Spätestens seit dem EU-Türkei-Deal vom März 2016 wurde die zentrale Mittelmeerroute zwischen der libyischen Küste und der südlichen EU-Grenze zur Hauptfluchtroute nach Europa. Sie ist die längste, gefährlichste und tödlichste Route dorthin. Die Anzahl der Todesopfer erreichte ein Ausmaß, das zur Folge hatte, dass Bilder von gekenterten Holzbooten oder überfüllten, sinkenden Schlauchbooten zunehmend auch in Zeitungsmeldungen und den Abendnachrichten auftauchten. Diesem Sterben wollten die Gründer_innen von Jugend Rettet nicht mehr länger zuschauen und beschlossen im Herbst 2015 ein Schiff zu kaufen und aktiv dagegen vorzugehen. Geld wurde gesammelt, ein Schiff gefunden, für die Rettungseinsätze umgebaut und auf den Namen „Iuventa“ getauft. Nach 1,5 Jahren Vorbereitung startete im Juli 2016 die erste Rettungsmission von Malta aus. Über 14.000 Menschen wurden seitdem in 15 Missionen aus Seenot gerettet — bis das Schiff im August von den italienischen Behörden beschlagnahmt wurde.

Die „Iuventa“ ist ein kleines Schiff, gerade mal 33 Meter lang. Betrieben wird es von einer 13 bis 15-köpfigen Crew. Manchmal sind noch ein bis zwei Journalist_innen mit an Bord. Die Crew besteht aus Nautiker_innen, Ärzt_innen, Krankenpfleger_innen, Maschinist_innen und den Deckhands, die alle zusammen für den reibungslosen Ablauf der Einsätze sorgen. Hinzu kommen die beiden Crews der schnellen Rettungsboote (RHIBs = Rigid-Hulled Inflatable Boats). Teile der Crew sind sehr erfahren auf ihren jeweiligen Einsatzgebieten. Sie lernen diejenigen an, die zum ersten Mal einen solchen Einsatz machen. Allen ist gemeinsam, dass sie einen intensiven Auswahlprozess durchlaufen haben, bevor sie in den zweiwöchigen Einsatz starten. Zusätzlich finden auf Malta vor dem Auslaufen und während der 24-stündigen Fahrt ins SAR-Gebiet intensive Trainings statt, die die Crew auf die üblichen Einsatzszenarien vorbereiten sollen. Es ist meist noch stockfinster, wenn die „Iuventa“ von Norden in das SAR-Gebiet vor der libyschen Küste einläuft. Es ist schwierig, in der Dunkelheit Fluchtboote mit dem Fernglas zu sichten. Meist sind sie erst zu sehen, wenn die „Iuventa“ sehr nah dran ist. Dann werden schnellstmöglich die beiden RHIBs zu Wasser gelassen, um die Situation an Bord des Bootes zu stabilisieren und Rettungswesten auszuteilen. Manchmal findet die „Iuventa“ selbst überfüllte Fluchtboote, oft erreichen sie zudem Notrufe der Seenotrettungsleitstelle in Rom (MRCC), die für die Koordinierung der Rettungen in der SAR-Zone zuständig ist. Diese nennt vermutlichen Positionen von Seenotfällen, auch die „Jugend Rettet“-Crew meldet jedes gesichtete Boot ans MRCC. Manchmal sind es auch andere (NGO-)Schiffe, mit denen die „Iuventa“ in Kontakt steht, die Notfälle melden. Das Einsatzkonzept der „Iuventa“ sieht vor, Menschen nur in Notfällen an Bord aufzunehmen. Dies sind vorrangig Kinder mit ihren Eltern bzw. Bezugspersonen, Verletzte und besonders schutzbedürftige Menschen. Das Schiff ist einfach zu klein, um dauerhaft eine große Anzahl an Menschen aufnehmen zu können oder sie gar nach Italien zu transportieren. Das müssen größere Schiffe von anderen NGOs, der italienischen Küstenwache, Frontex oder Handelsschiffe übernehmen. Eine Überga-



be an andere Schiffe wird vom MRCC in Rom koordiniert. Die Behörde hat die Möglichkeit, Schiffe anzuweisen ihren Kurs zu ändern und Menschen nach Italien zu bringen. In den letzten Monaten kam es allerdings mehrfach vor, dass der „Iuventa" nicht alle Geretteten abgenommen wurden — obwohl dies möglich gewesen wäre — und sie mit sehr wenigen Geretteten an Bord nach Lampedusa fahren musste. Bei einer dieser Gelegenheiten wurde eine Wanze auf der Brücke platziert. Doch dazu später mehr.

Der „Code of Conduct"

Seit Ende letzten Jahres läuft eine Verleumdungskampagne gegen die im Mittelmeer tätigen NGOs. Ihnen wird vorgeworfen, sie seien ein „Pull-Faktor". Sie würden durch ihre Tätigkeit die Menschen erst dazu bringen, auf die überfüllten Boote zu steigen. Sie würden sich mit Schleppern absprechen und sie durch „Lichtzeichen" anlocken. Dies wurde unter anderem vom Frontex-Chef Fabrice Leggeri geäußert und von Politikern wie Thomas De Maiziere aufgegriffen. Ein italienischer Staatsanwalt in Catania sprach von Beweisen gegen NGOs, die er dann aber doch nicht hatte; er musste später zurückrudern. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz verlangte auf Malta, „der NGO-Wahnsinn müsse gestoppt werden". Das Klima, um die NGOs zu diskreditieren, war geschaffen. In diesem Kontext einigten sich die EU-Innenminister im Juni 2017 auf einen sogenannten „Code of Conduct", der von allen im Mittelmeer tätigen NGOs unterschrieben werden sollte. Dieser von Italien vorgelegte Verhaltenskodex sollte Bedingung dafür sein, dass NGO-Schiffe weiter italienische Häfen anlaufen dürfen. Ein solcher Verhaltenskodex suggeriert, die NGOs hätten sich nicht an Regeln gehalten und die Seenotrettung müsse jetzt besser reguliert werden. Er lässt völlig außer Acht, dass es bereits einen Verhaltenskodex gibt, an den sich alle Schiffe halten müssen, die sich an der Seenotrettung beteiligen: das See- und Völkerrecht. Außerdem stellte der wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einem Gutachten klar, dass der „Code of Conduct" in Teilen völkerrechtswidrig ist.[1] Bis zum 1. August 2017 sollte er dennoch von allen im Mittelmeer tätigen NGOs unterschrieben werden. So wollte es zumindest Italien. Einige NGOs unterschrieben aus der — wie sich zeigen sollte berechtigten — Angst heraus, ihre humanitäre Arbeit würde beeinträchtigt. Andere weigerten sich, weil sie Teile des Verhaltenskodex nicht mit ihrer Arbeit in Einklang bringen konnten oder ihn als das bewerteten, was er war: Ein politisches Manöver der italienischen Regierung, um Handlungsfähigkeit zu beweisen. In Italien finden im ersten Halbjahr 2018 Parlamentswahlen statt und aktuell deutet sich eine starke Verschiebung nach rechts an. Die regierenden Parteien versuchen unter anderem, durch einen harten Kurs in der Flüchtlingspolitik hier Stimmen zurückzugewinnen. „Jugend Rettet" gehörte zu den Organisationen, die den „Code of Conduct" nicht unterschrieben haben. Am 2. August wurde ihr Schiff in Lampedusa von den italienischen Behörden beschlagnahmt. Die Vorwürfe: Beihilfe zur illegalen Einreise und zu organisiertem Verbrechen sowie Waffenbesitz.

Die Ermittlungen

Die „Vos Hestia" ist ein von der NGO „Save the Children" gechartertes Schiff, das ebenfalls Seenotrettung im Mittelmeer betreibt. Die Crew besteht zu großen Teilen aus Angestellten der Reederei Vroon. Diese Reederei engagierte einen privaten Sicherheitsdienst, IMI-Security aus Italien, der während der Einsätze an Bord des Schiffes



war. Einige der Angestellten haben Verbindungen zur „Identitären Bewegung" in Italien. Sie berichteten dem italienischen Auslandsgeheimdienst im Herbst letzten Jahres von „Unregelmäßigkeiten" im Zusammenhang mit Rettungseinsätzen der „Iuventa". Obwohl sie bei ihrer Vorladung widersprüchliche Aussagen machten, reichte dies den Behörden, Ermittlungen gegen „Jugend Rettet" einzuleiten. Im Zuge dieser Ermittlungen wurde die bereits erwähnte Wanze auf der Brücke der „Iuventa" platziert, sodass über zwei Monate lang alle Gespräche, die dort geführt wurden, mitgeschnitten wurden. Außerdem wurde ein verdeckter Ermittler auf der „Vos Hestia" platziert, der bei Rettungseinsätzen im Juni 2017 Fotos machte, sie aus dem Kontext riss und mit teilweise falschen Aussagen die Ermittlungen beeinflusste.

Die Ereignisse am 18. Juni 2017

Letztes Jahr noch eher selten, tauchten dieses Jahr vermehrt die sogenannten „Engine Fisher" rund um die Rettungseinsätze auf. Dabei handelt es sich um kleine Sportboote, deren Besatzungen versuchen, die Außenbordmotoren der Fluchtboote an sich zu nehmen. Ob es Schmuggler sind, Menschen, die für die Schmuggler arbeiten oder einfach nur Leute mit Geschäftssinn, kann niemand von vor Ort beurteilen. Es ist Teil der Standardprozedur der meisten NGOs, leere Fluchtboote zu versenken. Auch „Jugend Rettet" macht das so. Bei Schlauchbooten ist dies recht einfach durch Aufschlitzen der Schläuche, bei Holzbooten ist es ungleich schwerer. Diese müssen entweder abgebrannt oder es muss ein Loch in den Rumpf gehackt werden, z.B. mit einem Beil. Beides sind risikoreiche und zeitaufwändige Prozeduren, die nicht immer durchführbar sind. Wenn z.B. andere Boote auftauchen, hat die Rettung der Menschen natürlich Priorität vor dem Zerstören der leeren Boote. „Engine Fisher" sind durch dieses Vorgehen allerdings dazu übergegangen, die Motoren teilweise bereits lange vor der Rettung oder während laufender Rettungseinsätze abzubauen. Die Crews der NGO-Schiffe können dem nicht wirklich etwas entgegensetzen, da Eigensicherung an erster Stelle steht und davon ausgegangen werden muss, dass die „Engine Fisher" bewaffnet sind. Wenn die „Engine Fisher" die Chance haben, schleppen sie auch ganze Boote zurück nach Libyen. So wie am 18. Juni 2017. Die „Iuventa" wurde an diesem Tag vom MRCC zu einer Position zirka 17 Seemeilen (knapp 32 Kilometer) vor der libyschen Küste geschickt, wo sich Boote in Seenot befinden sollten. Zusammen mit der „Vos Hestia" erreichten sie die Position und fanden drei Holzboote vor. Sie begannen mit der Evakuierung eines der Holzboote auf die „Iuventa", die Menschen von den anderen Booten wurden direkt auf die „Vos Hestia" gebracht. Das große RHIB der „Iuventa" — „Iuventa Rescue"— musste nach der Evakuierung des ersten Holzbootes den Ort verlassen, um ein mögliches weiteres Schlauchboot zu versorgen. Dies war während der Bergung der Holzboote am Horizont aufgetaucht und vom Ausguck der „Iuventa" gesichtet worden. Währenddessen sollten die Gäste auf der „Iuventa" ebenfalls auf die „Vos Hestia" transportiert werden. Dies wurde von den zwei RHIBs der „Vos Hestia" erledigt. Das kleine Beiboot der „Iuventa" — „Lilly" — hatte den Auftrag, zunächst zwei leere Holzboote, die sich zwischen „Iuventa" und „Vos Hestia" befanden, aus dem Weg zu ziehen und dann zu zerstören. In der Zwischenzeit kam aber die Bestätigung durch „Iuventa Rescue", dass es sich bei der jüngsten Sichtung wirklich um ein überfülltes Fluchtboot handelte, weshalb „Lilly", nachdem die leeren Boote aus dem Weg gezogen waren und der Transport nicht weiter behindert wurde, sich auf den Weg machte, um „Iuventa Rescue" zu unterstützen, ohne zuvor die Boote zu zerstören. Die drei Holzboote wurden daraufhin von „Engine Fishern" eingesammelt und vermutlich zurück nach Libyen gebracht. Mindestens eines der Holzboote tauchte bei einer späteren Rettung wieder auf. In dieser Szene entstand ein Foto von „Lilly", wie sie ein Holzboot zieht — fotografiert vom Undercover-Agenten auf der „Vos Hestia". Unter anderem dieses Foto wurde von der Staatsanwaltschaft falsch beschriftet und der Presse zur Verfügung gestellt. Hieraus hat die Staatsanwaltschaft eine Kooperation mit Schmugglern konstruiert, die es nie gab.

Die Beschlagnahmung der „Iuventa" und die aktuelle Situation

Dies führte schließlich zur präventiven Beschlagnahmung der „Iuventa" in Lampedusa. Es gibt derzeit keine Anklage, lediglich Ermittlungen. Nach italienischem Recht muss allerdings Jugend Rettet beweisen, dass die Vermutungen der Staatsanwaltschaft unwahr sind, um das Schiff vor Prozessende wiederzubekommen. Ob, und wenn ja, wann es zu einem Prozess kommt und wie lange dieser dauern wird,

ist völlig unklar. Es gibt allerdings zwei Beispiele aus der jüngeren italienischen Geschichte, die sehr ähnlich gelagert sind. Zum einen das 2004 beschlagnahmte NGO-Schiff „Cap Anamur", deren Kapitän, der erste Offizier sowie der Leiter der NGO nach der Rettung von Geflüchteten aus Seenot der Beihilfe zur illegalen Einreise beschuldigt wurden. Die Angeklagten wurden fünf Jahre später freigesprochen. Zum anderen den Fall zweier tunesischer Fischer, deren Schiffe 2007 aus dem gleichen Grund beschlagnahmt wurden. Sie wurden zwei Jahre später freigesprochen.[2] Der Widerspruch gegen die Beschlagnahmung der „Iuventa" wurde in erster Instanz in Trapani zurückgewiesen. Der nächste Schritt ist der Anruf des Kassationsgerichtes in Rom im Oktober. Es ist allerdings nicht davon auszugehen, dass das Schiff freigegeben wird. Parallel dazu hat eine der libyschen Regierungen[3] eine eigene SAR-Zone ausgerufen, die sich bis über 100 Kilometer vor der Küste erstreckt — weit in internationale Gewässer. Sie droht allen NGOs mit Konsequenzen, sollten sie diese Zone ohne ihre Erlaubnis befahren. Es kam bereits zu ersten Zwischenfällen, bei denen die libysche Küstenwache Warnschüsse abfeuerte. Ein spanisches NGO-Schiff sollte aus internationalen Gewässern nach Tripolis entführt werden, wurde aber nach zwei Stunden wieder freigelassen. Ein Schiff einer deutschen NGO wurde während eines laufenden Rettungseinsatzes ebenfalls in internationalen Gewässern bedroht und zur Herausgabe der Geflüchteten an Bord aufgefordert. Die Crew weigerte sich erfolgreich. Allerdings drohte ein Sprecher der libyschen Küstenwache hinterher, dass sie beim nächsten Mal härter durchgreifen würden. Es handelt sich um klare Verstöße gegen das Völkerrecht, die allerdings von der EU hingenommen werden. Die EU hat die sogenannte libysche Küstenwache mit Schnellbooten ausgerüstet und trainiert. In dieser Situation haben einige der NGOs ihre Tätigkeiten im Mittelmeer unterbrochen oder ganz eingestellt.

Gleichzeitig haben italienische Geheimdienste einen zeitlich befristeten Deal mit einer libyschen Miliz — der „Brigade 48" — ausgehandelt, um Fluchtboote am Ablegen zu hindern. Es ist von mindestens fünf Millionen Euro die Rede, die dafür nach Libyen geflossen sein sollen. Tatsächlich legten deutlich weniger Boote ab als zuvor, was als Erfolg der Maßnahmen verkauft wurde. Dass die EU damit mafiöse Strukturen in einem Bürgerkriegsland finanziert, in dem Menschen unter unerträglichen Bedingungen in Lagern festgehalten werden, in denen sie Misshandlungen, Folter, Erpressung und Vergewaltigungen ausgesetzt sind[4], wird offensichtlich billigend in Kauf genommen. Allerdings scheint der Deal mittlerweile abgelaufen zu sein, denn in den letzten Wochen waren wieder tausende Menschen auf dieser Route unterwegs. In einer Situation, in der deutlich weniger NGO-Schiffe zu ihrer Rettung vor Ort sind und diejenigen, die ihre Missionen fortsetzen, aus Eigensicherung deutlich weiter von der Küste entfernt operieren müssen, steigt das Risiko der Überfahrt massiv. Die italienische Marine unterstützt die sogenannte libysche Küstenwache dabei, Fluchtboote innerhalb ihrer territorialen Gewässer zu finden, um sie nach Libyen zurückzubringen. Auch das ist völkerrechtswidrig.[5]

Fakt ist, dass derzeit noch schwerer zu ermitteln ist, wie viele Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer nach Europa sterben, als zuvor. Für die EU unangenehme Augenzeug_innen, die illegale Praktiken von libyscher und europäischer Seite dokumentieren, werden ferngehalten. Eines aber ist sicher: Je weiter weg von der Küste die Rettungen stattfinden müssen, desto größer wird die Anzahl der Toten sein. Je weniger NGO-Schiffe in der SAR-Zone operieren, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass Boote nicht gefunden werden. Dies alles hält aber Italien nicht davon ab, gegen weitere NGOs zu ermitteln. Aktuell ist ein Kapitän der „Vos Hestia" in das Visier der Ermittler geraten. Wie es weiter geht ist offen. Was aber sicher ist: Das Sterben an den europäischen Außengrenzen und im Mittelmeer wird nicht enden, solange die europäischen Staaten weiter auf Abschottung setzen, statt sichere Fluchtwege für alle zu schaffen. •

Wann ist ein Schiff in Seenot?

Es gibt im Völkerrecht keine klare Definition, wann ein Schiff in Seenot ist. Es kann in der Praxis davon ausgegangen werden, dass ein Schiff in Seenot ist, wenn „die auf ihm befindlichen Personen ohne Hilfe von außen nicht in Sicherheit gelangen können und auf See verloren gehen [...]. Irrelevant ist, ob die Notlage von den zu rettenden Personen selbst und/oder schuldhaft herbeigeführt wurde." Die EU-Agentur für Grenz- und Küstenwache Frontex hat für ihre Einsätze Richtlinien definiert, anhand derer ermittelt werden kann, wann ein Schiff in Seenot ist. Dabei sind folgende Informationen zu berücksichtigen: Ob das Schiff seetüchtig ist und wie wahrscheinlich es ist, dass das Schiff seinen Zielort nicht erreichen wird; ob die Anzahl der an Bord befindlichen Personen in einem angemessenen Verhältnis zur Art und zum Zustand des Schiffs steht; ob die notwendigen Vorräte wie Treibstoff, Wasser und Nahrungsmittel für die Weiterfahrt bis zur Küste vorhanden sind; ob eine qualifizierte Besatzung und Schiffsführung vorhanden sind; ob Personen an Bord sind, die dringend medizinische Hilfe benötigen; ob Tote an Bord sind; ob Schwangere oder Kinder an Bord sind und wie Wetterbedingungen und Seegang, einschließlich Wetter- und Seewettervorhersage, sind. Fast alle Fluchtboote erfüllen alle diese Kriterien. Demnach sind sie ausnahmslos Seenotfälle, sobald sie auf dem Wasser sind.

1 www.bundestag.de/blob/516166/90470cc9ff31524a40522ac738f79fbd/wd-2-068-17-pdf-data.pdf 2 tragwerkblog.wordpress.com/2017/09/23/an-die-kette-gelegt 3 In Libyen gibt es derzeit keine einheitliche Regierung. Verschiedene Teile des Landes werden von verschiedenen Gruppierungen kontrolliert. Eine von der UN anerkannte Einheitsregierung kontrolliert lediglich einen kleinen Teil des Landes. Ihr gegenüber stehen zwei andere Regierungen und verschiedene Milizen. Siehe auch: https://en.wikipedia.org/wiki/Libyan_Civil_War_(2014%E2%80%93present) 4 www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/libyen-eu-nimmt-bei-kooperation-mit-libyscher-kuestenwache-schwere 5 Siehe z.B.: http://berlin-hilft.com/2017/08/03/seenotrettung-italien-und-die-ngos-gutachten-bestaerkt-die-rechtliche-basis/#Ruumlckfuumlhrung_nach_Libyen

GESCHICHTE

Zwischen 1933 und 1945 fielen mehr als eine halbe Million Menschen, die als sogenannte „Zigeuner" verfolgt wurden, dem nationalsozialistischen Rassewahn zum Opfer. Vor allem im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau wurden viele Rom_nja[1] und Sint_ezza, die nach dem „Auschwitz-Erlass" vom 16. Dezember 1942 in dieses Lager deportiert wurden, systematisch vernichtet. Bei der vorangegangenen Segregation spielte das „Zigeunerlager Lety" im „Protektorat Böhmen und Mähren" eine wichtige Rolle.

Das „Zigeunerlager Lety" im „Protektorat Böhmen und Mähren"

Nach dem „Münchner Abkommen" und der Abspaltung der Slowakei marschierte am 15. März 1939 die Wehrmacht in die von den Nazis sogenannte „Rest-Tschechei" ein. Dort wurde das „Protektorat Böhmen und Mähren" als formal selbst verwaltetes Gebiet, de facto aber unter Naziherrschaft stehend, errichtet. Am 1. August 1942 wurde das „Zigeunerlager" in Lety eröffnet. Es unterstand der Landesbehörde Prag und ging aus dem „Anhaltelager Lety" (März 1942 bis Juli 1942) bzw. dem „Arbeitslager Lety" (15. Juli 1940 bis März 1942) hervor. Die Etablierung eines „Zigeunerlagers" aus einem Arbeitslager für vermeintlich „Arbeitsscheue" reihte sich dabei in den Diskurs von „Zigeunern" als „asozial", faul und arbeitsscheu ein. Bereits seit der Entstehung der ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 gab es Forderungen nach der Errichtung von Arbeitslagern für „Zigeuner", die synonym als „Arbeitsscheue" bezeichnet wurden.[2] Das NS-Regime verfolgte mit Lety das Ziel, „[...] die Zigeuner und Zigeunermischlinge a) aus der Gemeinschaft auszuschalten, b) zur Arbeit, Ordnung und Disziplin zu erziehen."

Administrativ waren zwei bzw. drei Erlasse maßgeblich: Zum einen der „Grundlegende Erlaß über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei" vom 14. Dezember 1937, der am 9. März 1942 auf das Protektorat übertragen wurde. Demnach konnten Menschen in unbefristete Vorbeugehaft genommen werden, wenn sie durch „asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährden" würden. Die im „Protektorat" speziell dafür geschaffenen Haftstätten waren die „Zigeunerlager" in Lety und Hodonín bei Kunstadt, sowie die Zwangsarbeitsstätten Prag-Ruzyně, Pardubice und Brünn. Der „Grundlegende Erlaß über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung" richtete sich, wenn auch nicht explizit, vor allem gegen „Zigeuner", da die Grenze zwischen als „asozial" definierten Personen und als „Zigeuner" verfolgten Menschen fließend war. Oftmals werden beide Termini nebeneinander oder synonym verwendet. Auch wurde schon vor der Machtübertragung davon ausgegangen, dass nicht mehr erklärt werden müsse, wer „Zigeuner" sei, denn das sei allgemein bekannt und bedürfe keiner genaueren Erläuterung.[3] Der genannte Erlass übertrug der Kriminalpolizei Befugnisse, die bisher nur die Gestapo hatte.

Mit der Verordnung zur „Bekämpfung der Zigeunerplage" vom 10. Juli 1942, die identisch war mit dem gleichnamigen Erlass aus dem Reich vom 8. Dezember 1938, veränderte sich die „Zigeunerpolitik" von einem „Teilbereich einer rassehygienisch motivierten Bekämpfung der ‚Asozialen' insgesamt" hin zu einer „Verfolgung sui generis".[4] Um diese Verfolgung zu verwirklichen, wurde ein „Tag der Erfassung der Zigeuner" ausgerufen. Diese Erfassung war angelehnt an den „Festsetzungserlass" genannten Schnellbrief Himmlers vom 17. Oktober 1939, der im Rahmen der „völkischen Flurbereinigung" verfügte, dass „Zigeuner- und Zigeunermischlinge" ihren Wohn- bzw. Aufenthaltsort, unter Androhung von KZ-Haft auf Grundlage der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung", nicht verlassen durften. Im Protektorat wurden letztlich 5.830 Personen als „Zigeuner" und „Zigeunermischlinge" und 4.842 Personen als „nach Zigeunerart Umherziehende" erfasst und zu Teilen in die „Zigeunerlager" Lety und Hodonín deportiert.

Am 2. August 1942 kamen die ersten 66 neuen Häftlinge im „Zigeunerlager Lety" an. Bereits in den darauf folgenden Tagen wurde die eigentliche Lagerkapazität von 300 Menschen nicht nur voll ausgeschöpft, sondern das Lager war vollkommen überfüllt. Schlussendlich waren von August 1942 bis Mai 1943 mehr als 1300 Personen in Lety interniert. Über die Hälfte der Gefangenen waren Kinder. Durch die extreme Überfüllung und einen eklatanten Wassermangel, aber auch durch unzureichende Nahrung und katastrophale hygienische Bedingungen, brach schnell eine Typhusepidemie aus, der viele Häftlinge

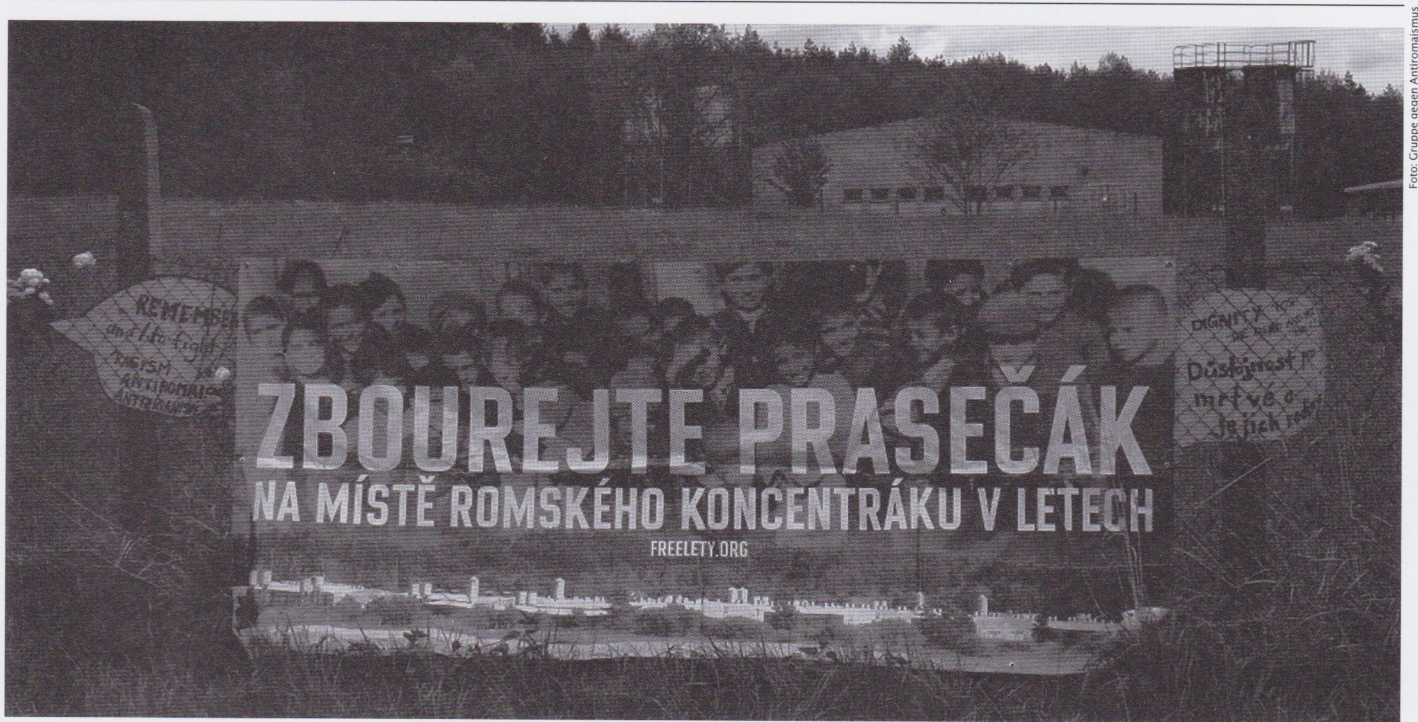


Foto: Gruppe gegen Antiromaismus

(und auch zwei Gendarmen) zum Opfer fielen. Die Häftlinge wurden zu schwerer Arbeit beim Straßenbau, im Steinbruch oder in der Landwirtschaft verpflichtet. Die Bewachung des Lagers wurde durch einen Zaun und Wachen mit Hunden sichergestellt. Die Wachmannschaften wurden durch ca. 30 tschechische Gendarmen gestellt, die alle um die Jahrhundertwende geboren wurden. Sie dienten, wie der erste Lagerkommandant Janovský, erst in der Gendarmerie und dann im Militär, traten 1940 in den „politischen Dienst" ein und waren zu einem Großteil bereits im „Arbeitsstraf- bzw. Anhaltelager Lety" eingesetzt. Sowohl Janovský als auch die Wachmannschaften werden von Überlebenden als außerordentlich brutal und sadistisch beschrieben.

Nach dem Ausbruch der Typhusepidemie wurde Janovský nach dreijähriger Dienstzeit vom Lagerkommandanten des „Zigeunerlagers Hodonín", Štefan Blahynka, abgelöst, und zur Landesbehörde Prag zurückbeordert. Die maßgebliche Aufgabe von Štefan Blahynka bestand darin, die zweite Deportation von „Lety" nach Auschwitz vorzubereiten, die schließlich am 4. und 5. Mai 1943 erfolgte. Während der erste Transport im Dezember 1942 vermutlich nach Auschwitz I (Stammlager) ging, endete der zweite Transport im „Zigeunerfamilienlager Auschwitz" in Birkenau. In Auschwitz starben über 85 Prozent der dorthin deportierten Rom_nja an den unsäglichen Bedingungen im Lager oder durch direkten Mord. Forschungen gehen von insgesamt etwa 4.500 Rom_nja aus, die aus dem Protektorat kamen. Die letzten 200 Häftlinge aus dem „Zigeunerlager Lety" wurden, bis auf 15 Personen, die zu Aufräumarbeiten gebraucht wurden, entlassen, da sie sogenannte „Weiße Zigeuner" waren. Einige wenige wurden in die Zwangsarbeitsanstalten nach Rusin und Pardubitz gebracht.

Von den über 1.300 Häftlingen des „Zigeunerlagers" in Lety wurden 540 Personen nach Auschwitz deportiert. Im Lager selbst starben 326 Menschen an den Folgen von Unterernährung, Misshandlungen und an den schlechten hygienischen Bedingungen und dadurch ausgelösten Krankheiten. Die übrigen Menschen wurden entlassen oder es gelang ihnen die Flucht.

In der Nachkriegszeit hatte das Gedenken an Roma-Opfer in der kollektiven Erinnerung keinen Raum. Theresienstadt als Vorzugslager und Altersghetto hat einen festen Platz im wissenschaftlichen Diskurs und der öffentlichen Erinnerung. In Lety kämpfen Roma-Aktivist_innen und Freund_innen seit Mitte der 1990er Jahre gegen eine Schweinemastanlage, die seit den 1970er Jahren auf Teilen des ehemaligen Lagergeländes steht. Verschiedene Versuche, die Schweinefarm aufzukaufen scheiterten an (altbekannten) Ressentiments. Im August diesen Jahres gab es eine Entscheidung unter den Aktionären der Inhaberfirma mit 89 zu 11 Prozent für einen Verkauf und den Entschluss der tschechischen Regierung, den Kaufvertrag zu unterschreiben. Auf eine Unterschrift unter den bereits formulierten Kaufvertrag wird zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Artikels noch gewartet. Der Plan ist, die Schweinefarm bis März 2018 aufzulösen und dann abzureißen. Dies kann jedoch nur der erste Schritt sein auf dem Weg für ein würdiges Gedenken an Rom_nja und Sint_ezza als Opfer des Nationalsozialismus. •

1 Durchsetzung der Eigenbezeichnung v.a. im deutschsprachigen Raum „Sinti und Roma", im europäischen Raum „Roma". Umfasst eine Vielzahl an Teilgruppen der Minderheit und löst den pejorativen Begriff des „Zigeuners" ab. Der Begriff „Zigeuner" wird in diesem Artikel in Quellensprache und distanzierenden Anführungszeichen genutzt. **2** Baloun, Pavel; Strobach, Vít: „Wer nicht arbeitete..." KZ-Leugnung des tschechischen Finanzministers als Spitze des Eisbergs, in: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen, Nr. 64, Herbst 2016. **3** Die Forschung zur Verfolgung von sog. „Asozialen" und „Kriminellen" im NS sucht nicht die Trennlinie zwischen als „Zigeunern" verfolgten und anderen sozialen Außenseitern zu durchbrechen, sondern argumentiert in den Studien getrennt voneinander. Die Nazis hingegen zogen keine Trennlinie zwischen „Asozialen" und „Zigeunern". **4** Zimmermann, Michael: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der „Zigeunerfrage". Hamburg 1996, S. 220.

DISKUSSION

Am 1. Mai 2017 verhinderten Gegendemonstrant*innen die Durchführung des „Nationalen Arbeiterkampftages" in Halle. Um Neonaziaufmärsche zu verhindern und eigene Positionen an potentielle Mehrheiten zu vermitteln, ist die Antifa auf Bündnisse angewiesen.

Neonaziaufmärsche werden nicht nur auf der Straße verhindert

Kurze Reflexion ostdeutscher Antifa-Politik anlässlich des 1. Mai 2018

PRISMA — INTERVENTIONISTISCHE LINKE LEIPZIG, ANTIFA AG

Der Erfolg, den die Antifa-Bewegung in Halle erzielen konnte, war weder dem Zufall, noch besonderer Entschlossenheit oder guter Taktik der radikalen Linken geschuldet. Seit Dresden ist der Antifa kaum eine relevante Massenmobilisierung gelungen. Zudem hat sich die Polizei bundesweit besser auf gängige Blockadekonzepte eingestellt. Somit ist die politische Konstellation im Vorfeld ausschlaggebend für die Verhinderung eines Neonaziaufmarsches.

Entscheidend war in Halle die geringe Anzahl eingesetzter PolizistInnen. Dies führen wir auf die Breite des Bündnis „Halle gegen Rechts" zurück.[1] Wenn ein relevanter Teil der Stadtgesellschaft die Blockaden zumindest ideell unterstützt, kann es für die Polizeiführung politisch schlicht zu teuer sein, einen überzogenen Einsatz wie sechs Wochen zuvor in Leipzig zu fahren. Zwar traf die Bündnisarbeit auf günstige Voraussetzungen wie eine versammlungsfreundliche Ordnungsbehörde, eine schwache CDU und demokratisches Bewusstsein in der Polizeiführung, entscheidend ist aber eine antifaschistische Politik, die sich diese zu Nutzen macht. Abseits der studentisch geprägten Blockaden war die Beteiligung noch breiter, entscheidend war der solidarische Bezug der Aktionsformen aufeinander.[2] Dass die Blockaden beim Frühstück der Kirchengemeinden mit Applaus honoriert wurden, ist Ausdruck der Vermittlung einer linken Grundannahme: Neonazis werden nicht durch Polizei und Gerichte, sondern auf der Straße gestoppt.

Radikalität und radikalisieren

Trotzdem wird Halle von Teilen der Antifa-Bewegung nicht als Erfolg gewertet[3], hingegen aber die Demo in Plauen ein Jahr zuvor. Dort sei es gelungen, radikale Kritik auf die Straße zu tragen.[4] Für uns ist das nicht der entscheidende Punkt.

Zuerst: In Plauen sind die Neonazis marschiert und haben nach Saalfeld 2015 zum zweiten Mal ohne große Konsequenzen die Polizei angegriffen. In Halle konnten sie den Bahnhof nicht verlassen.

Zweitens: Erfolgreiche Antifa-Politik betreibt Movement-Building im besten Sinne — auch ohne Black-Block-Identitätsangebote. Als Folge des 1. Mai gingen, statt der üblichen 200, knapp 1000 Menschen gegen das Haus der IB in Halle auf die Straße. Darunter viele, die sonst nie auf Demonstrationen gehen.

Drittens: (Nicht nur) Antifa-Politik ist langfristig sinnvoll, wenn sie Menschen ermutigt für ihre Belange aktiv zu werden, Angst vor Autoritäten zu verlieren, gesellschaftliche Prozesse zu verstehen und darin linke Positionen einzunehmen. Wir aktivieren Menschen nicht für antifaschistische und linke Politik durch die Formulierung radikalstmöglicher Kritik, sondern über praktische Erfahrungen von Selbstorganisierung, Wirkmächtigkeit und Widerstand. Dies kann sich unterschiedlich ausdrücken: In der erstmaligen Teilnahme an einer Blockadeaktion, wenn Anwohner*innen Wasserflaschen an Demonstrant*innen verteilen oder durch die Unterzeichnung des Blockadeaufrufs durch den Elternbeirat. Für das Beispiel Plauen heißt das: Ein nicht irrelevanter Teil der dortigen Bevölkerung möchte nicht, dass Neonazis durch ihre Stadt marschieren und hält die Verhinderung rechter Aufmärsche für legitim, auch wenn es sich am Rande der Legalität bewegt. Dies sind Einstellungen, an die die radikale Linke anknüpfen muss.

Ein militant-entschlossener Habitus wie auf der Plauen-Demonstration ist für die Vermittlung linker Positionen jedenfalls nicht hilfreich: Wie ein UFO landeten mehrere hundert Antifas aus den Großstädten in der Provinz, verweigerten durch Sprache und Pose jeglichen Kontakt zur Bevöl-



kerung und konnten dem Aufmarsch nichts entgegensetzen. Die FAU Dresden kritisierte solches Verhalten schon zutreffend in ihrer Auswertung der Demonstration ein Jahr nach den rassistischen Ausschreitungen in Heidenau.[5] Diese Banalität von strategischer Bestimmung der eigenen Aktionen hat sich leider nicht durchgesetzt: 300 Antifas im Black-Block-Stil demonstrierten ohne lokale Verankerung und Vorarbeit gegen den rassistischen Normalzustand in Wurzen. Wegen der offensiven Rhetorik und der Wahl des Anmelders aus dem Umfeld der Roten Flora in Hamburg kam es zur erwartbaren Hetze und einem enormen Polizeieinsatz gegen die Demonstration — die Kräfteverhältnisse für eine solche offensive Intervention sind in Wurzen einfach nicht gegeben.

Kann die Antifa-Bewegung von Halle lernen?

Dass in der ostdeutschen Antifa-Bewegung Bündnisarbeit nach Ende der DDR keine große Rolle spielte, führen wir auf mehrere Gründe zurück: Antifaschistischer Selbstschutz war zwangsweise an der Tagesordnung. Ab der Jahrtausendwende herrschte die Erzählung vor, gegen den „rechten Konsens" in vielen Teilen der ostdeutschen Gesellschaft könne man nur als radikale Minderheit Politik machen. Eine Zivilgesellschaft, ähnlich der westdeutschen, an die linksradikale Politik anknüpfen könnte, war kaum sichtbar.

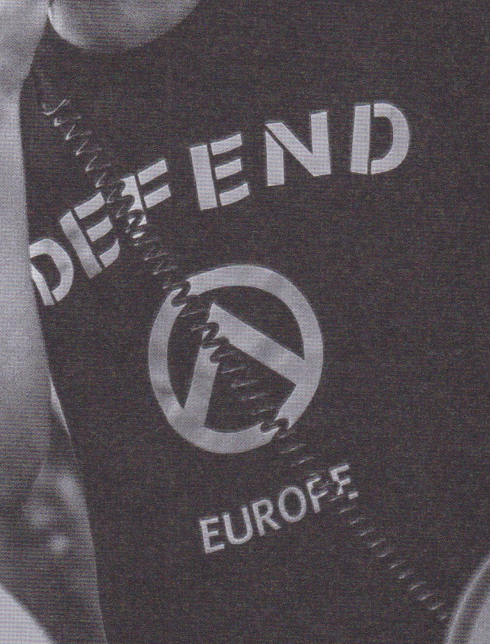
Doch gerade die Aktualität und Vehemenz des Neonaziproblems in Ostdeutschland bieten Möglichkeiten für eine anschlussfähige Antifa. Wegen der Betroffenheit und Polarisierung der Gesellschaft erkennen über die subkulturelle Szene hinaus Menschen die Notwendigkeit an, gegen Neonazis und stellenweise auch gegen Rassismus aktiv zu werden. Die großen Mobilisierungen gegen PEGIDA in Dresden[6] und LEGIDA in Leipzig sprechen eine deutliche Sprache. Insofern kann Halle Vorbild sein für Leipzig: Denn dort, wie auch in vielen kleineren Städten, herrscht eine viel pragmatischere Antifa-Politik vor.[7] Wenn subkulturelle Rückzugsräume und andere linke Gruppen als Bündnispartner*innen fehlen, tritt die Notwendigkeit von Zusammenarbeit mit Nicht-Linken deutlicher hervor. Die radikale Linke muss wieder verstärkt den Kontakt zu bürgerlichen Antifaschist*innen aufnehmen. Die Notwendigkeit liegt auf dem Tisch: Überall in Ostdeutschland sind alte Neonazistrukturen wieder aktiv geworden und verbinden sich mit den neuen rechten Bewegungen rund um PEGIDA, Nein-zum-Heim und der AfD. Zugleich gibt es kaum noch militanten Antifaschismus in der Form der 1990er Jahre. Die Notwendigkeit, Bündnisse zu schmieden, ergibt sich also auch aus der Schwäche der antifaschistischen Bewegung. Und doch ist die Bündnisarbeit nicht nur instrumentell. In der verlässlichen politischen Auseinandersetzung mit anderen Teilen der Zivilgesellschaft verankern wir uns und eine Politik der Solidarität, die uns auch in anderen Auseinandersetzungen helfen kann und können zugleich von anderen lernen, z.B. hinsichtlich der lokalen politischen Prozesse oder der alltäglichen Solidaritätsarbeit mit Geflüchteten.

Ein Ausblick

Am 1. Mai 2018 wollen Teile der Neonazistrukturen, die nach Halle, Plauen und Saalfeld mobilisiert haben, in Leipzig wie zu Beginn der 2000er Jahre im Stile Christian Worchs zum Völkerschlachtdenkmal laufen. Entscheidend für den Verlauf des Aufmarschs wird die Auseinandersetzung in Ordnungsbehörden, Zivilgesellschaft und Politik im Vorfeld sein. Seit G20 sind die Linke und ihre Aktionsformen in der Defensive: Wir müssen die Auseinandersetzung um die Legitimität von zivilem Ungehorsam offensiv und breit führen — ansonsten wird auch eine gut aufgestellte antifaschistische Bewegung in Leipzig an abertausenden PolizistInnen scheitern. •

Zum Weiterlesen: Hendrik Sander, Jonas Baliani: Mehr werden. In: arranca 49 oder auf arranca.org

1 Neben dem Aufruf des Stadtrates, den trotz Orientierung auf „läuft nicht" auch die CDU unterschrieb, verdeutlicht auch die Vielzahl und Breite der Unterzeichner*innen des Bündnisaufrufes die Breite des Protests. 2 In Magdeburg etwa gelang dies nicht. Während die einen auf der Meile der Demokratie der Bratwurst frönten, wurden Antifas genau dort von der Polizei gejagt. 3 „1. Mai: Nazis scheitern in Halle" auf sechel.it 4 „PM: 1200 Teilnehmer*innen bei Antifa-Demo - Naziaufmarsch verhindert" auf plauen0105.blogsport.eu 5 FAU Dresden: „Kritische Nachbetrachtung der Demo zur Erinnerung an rechte Ausschreitungen in Heidenau" auf dresden.fau.org 6 Der Verweis auf Dresden mag überraschen, die Mobilisierungen gegen Pegida waren in der Anfangszeit jedoch sehr breit und riesengroß. Wesentlich organisiert von Überbleibseln aus den Hochzeiten von Dresden Nazifrei gingen mehrfach über 10.000 Leute gegen Pegida auf die Straße, dazu bildeten sich noch weitere Strukturen wie Dresden für Alle und Herz statt Hetze, die auch zum Pegida-Jahrestag nochmal so viele Leute auf die Straße brachten 7 Nils Schuhmacher: „Dass es nicht nur in deiner Stadt, sondern woanders auch so ist", S. 95. In: Christin Jänicke / Benjamin Paul-Siewert (Hg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland


DEFEND
EUROPE


DISKUSSION

Obwohl die mediale Darstellung der „Identitären Bewegung“ die realen Verhältnisse der extrem rechten Organisation bei weitem übersteigt, führt gerade diese Fremd- und Selbstinszenierung der AkteurInnen zu einer nicht zu unterschätzenden Außenwirkung. Durch medienwirksame Aktionen, die gekonnte Präsentation in den sozialen Medien und die gute Vernetzung mit anderen rechten AkteurInnen, kann die IB ihre Inhalte verbreiten ohne dabei viel Personal zu brauchen. In der demnächst erscheinenden bayerischen Broschüre „Braune Soß“ werden vier Thesen vorgestellt, die als Grundlage für die Erarbeitung von Gegenstrategien genutzt werden können.

Dem Papiertiger die Krallen stutzen

Vier fragmentarische Überlegungen zum Umgang mit der „Identitären Bewegung“ am Beispiel Bayerns

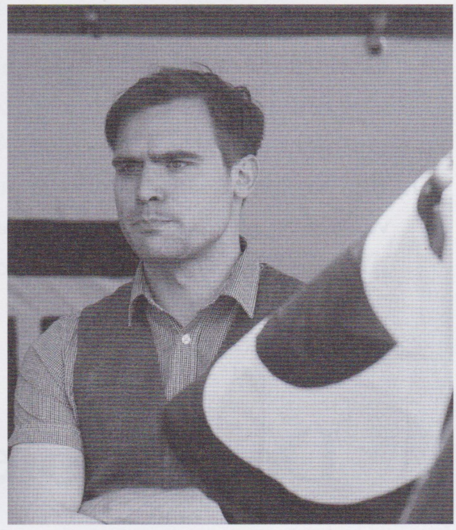
■ Seitdem die selbsternannte „Identitäre Bewegung“ (IB) Ende 2012 zum ersten Mal in Deutschland in Erscheinung trat, überschlugen sich die Medien. Zwischenzeitlich dürften mehr JournalistInnen Beiträge über die IB produziert haben, als diese über aktive AnhängerInnen verfügt. Wenngleich die Berichterstattung über neu entstehende extrem rechte Akteure zweifelsfrei wichtig ist, haben sich viele Medien durch die Art der Berichterstattung ungewollt vor den Karren der Organisation spannen lassen. Allzu oft wurde das von der IB selbst entworfene Bild reproduziert: Die sind jung, hip, gebildet, machen provokative Aktionen und sind keine Neonazis. Kurz: Das ist das neue große rechte Ding. Das konnte funktionieren, weil aus Bequemlichkeit der Inhalt vernachlässigt und die Form überbewertet wurde. Statt die tatsächlichen Strukturen zu recherchieren oder die ideologischen Bezugspunkte zu analysieren, ließ man sich häufig davon beeindrucken, dass Rechte einigermaßen mit Facebook, Instagram oder Snapchat umgehen können.

Wenngleich in antifaschistischen Publikationen und Teilen der etablierten Medien auch viele gute und deutlich unaufgeregtere Analysen erschienen sind, wirkt sich das entstandene Zerrbild auf die politische Auseinandersetzung mit der IB aus. Als Diskussionsangebot für einen Umgang mit der IB werden deshalb im Folgenden vier fragmentarische Überlegungen formuliert.

Ein Geist geht um

1. Die IB wird häufig überschätzt, sollte jedoch auch nicht unterschätzt werden. Wenngleich die IB einige Merkmale sozialer Bewegungen aufweist, steht schon die Namenswahl für eine wichtige Tendenz der Organisation: Die maßlose Übertreibung des eigenen Potentials. In den Jahren 2012 und 2013 schossen bei Facebook vermeintliche Gliederungen der IB in Bayern wie Pilze aus dem Boden, die meisten davon entwickelten jedoch keine Aktivitäten jenseits des sozialen Netzwerks. Mit der Formalisierung der IB durch die Gründung der „Identitären Bewegung Deutschland e.V.“ Mitte 2014 begann eine Flurbereinigung und die Geisterstrukturen verschwanden allmählich, doch auch heute sind viele Ortsgruppen kaum wahrnehmbar. Die Ausnahme war hier die IB in Südbayern rund um den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Sebastian Zeilinger aus dem Landkreis Traunstein. Sie baute tatsächlich Strukturen auf und realisierte ein gewisses Level an Aktivitäten. In München nahmen zwar teils mehrere Dutzend Interessierte an Treffen teil, darüber hinaus war die Ortsgruppe nach einem kurzen Intermezzo bei PEGIDA lokal jedoch nur wenig präsent. In einigen Regionen Frankens tauchte regelmäßig Propagandamaterial in der Öffentlichkeit auf, von dynamischen Strukturen war jedoch weit und breit nichts zu sehen. Auch in Ostbayern verfügte die IB über drei Ortsgruppen, von denen bisher ebenfalls nur Propagandaaktivitäten auf niedrigem Niveau offenkundig wurden. Wenngleich eine umfangreiche Bestandsaufnahme der Strukturen noch aussteht, fiel die IB hinsichtlich der Quantität ihrer Aktivitäten und ProtagonistInnen hinter andere extrem rechte Akteure zurück. Selbst die wenig dynamischen Republikaner als Zombie des extrem rechten Politbetriebs in Bayern dürften in der Summe besser aufgestellt und die Neonazis von „Der III. Weg“ sicher mehr öffentlich in Erscheinung getreten sein. Reduziert man die IB jedoch auf diese Faktoren, besteht die Gefahr, sie zu unterschätzen. In einer medienvermittelten Gesellschaft zählt nicht nur, was ist, sondern, welcher Eindruck erfolgreich nach außen transportiert wird. Durch einige wenige spektakuläre Aktionen wie die Besetzung des Brandenburgers Tors und etwas mehr als ein Dutzend professionellere Videos schaffte es die IB, sich als relevanter Akteur zu inszenieren, wozu sie durch die erfolgreiche Inszenierung dann auch





Niels Altmieks, links mit Fahne der HDJ bei einem HDJ-Lager und rechts auf einer IB-Veranstaltung.

Foto: Screenshot HDJ Website

tatsächlich wurde. Sie traf auf Resonanz und wurde Teil einer rechten Bewegung in Deutschland, die Themen zum Thema machen und verstärken konnte. Hierfür braucht es nicht in jedem Landkreis in Bayern Strukturen, vielmehr reicht ein überschaubarer Pool an AktivistInnen, die im Stile einer Werbeagentur dafür sorgen, dass das Produkt IB im Gespräch bleibt und weiterhin zur Verstärkung rechter Diskurse beitragen kann.

Die IB im Netzwerk der extremen Rechten

2. Die extreme Rechte muss als Netzwerk wahrgenommen werden. Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten war in den letzten Jahren stark auf Neonazis konzentriert. Ein Grund dafür war, dass deren Aktivitäten verhältnismäßig leicht zu problematisieren waren und breite gesellschaftliche Bündnisse dagegen geschmiedet werden konnten. Das war nicht falsch, allerdings sind andere Strömungen der extremen Rechten dabei teilweise aus dem Blickfeld geraten. Beschäftigt man sich mit den Strukturen der IB, führt kein Weg daran vorbei, Akteure wie Burschenschaften, rechte Seilschaften bei der Bundeswehr, die AfD und die sogenannte Neue Rechte zusammen zu denken. Auch das Wissen über Neonazis muss einfließen, da sich bei der IB genug davon finden.

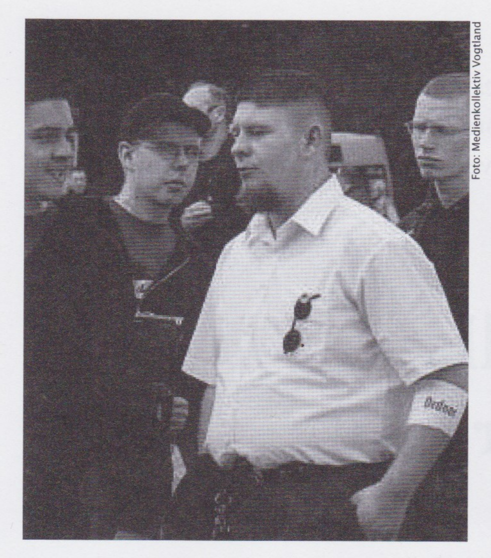
Dieser Netzwerkcharakter soll exemplarisch an den Strukturen der IB in Ostbayern skizziert werden. Zunächst ein Blick auf das Umfeld der IB Regensburg: Dort kamen Felix Springer, ein Berufssoldat, der sich publizistisch im Lager der Neue Rechten bewegte, Vadim Derksen, der der Doppelspitze des Kreisverbandes der AfD in Regensburg angehört und zwischenzeitlich im Vorstand der dortigen „Jungen Alternative“ saß sowie Benedikt A., der bei den neonazistischen Autonomen Nationalisten im Landkreis Cham aktiv war, zusammen. An einer Informationsveranstaltung der IB im Oktober 2015 auf dem Haus der Burschenschaft Ostmark-Breslau zu Regensburg soll außerdem zumindest eine Person teilgenommen haben, die zu diesem Zeitpunkt Angehöriger besagter Burschenschaft war.

Auch in Niederbayern existieren ähnliche Konstellationen. So fand die Gründungsveranstaltung der IB Ortgruppen Deggendorf und Passau im November 2016 auf dem Haus der Burschenschaft Markomannia Wien zu Deggendorf statt. Die AfD vor Ort zeigt ebenfalls keine Berührungsängste: Im Januar 2016 nahm die AfD-Bundestagskandidatin Kathrin Ebener-Steiner aus Metten bei Deggendorf an einer Demonstration der IB in Freilassing teil. Mit ihr unterwegs war Fabio Sicker, stellvertretender Vorsitzender des AfD-Kreisverbandes Deggendorf und im Vorstand der Jungen Alternative Ostbayern. Während die Teilnahme von Ebener-Steiner als Politikerin aus der ersten Reihe der AfD in Bayern vor dem Hintergrund von Abgrenzungsbemühungen zur IB verwundert, ist es bei Sicker keine Überraschung: Er posierte bereits in der Vergangenheit mit dem Logo der IB bei Facebook. Auch wenn die IB das gerne anders darstellt, handelt es sich bei ehemaligen Neonazis in ihren Reihen nicht um Ausnahmen. Der langjährige Aktivist des Freien Netz Süd, Lorenz M., hatte sogar einen Auftritt im Imagefilm der Organisation und durfte dort erklären, die IB sei „die Jugend ohne Migrationshintergrund, die leben will und ihr Land noch nicht aufgegeben hat“.

Entsprechende Beispiele ließen sich lange fortführen, letztlich muss die konkrete Zusammensetzung der Strukturen jeweils auf lokaler Ebene analysiert werden. Der Ausschnitt macht jedoch deutlich, dass die Fixierung auf die IB als einzelne Organisation wenig sinnvoll ist. Wird nicht wenigstens der Versuch unternommen, die extreme Rechte als Netzwerk mit vielen inhaltlichen und personellen Überschneidungen zu verstehen, ist die Auseinandersetzung zum Scheitern verurteilt. Ein Argument gegen die Setzung von Arbeits- und Themenschwerpunkten ist das nicht, vielmehr eines für den intensiven Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren.

Karriere-Aussichten für die IB?

3. Die IB hat Personalprobleme, Entwicklungen in der AfD könnten diese jedoch lösen. Der Publizist und Aktivist der Neuen Rechten, Götz Kubitschek, konstatierte Anfang 2013 auf Sezession.de, die IB bringe zu wenige Führungspersönlichkeiten hervor. Aus Angst vor negativen Folgen für das berufliche Fortkommen würden zu viele AktivistInnen kneifen, sich für die IB zu exponieren. Mit viel Pathos schloss er seine Ausführungen: „Jedenfalls müssen Leute her, die keine Angst vor sieben dürren Jahren haben, sondern bereit sind, Konsequenzen für ein ganzes Leben zu ziehen — und zwar nicht, weil sie außer ihrer Gesinnungstreue nichts anzubieten haben, sondern OBWOHL sie auch eine ganz normale Karriere machen könnten“. Zwar sind seit 2013 einige Köpfe zur IB gestoßen, die Analyse trifft jedoch immer noch weitgehend zu. Ohne Bewegungsunternehmer wie Martin Sellner aus Österreich und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Sebastian Zeilinger wäre die





links: Tony Gerber (weißes Hemd) als Ordner auf einem von NPD und den „Nationalen Sozialisten Zwickau" organisierten Aufmarsch am 1. Mai 2010 in Zwickau. **rechts:** Tony Gerber im Juni 2017, inzwischen Chef der Identitären Sachsen.

IB in Bayern noch immer weitgehend gesichts- und führungslos. Der Vorsitzende der Identitären Bewegung Deutschland e.V., Nils Altmieks, aktiv in der IB-Regionalgruppe Franken, trat zwar überregional öffentlich in Erscheinung, entwickelte jedoch in Franken kaum wahrnehmbare Aktivitäten. Im Frühjahr 2017 wurde bekannt, dass Altmieks in der 2009 verbotenen neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend" (HDJ) aktiv war. Die Hemmschwelle, für die Organisation in die Öffentlichkeit zu treten, dürfte zuletzt noch gestiegen sein, wurde sie doch seit 2016 in Bayern wie im Bund durch den Verfassungsschutz beobachtet.

Wenn sich innerhalb der AfD jener Flügel durchsetzen sollte, der für eine offene Kooperation mit der IB wirbt bzw. entsprechende Aktivitäten zumindest bei AnhängerInnen der Partei aus der zweiten und dritten Reihe geduldet werden, könnte sich das belebend auf die IB auswirken. Schon jetzt gibt es bei der AfD durch die vielen Sitze in Landesparlamenten mehr Jobs in Abgeordnetenbüros, als diese vernünftig besetzen kann. Mit der AfD-Fraktion im Bundestag wird sich diese Situation nochmal verstärken. Wenn IB-AktivistInnen mit Jura- oder Politikwissenschaftsstudium zukünftig damit rechnen können, als parlamentarische oder wissenschaftliche MitarbeiterInnen bei der AfD oder einer parteinahen Stiftung unterzukommen, könnte sich das Führungskräfteproblem der IB möglicherweise lösen. Die Kontakte sind, wie oben skizziert, längst gegeben; in manchen Regionen gibt es bereits jetzt eine Art arbeitsteiliges Vorgehen beider Organisationen. Der IB werden dabei jene Aufgaben überlassen, die parlamentarischen Akteuren nicht gut anstehen, etwa die Besetzung von Zentralen demokratischer Parteien oder des Brandenburger Tors.

Die Erkenntnis, dass Wahlerfolge der AfD auch auf dieser Ebene Probleme mit sich bringen können, nutzt zunächst wenig. Angesichts der weitreichenden negativen Auswirkungen einer Etablierung dieser Partei handelt es sich zudem eher um einen Nebeneffekt. Gleichwohl sollten die MitarbeiterInnen in den Parteizentralen und Abgeordnetenbüros zukünftig stärker in den Blick genommen werden. Die Gefahr, dass IB-AktivistInnen mit den Möglichkeiten des Parlaments im Rücken während ihrer Arbeitszeit beispielsweise rassistische Kampagnen pushen oder Anti-Antifa-Arbeit machen, ist real und ernst zu nehmen.

Gegenstrategien müssen entwickelt werden

4. Manches Rüstzeug für die Auseinandersetzung mit der IB gibt es schon, anderes muss noch entwickelt werden. Die IB stellt sich selbst als Jugendbewegung der Neuen Rechten dar. Wenngleich sie, wie am Beispiel Ostbayern ausgeführt, ein Sammelbecken für verschiedene Strömungen der extremen Rechten ist und damit ideologisch heterogen, spielen neurechte Inhalte und Strategien tatsächlich eine wichtige Rolle. Bei der Analyse ihrer Positionen und Aktivitäten kann deshalb auf bestehendes Know-How zurückgegriffen werden. Autoren wie beispielsweise Volkmar Wölk, Volker Weiß oder das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) veröffentlichen seit Jahren Analysen zur Neuen Rechten und ihren ideologischen Vorbildern, der „Konservativen Revolution", und liefern eine gute Grundlage für eine inhaltliche Auseinandersetzung. Auch die Lektüre von Primärliteratur dieses politischen Spektrums kann nützlich sein. Texte wie „Provokation" von Götz Kubitschek lesen sich wie eine Handlungsanleitung der IB und können zum besseren Verständnis ihrer Aktionsformen und Kommunikationsstrategien beitragen. Betrachtet man den antiliberalen, antidemokratischen, elitären, jugendfixierten und aktivistischen Charakter der IB, wäre zudem zu diskutieren, ob eine Revitalisierung des Faschismusbegriffs sinnvoll ist. Einen guten Überblick zu aktuellen Debatten zum Thema bietet etwa der Blog www.faschismustheorie.de. Da die IB zudem auch und vor allem außerhalb Deutschlands aktiv ist, empfiehlt sich ein Blick auf Länder wie Österreich und Frankreich.

Ohne hier Alternativen diskutieren zu können, muss festgehalten werden, dass die politische Auseinandersetzung mit der IB bisher nicht zufriedenstellen kann. Gewohnte Aktionsformen wie Gegendemonstrationen können kaum greifen, da die kommandoartigen Aktionen, die im Nachhinein in sozialen Netzwerken aufgearbeitet werden und oft erst dadurch Öffentlichkeit und Relevanz erlangen, vorher meist nicht angekündigt werden. Ob Strategien der Skandalisierung bei der IB greifen oder eventuell sogar durch die Organisation nutzbar gemacht werden können, ist unklar. Will man der IB entgegentreten, sollten solche Fragen im Vorfeld diskutiert werden. Wenn die hier formulierten Überlegungen einen kleinen Beitrag zu einer solchen Debatte leisten können, ist das Ziel des Textes erreicht. •

Der Artikel ist der Broschüre „Braune Soß aus Nordbayern" entnommen, die gerade erschienen ist.

REPRESSION

Repression ist vor allem nach dem G20-Gipfel in Hamburg ein präsentes Thema in der radikalen Linken. Aber auch der im folgenden Artikel beschriebene Fall ist Teil einer Repressionswelle, die sich neben den exemplarischen Urteilen nach dem G20-Gipfel auch in Gesetzesverschärfungen wie der des Paragraphen 113 StGB äußert.

Under our Umbrella – Rettungsschirm für Oli!

SOLIDARITÄTSGRUPPE FÜR OLI

Am 7. November letzten Jahres nahm Oli an einer Kundgebung teil, um gegen die montäglich in Dresden stattfindende PEGIDA-Demonstration zu protestieren. Am Rande des Neumarkts kam es zur Auseinandersetzung mit einer Dresdner BFE-Einheit. Oli hatte wetterbedingt einen Regenschirm dabei. Als es in den ersten Reihen zu Rangeleien mit der Polizeieinheit kam, versuchte sich Oli reflexartig mit dem Schirm zu schützen. Ob dabei im Gewusel tatsächlich jemand getroffen wurde, lässt sich abschließend nicht beurteilen. Feststeht allerdings, dass von einer vorsätzlichen Handlung, wie von Polizei und Staatsanwaltschaft konstruiert, keine Rede sein kann, und dass mit der Speiche eines aufgespannten Regenschirms als „Tatwaffe" keine ernsthaften Verletzungen herbeizuführen sind. Die Dresdner Polizei stürmte daraufhin die Versammlung, um Oli festzunehmen. Bei der folgenden Polizeimaßnahme zog sich Oli Wunden an Auge, Nase und Oberschenkel zu. Laut eigener Aussage ist er gegen ein Einsatzfahrzeug geschubst worden.

Schon bei Prozessbeginn zeichnete sich ab, dass Oli kein faires Verfahren bekommen würde. So wurde im Vorfeld, obwohl bei ähnlichen Fällen üblich und oft strafmildernd, ein Täter-Opfer-Ausgleich abgelehnt. Ebenso wies die Anklageschrift grobe Unstimmigkeiten auf, was Menschen, die damals vor Ort waren, im Prozess bestätigen konnten. Sie beobachteten, dass ein Sturz des Angeklagten, anders als vom Beamten I. ausgesagt, erst nach Einleiten der Maßnahme erfolgt sein konnte, da Oli unversehrt in die Maßnahme ging. Verschiedene Aussagen von PolizeibeamtInnen konnten so von Zeug*innen widerlegt werden. Zudem widersprachen sich PolizistInnen mehrfach selbst, was jedoch nicht dazu führte, dass sie aus Sicht des Richters als unglaubwürdig eingestuft wurden. Ganz im Gegenteil: Ein Entlastungszeuge, der die Situation als Mitdemonstrierender erlebt hatte, wurde vom Richter als unglaubwürdig abgelehnt, weil er zwar die Bewegung des Schirms als „Schutzreflex" wahrgenommen, jedoch nicht bemerkt hatte, wie zuvor Demonstrierende Polizeibeamten angeblich in die Hacken getreten haben sollen.

Der vorsitzende Richter am Dresdner Amtsgericht betitelte Demonstrant*innen wiederholt als Störer*innen und ließ somit schnell durchblicken, dass er nicht sonderlich viel Wert auf die Wahrnehmung von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit legt. So endete der Prozess mit einem Strafmaß von acht Monaten ohne Bewäh-



rung. Dieses Strafmaß ging sogar über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus, die die Strafe zur Bewährung aussetzen wollte. Außer Acht ließ der Richter dabei eine günstige Sozialprognose, die Tatsachen, dass Oli nicht einschlägig vorbestraft war und dass es sich um eine Schutzhandlung gehandelt hatte sowie die Widersprüche in den Aussagen der PolizistInnen. Also praktisch alles, was Oli irgendwie hätte entlasten können.

Ein neuer Fall „sächsischer Verhältnisse"

Mit der Verurteilung von Oli zeigen sich die „sächsischen Verhältnisse" einmal mehr in ihrer ganzen widerwärtigen Pracht. Wo vermeintlich „politisch neutrale" Straftaten oder solche aus dem rechten Spektrum mit Einstellungen oder Geldstrafen enden, werden linke Aktivist*innen bis an die Grenze der Rechtsbeugung schikaniert und kriminalisiert. Parallelen zu den Prozessen um den Jugendpfarrer Lothar König und insbesondere um den inzwischen rechtskräftig von allen Anklagepunkten freigesprochenen Tim H. drängen sich geradezu auf. Der nicht vorbestrafte Familienvater war nach den Protesten gegen den Aufmarsch von Neonazis im Februar des Jahres 2011 in Dresden wegen angeblichem „schweren Landfriedensbruch" zu 22 Monaten Haft verurteilt worden — ebenfalls ohne Bewährung. Schon während des ersten Prozesses wurde deutlich, dass die von den Ermittlungsbehörden angeführten Beweise selektiv zur Belastung des Angeklagten ausgewählt und alle entlastenden Beweise unter den Tisch gekehrt wurden.

Erst die Folgeinstanzen kassierten dieses Skandalurteil, was den Verfolgungseifer der Staatsanwaltschaft nicht bremsen konnte — zuletzt versuchte man sogar erfolglos, das Mitführen eines Megafons als „Beweis" für die „unfriedlichen Absichten" von Tim H. zu konstruieren. Aber wo fand der Schauprozess gegen Tim in erster Instanz statt? Vor dem Amtsgericht Dresden. Dasselbe Amtsgericht Dresden übrigens, das am 7. September 2017 die Körperverletzungsprozesse gegen drei Neonazis gegen Geldauflage einstellte, nachdem es selbst den Prozess über vier Jahre verschleppt hatte.

Auch dem Amtsgericht Dresden dürfte schon aufgefallen sein, dass seine Urteile in den nächsten Instanzen reihenweise kassiert werden. An den überharten Urteilen gegen Menschen, die es dem linken Spektrum zuordnet, hat dies bisher nichts geändert. Man muss schlussfolgern, dass das Ziel der Urteile nicht die tatsächliche Strafzumessung ist, sondern vielmehr die psychische und finanzielle Zermürbung der Angeklagten und deren Umfelds, die unter jahrelangen Verfahrensdauern und hohen Gerichts- und Anwaltskosten leiden müssen. Eingeschüchtert werden sollen alle, die ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auch nutzen, um gegen Neonazis auf die Straße zu gehen.

Der Blick aufs große Ganze — Einordnung des „Fall Oli" in die zunehmende Repressionsverschärfung und die G20-Proteste

Der Prozess selbst fand eine Woche nach dem G20-Gipfel in Hamburg und der daraus resultierenden Hysterie aufgrund einer angeblich neuen Dimension der Gewalt gegen Polizisten statt. Dass dies der denkbar ungünstigste Zeitpunkt ist, um wegen eines angeblichen Angriffs auf einen Befehlsempfänger vor Gericht zu stehen, liegt nahe. Und so stellte auch Richter Fiedler in seiner Urteilsbegründung klar heraus, dass „In Zeiten, in denen es vermehrt zu Angriffen auf Sicherheits- und Rettungskräfte kommt"[1], das Urteil nicht zur Bewährung ausgesetzt werden könne. Dass die Proteste gegen den G20-Gipfel instrumentalisiert werden sollen, um linkes und linksradikales Engagement zu kriminalisieren und die Repressionsschrauben immer weiter anzuziehen, lässt sich an vielen Ereignissen der letzten Zeit erkennen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist der inflationäre Einsatz von schwerbewaffneten Sondereinsatzkommandos gegen politische Aktivist*innen. Der Einsatz von SEK auf dem Schulterblatt in der Hamburger Schanze war ein Tabubruch, der vor dem Hintergrund der dadurch herbeifantasierten Lebensgefahr für Polizisten von weiten Teilen der sogenannten „bürgerlichen Mitte" kritiklos hingenommen wurde. Und wie so häufig führte dieser Tabubruch dazu, dass das Tabu nun keines mehr ist. So wurden seit dem G20-Gipfel SEK-Einheiten bei der Räumung eines besetzten Gebäudes in Berlin (Alte Teppichfabrik) sowie bei einer antirassistischen Demonstration im sächsischen Wurzen eingesetzt.

Zu vermuten ist, dass weitere Gesetzesverschärfungen nur eine Frage der Zeit sind. Eine Verschärfung, welche schon im Vorfeld des Gipfels durchgesetzt wurde, ist die Anhebung des Strafmaßes für den Paragraphen 113 StGB. Trotz der Tatsache, dass selbst polizeinahe Institutionen wie das Zentrum für Kriminologie und Polizeiforschung die Verschärfung „aus wissenschaftlicher Sicht für nicht gerechtfertigt"[2] halten, wurde die Mindeststrafe für Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte auf drei Monate angehoben. Obwohl die Verschärfung erst nach dem Vorfall mit Oli stattfand, spielte diese Gesetzesverschärfung laut Aussage des Richters trotzdem eine nicht unwesentliche Rolle für die Höhe des Urteils — eine Tatsache, die im eklatanten Widerspruch zum grundlegenden Rückwirkungsgebot steht. •

In Anbetracht der Tatsache, dass der Prozess in etwa sechs Monaten in die nächste Instanz gehen wird, ist davon auszugehen, dass alles ganz schön viel Geld kosten wird. Deshalb wird Geld gesammelt, um Oli finanziell zu unterstützen. Bitte spendet an:

Empfänger:
Bund der Antifaschisten e.V.
IBAN: DE33850950047431721010
BIC: GENODEF1MEI
Volksbank-Raiffeisenbank Meißen
Kennwort/Verwendungszweck:
Soli mit Oli

1 Gedächtnisprotokoll einer Prozessbeobachterin
2 Rita Steffes-Enn, ZDF-Heute Journal, 7.2.2017

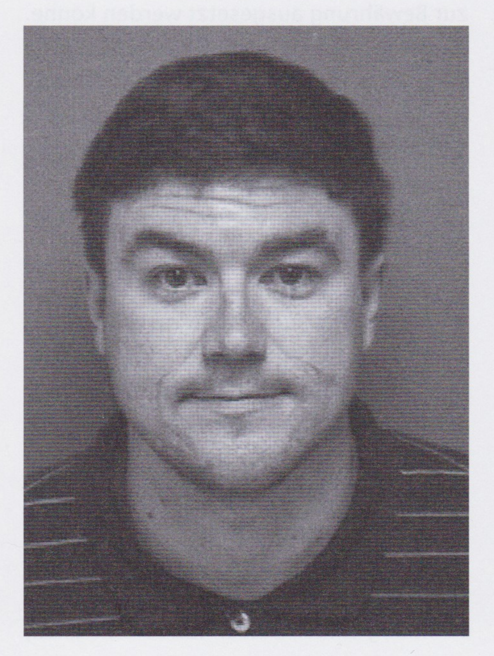
USA

Risse innerhalb der extremen Rechten

SPENCER SUNSHINE
ÜBERSETZT VON FREDERIK FUSS UND MAXIMILIAN WEBER

Das Jahr 2017 war in den USA von intensiven Zusammenstößen zwischen Antifaschist_innen und verschiedenster Strömungen der extremen Rechten gekennzeichnet. Herausragend waren die Ereignisse um den „Unite the Right"-Aufmarsch in Charlottesville, Virginia, die in neunzehn Verletzten und dem Mord an Heather Heyer durch einen Neonazi gipfelten. Die Straßenallianz verschiedener rechter Gruppen, die sich seit Februar 2017 auch in gemeinsamen Auftritten ausdrückte, löst sich zusehends wieder auf. Jedoch findet auch eine stärkere Polarisierung der öffentlichen Meinung zur „Antifa" statt — eine Bewegung, die in den USA viele Jahre nicht im öffentlichen Fokus stand.

Als Donald Trump 2015 seine Wahlkampfkampagne startete, erlebte der offen rassistische Teil der extremen Rechten ein Revival. Bekannt wurde die sogenannte „Alt Right"-Bewegung, die als neue zeitgemäße Strömung faschistischer Politik antrat, beeinflusst von Identitären (Identitarianism) und mit einem klar intellektuellen Anspruch — was ungewöhnlich für weiße NationalistInnen in den USA ist. Die „Alt Right" fusionierte später mit der online Troll- und zutiefst misogynen Gamergatebewegung. Als „Gamergate" wird u.a. der rechtsoffene Teil einer Onlinebewegung der Videospiel-Community bezeichnet. 2015 formierte sich ein großer Teil der „Alt Right"-Anhängerschaft zur „Alt Lite"-Bewegung, deren politische Positionen mit denen der AfD vergleichbar sind. Sie übernahm das Auftreten der „Alt Right", unterließ aber die offen antisemitischen Positionen und Forderungen nach einem weißen Ethno-Staat. 2016 wurde diese rassistische Bewegung offensiver und hielt öffentliche Veranstaltungen ab, was zu Zusammenstößen mit Antifaschist_innen führte. So wurden auf einer Demonstration in Sacramento, Kalifornien, im Juni 2016, zehn Menschen verletzt. Im Rahmen von Trumps Amtseinführung kam es durch den „Black Block", der von der Öffentlichkeit mit der „Antifa" gleichgesetzt wird, zu Ausschreitungen, die 200 Verhaftungen zur Folge hatten. Diese Aktionen wurden — neben einem Video, auf dem die „Alt Right"-Ikone Richard Spencer geschlagen wird — auch in der Öffentlichkeit mit Wohlwollen aufgenommen. Als jedoch eine Demonstration die Absage einer Veranstaltung mit „Alt Lite"-Journalist und Blogger Milo Yiannopoulos an der Universität in Berkeley erzwang, begannen liberale Medien, die aufkommende antifaschistische Bewegung zu denunzieren. Dies nahmen extrem rechte Gruppen, gemeinsam mit trumptreuen Republikanern, Milizen (die auch bewaffnet erscheinen, wo es legal ist), „Alt Right", „Alt Lite" und andere weiß-nationalistische Gruppen zum Anlass, Demonstrationen für Rede- und Meinungsfreiheit abzuhalten — ein Zusammenschluss, den ich unabhängigen Trumpismus (Independent Trumpism) genannt habe (siehe AIB Nr. 115). Während einer Konfrontation in Berkeley, an der diese Gruppen beteiligt waren, gelang es den Rechten zeitweilig die Straße zu beherrschen. In der Folge kam es zu Demonstrationen für den Erhalt von Statuen von konföderierten Sklavenhaltern und zu einem landesweiten, antimuslimischen Aufmarsch, der die verschiedenen Fraktionen erneut zusammen auf die Straße brachte.



Ein Polizeifoto von dem Organisator des Aufmarsches in Charlottesville, Jason Kessler

„Unite the Right"-Demonstration in Charlottesville

Der weiße Nationalist Jason Kessler — früher bei Occupy Wall Street aktiv — organisierte die „Unite the Right"-Demonstration in Charlottesville. Vermeintlich ging es um die Konföderiertendenkmäler, tatsächlich jedoch darum, den offen rassistischen und weiß-nationalistischen Flügel der „Alt Right"-Bewegung an die Spitze eines landesweiten Aufmarsches zu setzen. Die meisten der eher moderaten Gruppen wollten diesem Aufruf nicht folgen, wo-

durch die Mobilisierung offen neonazistische Züge bekam. „Unite the Right“ zog um die tausend AktivistInnen an. Bereits am Abend zuvor wurde ein Fackelmarsch mit ca. 600 Teilnehmenden veranstaltet, bei dem u.a. „Blut und Boden“ und „Juden werden uns nicht ersetzen“ — skandiert wurde. Die Veranstaltung brachte die führenden Köpfe von „Alt Right“ und weißen Nationalistlnnen zusammen. Damit war „Unite the Right“ die größte Neonazi-Demonstration seit 2002, als ungefähr 400 Neonazis in Washington zu einem Aufmarsch der „National Alliance“ zusammenkamen und die größte Versammlung weißer NationalistInnen seit 1987, als sich in Forsyth County, Georgia, ca. 3.000 RassistInnen versammelten, um gegen die Aufnahme von Schwarzen ins County (US-Verwaltungsbehörde) zu protestieren. Der Tag endete für die Neonazis desaströs. Die Polizei schritt nach Auseinandersetzungen zwischen extrem Rechten und Antifaschist_innen, die auf die Route drängten, lange nicht ein. Auch nicht, als militant gegen die Neonazis agiert wurde. Die Veranstaltung wurde noch vor ihrem Beginn für rechtswidrig erklärt und beide Demonstrationen aufgelöst. Es war eine spätere antifaschistische Demonstration — die Mehrheit der Teilnehmenden war an den Ausschreitungen nicht beteiligt gewesen-, in welche der Neonazi James Alex Fields Jr. mit seinem Auto raste und Heather Heyer ermordete. Der Attentäter war zuvor mit den Neonazis von „Vanguard America“ marschiert.

Eine Mord und dessen Folgen

Der öffentliche Aufschrei nach dem Mord von Heather Heyer wurde durch die Aussage Trumps, wonach beide Seiten für die Gewalt verantwortlich seien, noch lauter. Liberale Kolumnist_innen veröffentlichten Memes, die Antifaschist_innen mit US-Soldaten während der Invasion in der Normandie verglichen. Das Ansehen der extremen Rechten hatte großen Schaden genommen. Zwei landesweite Aufmärsche, ein antimuslimischer und ein antifeministischer gegen Google im September, wurden abgesagt. Zehn Onlineplattformen löschten verschiedene Accounts weißer NationalistInnen. Rassistische Webseiten, unter anderem der „Daily Stormer“, gingen mehrfach offline. Zwei Anführer der „Alt Right“ wurden verhaftet, einer wegen den Vorfällen in Charlottesville, ein anderer aufgrund früherer Ausschreitungen in Berkeley. AnhängerInnen der „Alt Lite“ versuchten, sich von der Bewegung zu distanzieren. Einige führende „Alt Right“-ProtagonistInnen gerieten in Streit, da sich die einen hämisch über den Tod von Heyer freuten, während andere von einem PR-Desaster sprachen. Eine Woche später standen einem kleinen „Alt Lite“-Aufmarsch knapp 40.000 Gegendemonstrant_innen gegenüber. Die positive Stimmung gegenüber Antifaschist_innen hielt jedoch nicht lange an. Als der aggressive Internettroll der „Alt Lite“ Joey Gibson versuchte, in San Francisco eine Kundgebung „Nein zum Marxismus“ durchzuführen, wurde der Kundgebungsort kurzerhand von Antifaschist_innen besetzt und ein „Alt Right“-Aktivist unter Schlägen aus dem Park gejagt. Der Vorfall wurde gefilmt und eine Flut von Diffamierungen ging durch die liberale Presse. Die renommierte Washington Post verkündete: „Yes, antifa is the moral equivalent of neo-Nazis.“ („Ja, Antifa ist das moralische Equivalent der Neonazis.“) — wohlwissend, dass es seit den 1990er Jahren 450 rechtsmotivierte Morde gegeben hat.


Heather Heyer

Es sieht nicht so aus, als bekäme die rechte Mobilisierung politischen Aufwind. Der Rauswurf von Steve Bannon, der als ihr Chefredakteur die Seite Breitbart zur „Plattform der „Alt Right“ erklärte, aus der Trump-Administration eine Woche nach Charlottesville hat die direkte Verbindung der „Alt Right“ zu Trump gekappt. Die unabhängigen TrumpistInnen scheinen weniger geneigt, die Augen vor RassistInnen in den eigenen Reihen zu verschließen, als in der Vergangenheit. Der offen rassistische Flügel weißer NationalistInnen erscheint momentan isoliert und vermag nicht mehr, als den eigenen Kern zu mobilisieren. Ein Artikel auf „Alt-Right.com“, einer von Richard Spencer mitgegründeten Internetseite, rief die Bewegung zuletzt zu einem „führerlosen Widerstand“ auf, einer dezentralen Form des bewaffneten Kampfes im Untergrund. Dennoch ist auch die antifaschistische Position als schwach zu bewerten, denn die extreme Rechte belebte antikommunistische Verschwörungstheorien, indem die Kommunistische Partei einfach durch „die Antifa“ ersetzt wurde — und das mit einigem Erfolg. Eine Petition ans Weiße Haus, um „die Antifa formal als terroristische Organisation anzuerkennen“, erreichte über 350.000 Unterschriften und auch Trump selbst denunzierte „die Antifa“ bereits persönlich. In einem Bericht, scheinbar ein Leak der Geheimdienste, werden Antifaschist_innen als „inländische Terrorist_innen“ untersucht. 200 Menschen warten derzeit auf ihre Prozesse wegen den Aktionen bei Trumps Amtsantritt und weitere Verhaftungen wegen der Ausschreitungen in Charlottesville sind zu erwarten. Der nächste Neonazi-Aufmarsch ist als „Marsch gegen Kommunismus“ für Dezember 2017 in Charlotte, North Carolina, angekündigt. Gesponsert von der Anti-Communist Action und mit Richard Spencer als Redner. •

USA

Von Blood & Honour zum Polizeichef?

Der US-Amerikaner Bart Alsbrook wurde kürzlich zum kommissarischen Polizeichef des nahe der texanischen Grenze gelegenen Örtchens Colbert im Bundesstaat Oklahoma ernannt. Seine Karriere geriet allerdings kurz darauf wieder ins Wanken, nachdem die Reporterin Rachel Knapp vom TV-Sender KXII Fox Channel 12 News begonnen hatte, Fragen zu stellen. Etwa die, ob es sich bei dem neuen Chief um den gleichen Bart Alsbrook handelt, der eine Neonazi-Musik-Webseite betreut.

Alsbrook distanzierte sich von den Vorwürfen und stritt Verbindungen zur White Supremacy-Szene ab. Er behauptete, eine Gruppe von Skinheads habe in den 1990er Jahren seine Brieftasche gestohlen und seitdem immer wieder seine Daten zur Anmeldung von Neonazi-Webseiten missbraucht. Es ist bekannt, dass Identitätsdiebstahl Leben zerstören kann. 16 Milliarden Dollar Schaden von über 15 Millionen Opfern allein im Jahr 2016 — das ist laut einer Studie das Ausmaß des Phänomens Identitätsdiebstahl in den Vereinigten Staaten. Während die Umstände jenes Diebstahls bei Bart Alsbrook nebulös bleiben, ist seine Geschichte in der organisierten Neonazibewegung recht gut dokumentiert:

Gruppenfoto mit der B&H-Spitze

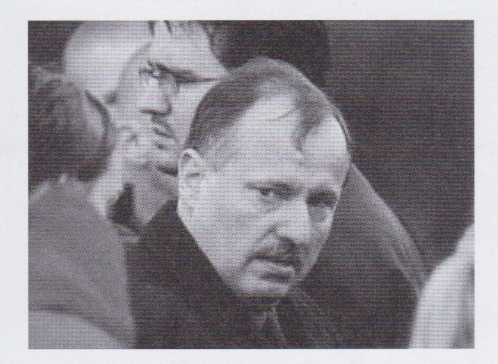
Auf einem Foto — veröffentlicht in dem Neonazi-Strategiepapier mit dem Titel „Blood & Honour: The Way Forward" — posiert Alsbrook (in der Bildunterschrift „Bart USA" genannt) vor einem großen „Blood & Honour" (B&H)-Wandbild, flankiert von drei Aktivisten des neonazistischen Netzwerks: Marko „Jäsä" Järvinen aus Finnland, Erik Blücher aus Norwegen und der 2001 verstorbene Marcel Schilf (Dänemark). Die drei waren maßgeblich verantwortlich für Produktion bzw. Vertrieb der Ende der 1990er Jahre unter Neonazis sehr populären Videoreihe „Kriegsberichter", in der neben RechtsRock-Interviews und Konzertausschnitten Hinrichtungen von Afroamerikanern und politischen Gegnern gezeigt wurden. Sie waren zentrale Figuren des internationalen RechtsRock-Business und der zugehörigen Subkultur, die als Rekrutierungsfeld für die Fußsoldaten des kommenden Rassenkrieges galt. Jeder von ihnen war über Jahrzehnte wichtig für den Geldfluss in diese Szene und in eine ihrer gefährlichsten Netzwerke — Combat 18 (C18).

Bekannte aus der Terror Szene

Der schwedische Antifa-Journalist Stieg Larsson beschrieb Erik Blücher[1] als „Schlüsselfigur der internationalen Neonazi-Szene"



Der Blood & Honour-Aktivist Marcel Schilf (mit Schild) bei einem Rudolf-Hess-Marsch in Dänemark.



Der B&H-Stratege Erik Blücher („Max Hammer") bei der Beerdigung von Marcel Schilf.

und „wichtige Figur hinter den Kulissen". In den 1970er Jahren war er ein Führer der norwegischen Neonazi-Szene. Nach seinem Umzug 1983 nach Schweden übernahm er Verantwortung für diverse neonazistische Projekte wie das RechtsRock Label „Ragnarock Records", die englischsprachige Zeitung „Blood & Honour Scandinavia" und das schwedische Neonazi-Magazin „Viking Order". Erik Blücher veröffentlichte unter dem Namen „Max Hammer" Artikel für „White Power"-Zeitschriften und galt als Mitverantwortlicher für die B&H-Zeitung „Route 88".[2] Der in Dänemark lebende Deutsche Marcel Schilf leitete das RechtsRock-Label „NS 88". Er stand Anfang der 1990er Jahre im Verdacht, in mehrere Briefbombenanschläge gegen Antifaschist_innen verwickelt gewesen zu sein. Nachdem 1992 eine Bombe in Kopenhagen den linken Aktivisten Henrik Christensen tötete, wurde das Haus von Marcel Schilf durchsucht. Die dänische Polizei fand bei ihm Materialien zum Bombenbau, eine große Bombe und mehr als zehn kleine Bomben.[3] Ein Autor der englischen Antifa-Zeitung "Searchlight" beschrieb Marcel Schilf mit den Worten: „Im-

mer eine terroristische Strategie verfolgend, wurde er bald zu einem engen Verbündeten von Will Browning", einem Anführer der Neonazi-Terror-Gang „Combat 18" in England.[4]

Der finnische Neonazi Marko Järvinen (Jäsä) galt ab 1995 als Hauptproduzent der Neonazi-Videomagazine mit dem Titel „Kriegsberichter". Hier wurden auch Tipps zur Herstellung von Bomben an Neonazis weitergegeben.[5]



Bart Alsbrook (rechts)

Ein zufälliger Schnappschuss dreier zufällig nebeneinanderstehender Personen erscheint höchst unwahrscheinlich. Die von Erik Blücher angeführte „Blood & Honour Division Scandinavia" übernahm 1998 den Versand „NS 88" von Marcel Schilf. Von Schweden aus wurden auch die „Kriegsberichter"-Videos vertrieben. In diesen traten neben dem Deutschen Jens Uwe Arpe von der RechtsRock-Band „Kraftschlag" immer wieder „Jäsä" aus Finnland und „Bart" aus den USA auf.[6] Auch das Fachbuch „RechtsRock" stellte das Netzwerk dar: „Schlüsselfigur der Blood & Honour-Corporation war bis zu seinem Tod im Januar 2001 (er starb an einer Stoffwechselkrankheit) der gebürtige Brandenburger und dänische Staatsbürger Marcel Schilf. Zusammen mit Erik Blücher dirigierte er von Skandinavien aus das internationale Versandnetz."[7]

Das internationale Netzwerk

Die 1992 in England aus einer Schlägertruppe hervorgegangene Terrorzelle „Combat 18" (C18) stand unter dem Einfluss von Harold Covington, einem zu jener Zeit in London ansässigen US-amerikanischen Rassisten. (Vgl. AIB Nr. 107) Covington's Ideen verfingen bei den C18-Gründern, insbesondere bei Paul „Charlie" Sargent, der später gemeinsam mit einem C18-Mitstreiter den C18-Unterstützer Chris Castle ermordete.

C18 basierte ganz auf der Ideologie vom „führerlosen Widerstand" und galt als militanter Arm von „Blood & Honour". C18 trug den Beinamen „Terrormachine" nicht umsonst: Die Gruppe zeichnet verantwortlich für zahllose Gewalttaten, Mord, Hinrichtung, Terrorpläne — auch innerhalb der eigenen Szene — und beeinflusste den NSU in Deutschland. C18 dient Neonaziterroristen als Inspiration, wie zum Beispiel Douglas Copeland, der im Jahr 2000 für seine zweiwöchige Nagelbombenanschlagsserie in migrantisch geprägten Vierteln Londons verurteilt wurde.

Auch im Konzept „Blood & Honour: The Way Forward" findet sich ein Abschnitt zu der Notwendigkeit von C18.

Alsbrook als C18 Aktivist aus den USA?

Alsbrook ist wohl einer von einigen wenigen US-Neonazis, die mehr als alle anderen den Mythos und die Botschaft von C18 in den Staaten verbreiten halfen. Neben ihm benennen amerikanische Fachjournalisten außerdem Jon Pressley (North Carolina), Kevin Kislingbury (Ohio), Josh „Hachet" Steever (New Jersey) und Brian „Scorch" Haizlip (Virginia/North Carolina). Alsbrooks Engagement für „NS88" und „ISD Records", das früher von dem Engländer Will „The Beast" Browning betriebene Label, unterstreicht seine Bedeutung.

Alsbrooks Story vom geklauten Ausweis kann das gemeinsame Foto mit der B&H-Elite nicht erklären. Sie erklärt auch nicht die Tatsache, dass er in dem Dokumentarfilm „White Terror"[8] aus dem Jahr 2005 auftaucht. In einer Szene sieht man Alsbrook beim Videochat mit „Jäsä", wobei er einen Satz über seine „Rolle" in oder seinen „Anteil" an „NS88-Videos" tippt. An anderer Stelle trägt er ein B&H-Shirt und schwadroniert über die Auslöschung der weißen Rasse.

Ein anderes Foto aus dem B&H-Pamphlet zeigt einen vermummten Mann, der mit C18-Terrormachine-Shirt und einem M16-Sturmgewehr posiert. Die Tattoos des Porträtierten gleichen denen Albrooks, die man in dem Dokumentarfilm erkennt. Laut dem blog „nsu-watch.info" galt Alsbrook im Spektrum von B&H als potentieller Waffenbeschaffer und eine Art „Experte" für Sprengstoff. Demnach war er vermutlich auch der Autor eines Textes im deutschen B&H-Magazin zum „leaderless resistance". „Patrioten" müssten sich laut des Autors mit „geheimen Strukturen" auf den „Rassenkrieg" vorbereiten.[9]

Neonazi-Vergangenheit kein Problem?

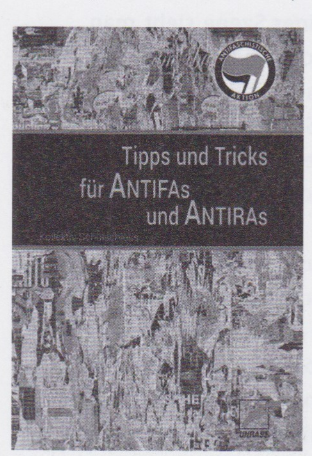
Die Reporterin Rachel Knapp berichtete nach der Enthüllung, dass der Stadtrat von Colbert nicht vorhabe, Alsbrook zu entlassen, obwohl dieser seinen Rücktritt angeboten hatte. Der Sprecher des Ortes, Jerry Harrell, habe gesagt, es gebe keine Gründe für eine Amtsenthebung und der Recherche nach zu urteilen, sei Alsbrook qualifiziert für den Job. •

Der Artikel basiert in großen Teilen auf dem Text „Protect and Serve? Oklahoma Police Chief Bart Alsbrook's White Power Ties" auf www.splcenter.org vom 30. August 2017.

1 Stieg Larsson: „racism inc."; in „White Noise", rat 2000) **2** Olle Meuring: „Die Eskalation des White-Power-Terrors" in „White Noise", rat 2000 **3** Nick Lowles: „Goldesel des White Power" in „White Noise", rat 2000 **4** Ebd. **5** Nick Lowles: „Die Internationale des Hasses" in „RechtsRock", rat 2002 **6** Ebd. **7** Michael Weiss: „Deutschland im Herbst" in „RechtsRock", rat 2002 **8** www.youtube.com/watch?v=AFDiUBfwFDs Alsbrook taucht ungefähr bei Minute 38:00 auf. **9** Michael Weiss: „Der NSU im Netz von Blood & Honour und Combat 18" auf nsu-watch.info

Kollektiv Schulschluss
Tipps & Tricks für Antifas und Antiras
ISBN: 978-3-89771-220-1
Münster 2017
80 Seiten, 5 Euro

Die vorliegende Broschüre gibt es nun schon seit 25 Jahren. Sie wurde in den zurückliegenden Jahren immer wieder mal aktualisiert und liegt jetzt in einer völlig neu erarbeiteten Fassung unter dem Titel „Tipps und Tricks für Antifas und Antiras" vor. Wie die Herausgeber_innen betonen, „reicht es nicht aus, Nazis mit dem Feuerlöscher hinterherzujagen" und so kann die thematische Ausweitung im Titel als notwendige Anerkennung gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen betrachtet werden, auf die es umfänglich zu reagieren gilt — und das nicht vereinzelt sondern organisiert, frech und wahrnehmbar. Gerade diese Erkenntnis macht diesen Klassiker linksradikaler Publikationen abermals lesenswert — nicht nur für diejenigen, die anfangen wollen politisch aktiv zu werden, sondern mindestens ebenso für erfahrene Aktivist_innen, die sich den einen oder anderen „Standard" nochmal ins Gedächtnis rufen wollen, aber auch Ideen und Ansätze von Organisierung mit Neugier verfolgen, ohne sowieso schon „immer alles gewusst zu haben."



Dennoch richtet sich die Broschüre in der Ansprache vor allem an Schüler_innen und junge Menschen, die sich politisch gegen Neonazismus und Rassismus engagieren wollen. Eine in kurzen Comic-Episoden erzählte Geschichte aus dem Schulalltag bildet den Ausgangspunkt, um Hintergrundinformationen und einführende Tipps für eine politische Organisierung zu vermitteln.

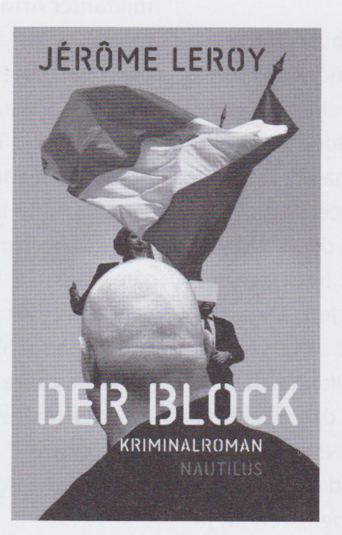
Die Herausgeber_innen machen von Anfang an deutlich, dass eine Politgruppe etwas anderes als ein Freundeskreis ist und sich schon im Vorfeld überlegt werden sollte, mit wem welche Politik wie offen für Andere gemacht werden will. Wie kann unter welchen Bedingungen sinnvolle Bündnispolitik aussehen und welche Möglichkeiten gibt es eigentlich an Geld zu kommen? Ideen rund ums Layout eines Plakats oder auch zum Verfassen einer Pressemitteilung sowie Tipps zur Absicherung digitaler Kommunikation sind nur einige Beispiele dessen, was in der Broschüre kompakt aber durchweg fundiert zur Sprache kommt.

Aus unserer Perspektive besonders zu empfehlen sind die Hinweise zur antifaschistischen Recherchearbeit. Erste Ideen und Grundlagen werden vorgestellt und sind lobenswerter Weise mit dem Hinweis verbunden, dass Recherche kein Selbstzweck ist, „sondern eine notwendige Grundlage für direkte antifaschistische Intervention." Genau dafür aber müssen Rechercheergebnisse sinnvoll und verantwortungsbewusst genutzt werden. Liegen diese brach oder sammeln sich als Expert_innenwissen einzelner an, ist letztlich niemandem geholfen. •

Jérôme Leroy
Der Block
Edition Nautilus, 2017
ISBN 978-3-96054-037-3
320 Seiten, 19,90 Euro

Jérôme Leroy legt mit diesem in Frankreich bereits 2011 erschienenen Roman eine Milieustudie vor und zeichnet die Geschichte und die Allianzen der französischen extremen Rechten fast minutiös nach. Er beschreibt ein Land im Ausnahmezustand in dem fast alle Dämme gebrochen sind und die feine Schale der Zivilisation nur noch den Schein demokratischer Rechtsstaatlichkeit aufrechterhält. Eine Dystopie, die gar nicht so weit weg erscheint. In den Vororten gibt es Aufstände und das Fernsehen blendet die Toten auf beiden Seiten ein, als ginge es um das Ergebnis eines Fußballspiels.

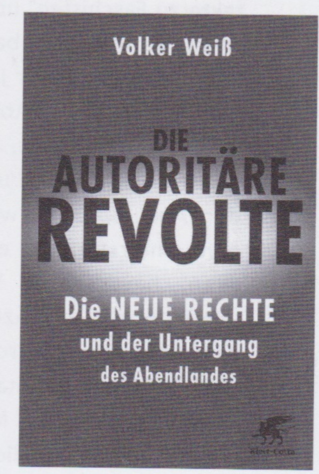
Leroy siedelt seinen Kriminalroman im neofaschistischen Milieu des ‚Block Patriotique' an und verschleiert dabei kaum, welche französische Partei gemeint sein könnte. Die beiden Protagonisten, Antoine, der verhinderte Schriftsteller und Propagandaleiter der Partei und Stanko, der brutale Chef des parteiinternen Sicherheitsdienstes, der nun in Ungnade gefallen ist und auf seine von ihm selbst ausgebildeten Häscher wartet, reflektieren ihren bisherigen Weg während einer Nacht und legen dabei fast 40 Jahre französischer Geschichte offen, die eine durchaus differenzierte Welt aus Politik, Gewalt, Bigotterie und Manipulation entstehen lassen. Die langjährigen Freunde müssen sich bis zur letzten Konsequenz in ihre selbst gewählten Rollen einfügen, um ihren Hunger nach Macht, Gewalt und Relevanz stillen zu können. Es geht für sie um alles oder nichts. Die Macht auf der einen Seite, der Tod auf der anderen. Ein Ministerposten für den einen, durch seine eigenen Waffen getötet zu werden für den anderen.



Die Unbehaglichkeit, die einen beim Lesen unweigerlich befällt, soll aufrütteln und bewusst machen, was viele noch als pessimistische Zukunftsvision verlachen. Auch wenn Leroys Werk in Frankreich spielt, so sind ähnliche Entwicklungen doch in ganz Europa zu verzeichnen. Die Stärke dieses Romans liegt in der schonungslosen Analyse und der aufklärerischen Intention, ohne in moralinsaure Zeigefingerrethorik zu verfallen. •

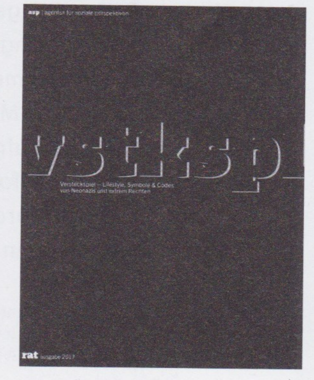
Volker Weiß
Die autoritäre Revolte — Die NEUE RECHTE und der Untergang des Abendlandes
Klett-Cotta Verlag 2017,
304 Seiten, 20 Euro

Lange wurde das Spektrum der sogenannten Neuen Rechten eher am Rande behandelt. Zu isoliert waren die Denkzirkel, zu wenig präsent die Akteure. Erst mit dem Aufsteig der AfD und Pegida, wo mit Götz Kubitschek einer der zentralen Akteure dieses Spektrums als prominenter Redner auftrat, rückte die Neue Rechte fast schon schlagartig in den Fokus. Dennoch war auf dem Buchmarkt kein aktuelles Werk zu finden, das sich kritisch diesem Spektrum widmete und dessen Denktraditionen analysierte. Insofern war das Buch „Autoritäre Revolte" längst überfällig, und es ist obendrein auch überaus lesenswert. Im ersten Teil analysiert Weiß mit der sogenannten „Konservativen Revolution" der Weimarer Republik die Ursprünge dieser Nouvelle Droite. Dabei fokussiert der Autor weniger auf die doch sehr unterschiedlichen Schriften national gesinnter Autoren der Vorkriegszeit, sondern vielmehr auf die „Erfindung einer Tradition" jenseits des Nationalsozialismus, die nach 1945 für das rechte politische Spektrum zur Selbstlegitimation überlebensnotwendig war. Die Geschichte heute noch relevanter Publikationen und Institutionen wie die Junge Freiheit (1980er Jahre) oder das Institut für Staatspolitik (2000) sowie ihr Verhältnis zueinander ist Gegenstand eines weiteren Kapitels. Auch die IB ist Gegenstand der Analyse, wobei dem Heidegger-Buch der zwei Identitären Walter Spatz und Martin Sellner eine gesonderte Betrachtung zukommt. Deren philosophischen Exkurse seien „Karikatur von Philosophie" und dienten der IB dazu, ihrem popkulturellen Auftreten einen „Anstrich von Intellektualität" zu geben. In einem ausführlichen Exkurs zum „Abendland"-Mythos zeichnet Weiß die Verwendung dieses Terminus als „traditionellen Schlüsselbegriff konservativer Europadebatten" nach. Weitere Abschnitte analysieren geostrategische Verortungen der Neuen Rechten, etwa im Verhältnis zu Russland oder den USA, den autoritären „Feldzug gegen jede Form der Verunsicherung eines festen Geschlechterideals" oder die „Hassliebe zum Islam". Dessen konservative Variante müsse aufgrund starker identitärer Prägungen auf der neurechten Suche nach „dem Eigenen" gleichermaßen als Sehnsuchtsort und Hassobjekt begriffen werden. Dies zum Anlass nehmend schwenkt Weiß am Schluss des Buches zu den Leerstellen progressiver Politik und moniert die Konfliktvermeidungsstrategien linksliberaler Milieus gegenüber dem fundamentalistischen Islam. Ausbuchstabiert wird dies am Beispiel des islamistischen Sexualitätsdiskurses, dessen Repressionstechniken mittels Foucaults Analysen der europäischen Geschichte längst bekannt sind. Die herrschende Sprachlosigkeit sei daher nicht nachvollziehbar: „Aus der ständigen Betonung des Respekts vor den angeblichen Traditionen und Identitäten sowie der Warnung, diese aufgrund eines postkolonialen Gefälles zu kritisieren, spricht ein tief konservatives Menschenbild." •



Das Versteckspiel
Hrsg.: Agentur für soziale Perspektiven e.V.
14. Auflage, Berlin 2017, 9 Euro
www.dasversteckspiel.de

Vielen wird die Versteckspiel-Broschüre bekannt sein. Denn die Publikation erscheint schon seit 15 Jahren. Und doch möchten wir an dieser Stelle auf die nun erschienene 14. Auflage aufmerksam machen. Denn es hat sich einiges getan in der Welt der Symbole und Codes extrem rechter Lebenswelten. Unter anderem bietet der neue Text „Szenen und Styles", in dem verschiedene Gruppen anhand ihrer inhaltlichen und äußerlichen Bekenntnisse und ihrer Anschlussfähigkeit für rechte Ideologien betrachtet werden, einen analytischen Einstieg in die Broschüre. Besonders der Aspekt der martialischen Männlichkeit wird hier betont und in verschiedenen Szenen wie „Rocker und Rotlicht", oder „Fußball-Ultras und Hooligans" als Anschlusspunkt herausgestellt. Daneben findet sich auch die neue Kategorie „Bewegung von Rechts", in der aktuelle Phänomene wie AfD oder PEGIDA und ihre Schlagwörter erläutert werden. Begriffe wie Genderwahn, Lügenpresse und Volksverräter werden erklärt und auf ihre Ursprünge hin untersucht. Aber auch bereits etablierte Rubriken wie Gruppen und Organisationen, Musik oder Bekleidungsmarken wurden durch neue Erscheinungsformen ergänzt. So können sich die Leser_innen sowohl über HoGeSa, „Gemeinsam Stark Deutschland" oder die „Grauen Wölfe", als auch über neuere Marken aus dem Kampfsport-Bereich informieren. Dabei dienen die Symbole, Codes und Schlagwörter ihren Träger_innen als Erkennungszeichen, als Symbol der Zusammengehörigkeit und zur Selbstvergewisserung. So sehen wir zum Beispiel auf Seite 5 einen Neonazi, der am Rande einer Demonstration sein T-Shirt hebt und in sich versunken die, auf seinen Bauch tätowierte, schwarze Sonne betrachtet. Die hier nur in Auszügen vorgestellten Neuerungen in der aktuellen Versteckspiel-Broschüre werden durch eine ebenso neue Webseite ergänzt, auf der sowohl alte Artikel als auch eine Vielzahl an Bildern zu finden sind, die in der Printausgabe keinen Platz mehr gefunden haben. Sowohl Printausgabe als auch Webseite sind für erfahrene Antifaschist_innen wie für Einsteiger_innen, die sich erstmals über Erkennungszeichen der extrem Rechten schlau machen wollen, eine spannende und erkenntnisreiche Lektüre. •



VOR 28 JAHREN

Englische Geheimdienstkontakte zu Neofaschisten

Vor genau 28 Jahren berichteten wir im Antifaschistischen Infoblatt Nr. 9 unter dem Titel „Englische Geheimdienstkontakte zu Faschisten" über Geheimdienste, Neonazis und die libanesische Falange. Seit Ende der 1980er Jahre lebte der seinerzeit in Italien in Abwesenheit zu einer Haftstrafe verurteilte, italienische Neofaschist Roberto Fiore unbehelligt in London. Ausgesprochen wurde das Urteil wegen „Unterstützung einer staatsfeindlichen, bewaffneten Vereinigung", der „Nuclei Armati Rivoluzionari" (NAR). Diese neofaschistische Terrororganisation verübte 1980 ein Attentat auf den Bahnhof Bologna, bei dem 85 Menschen ermordet wurden. Auch wenn die italienische Regierung Fiore bescheinigte, nicht an der Ausführung des Attentats beteiligt gewesen zu sein, so gab es doch keinen Zweifel darüber, dass er eng mit der Gruppe verbunden war, die den Anschlag ausführte. Warum weigerte sich die britische Regierung Fiore auszuliefern bzw. wurden Auslieferungsersuche nicht beantwortet? In den frühen 1980er Jahren kam eine Gruppe von italienischen Neofaschisten nach London, darunter Roberto Fiore und Massimo Morsello, die beide von der italienischen Polizei gesucht wurden. Kurz bevor Fiore in London eintraf, soll er an einem militärischen Trainingslager der maronitisch-christlichen „Phalangisten" (Libanesische Falange) teilgenommen haben. Der britische Geheimdienst MI6 habe in der Folge Kontakt mit ihm aufgenommen und ihm Medienberichten zufolge eine Kooperation vorgeschlagen: Fiore könne in London bleiben, wenn er den MI6 mit Informationen über die Falange, deren Führer, ihre Organisation und Stellungen versorge[1]. Das machte Fiore anscheinend unantastbar für die italienische Regierung, die inzwischen Beweise für eine Anklage gesammelt hatte. Fiore gehörte der sogenannten „Third Position" (Dritten Position) an, die sich politisch an dem Strasser-Flügel der NSDAP orientiert. Mitglieder dieser Gruppen, wozu auch der britische „National Front" (NF)-Flügel „Political Soldier" gehörte, pflegten guten Kontakt zur Falange im Libanon. Fiore hatte sich auch in England politisch nicht zur Ruhe gesetzt. Neben einer Wohnungsvermittlung für italienische und spanische Studenten und einigen anderen Nebengeschäften, die er als „Roberto Fiore und Partner" betrieb, und die ihm jährlich rund 30.000 Pfund Sterling einbrachte, arbeitete er eng mit den „Political Soldiers" der NF zusammen. Solche Kontakte wurden scheinbar gebraucht, um militanten italienischen Neonazis ein Abtauchen in London zu ermöglichen. 1983 ist Luciano Petrone, ein gesuchter italienischer Rechtsterrorist, von den Briten ausgeliefert worden, nachdem er bei Gesinnungsfreunden in England Unterschlupf gefunden hatte[2]. Auch der Rechtsterrorist Alessandro Alibrandi fand ein Quartier in London. Auch er ging in den Libanon in ein Ausbildungslager der Falange, bevor er illegal nach Italien zurückkehrte und bei einer Schießerei von der Polizei getötet wurde. Die mutmaßlichen Verbindungen zum MI6 warfen seinerzeit Fragen über Fiores Rolle dabei auf, die NF zu radikalisieren bzw. sie „Colonel Ghaddafi" bzw. dem iranischen Regime anzunähern. Ende 1988 reisten die NF-Führer Nick Griffin und Derek Holland auf Kosten der libyschen Regierung nach Tripolis. Doch wurden dann die Verbindungen von Seiten Muammar al-Gaddafis abgebrochen. Vermutlich waren die bekannt gewordenen, schützenden Geheimdienstkontakte nicht gern gesehen. Auch bei den „Political Soldiers" brach Zwietracht aus. Der Fiore-Freund Patrick „Pat" Harrington war überzeugt, dass dessen Parteikollege Derek Holland einen Brief der Libyer an das englische Antifamagazin SEARCHLIGHT weitergegeben habe, welcher der NF den Abbruch der Beziehungen mitteilte. Er versuchte den Ausschluss Hollands zu erwirken. SEARCHLIGHT hingegen gab zu verstehen, sie hätten direkt über libysche Regierungskreise einen solchen Brief bekommen. •



Roberto Fiore (links) mit dem früheren NPD-Vorsitzenden Udo Voigt (rechts) bei einer Neonazi-Demonstration in Berlin.

1 Nachtrag: Laut dem Bericht „Strage di Bologna Neofascisti nel MI6" in der „la repubblica" vom 4. August 1998 war neben Roberto Fiore auch Massimo Morsello der „Unterstützung" für schuldig befunden worden, der sich ebenfalls auf diese Weise in London der italienischen Justiz entzog. Vgl. auch „Writer's name ‚leaked' to NF" in „The Guardian" vom 31. Januar 1990. 2 Vgl.: L' ESTREMISTA NAR LUCIANO PETRONE ESTRADATO A ROMA PER OMICIDIO, „la repubblica" vom 4. April 1988

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt

KONTAKT

Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de

facebook.com/Antifaschistisches Infoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt

www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
0DEA A79A 9738 7F2B 5245 62BF
8DC1 51B9 9FAE 15B1

IMPRESSUM

Antifaschistisches Infoblatt
31. Jahrgang
Nummer 116 | 3.2017

Preis: 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion:
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
BIC: BFSWDE33BER
IBAN: DE48100205000003251800
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

ABOKONDITIONEN

Preise*

- 5 Ausgaben im Abonnement — 17,50 Euro
- 10 Ausgaben im Abonnement — 35,00 Euro

Weiterverkauf

- ab 3 Exemplaren je — 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren — 20 % Rabatt
- ab 50 Exemplaren — 25 % Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich **widerrufen** werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse, Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 115

TITEL
Der Rechte Blick nach Russland

NS-SZENE
Momentaufnahme im rechten Konzert-Geschehen

RASSISMUS
March for Freedom

INTERNATIONAL
Frankreich: Neonazi-Mordserie aufgedeckt



AIB 114

TITEL
Rechte Parallelwelten

NS-SZENE
Deutsche Neonazis in Ungarn

RASSISMUS
Rassistische Kontrollen und ein vergifteter Diskurs

INTERNATIONAL
Chile: Colonia Dignidad verurteilt

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 [ ] 10 [ ] Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

[ ]

Datum, Unterschrift

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin